DIE NEUE GESELLSCHAFT

Herausgegeben von

Otto Brenner, Dr. Heinrich Dohst, Fritz Erlor,

Waldemar von Knoeringen, Prof. E. W. Meyer, Prof. Carlo Schmid,

Dr. Carl Schumacher, Herbert Wehner

9. Jahrgang · Heft 2 · März/April 1962

VERLAG NEUE GESELLSCHAFT GMBH · BIELEFELD

INHALT

<i>Kulturpolitische Aspekte der Entwicklungshilfe</i>	85
Von Heinz Kühn, MdB, Köln	
Dr. Heinz Pächter, New York	
<i>Vereinte Nationen — uneinige Regierungen</i>	94
Prof. Dr. Richard Löwenthal, Berlin	
<i>Rußland und China</i>	101
N. N.	
<i>Ist die Hallstein-Doktrin zu halten?</i>	113
Diskussion	
Dr. J. J. Voogd, Haarlem	
<i>Der Sozialismus und die Künstler</i>	117
Michael Mauke, Berlin	
<i>Jahre der Entscheidung</i>	119
Reinmar Cunis, Köln	
<i>Die Chance wider ein Stereotyp</i>	125
<i>Zeitgeschehen</i>	129
Berichte und Analysen	
<i>Heinrich und Thomas Mann</i>	138
Von Prof. Alfred Kantorowicz, München	
<i>Kritik</i>	150
<i>Vorschau</i>	158
<i>Die Autoren dieses Heftes</i>	159

Redaktion: Ulrich Lehmar, MdB, Bielefeld, Pressehaus, Telefon 83111

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Ingemann

VERLAG NEUE GESELLSCHAFT GMBH, Bielefeld, Pressehaus, Fernruf Bielefeld 83111, Fernschreiber Nr. 09-32945. Postcheckkonto Hannover 6168. Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft, Bielefeld, 412. Druck: Presse-Druck GmbH, Bielefeld.

DIE NEUE GESELLSCHAFT erscheint alle zwei Monate. Abonnementspreis Inland: 8,00 DM einschl. Zustellgebühren; Ausland: 9,— DM einschl. Porto bei halbjähriger Bezugszeit. Kündigungen nur zum 1. Januar und 1. Juli möglich. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag. Einzelpreis 2,90 DM zuzüglich Porto. — Anzeigenpreisliste Nr. 3. — Umschlag: Eugen Nerdinger, Augsburg

KULTURPOLITISCHE ASPEKTE DER ENTWICKLUNGSHILFE

Von Heinz Kühn, MdB, Köln

I.

Nehru hat einmal gesagt: „Die Völker Asiens wollen Reis und Respekt.“ Das gilt gewiß nicht für Asien allein, auch in Lateinamerika und Afrika erwarten die Menschen von den industriell hochentwickelten Völkern die materielle Hilfe in Gestalt von Kapitalausstattung, Industrieausrüstung und Infrastrukturhilfe, die über alle humanitäre Hilfe im engeren Sinne hinaus von Nehru mit dem Begriff Reis symbolisiert wird. Aber sie erwarten sie aus einer Haltung des Respekts vor ihrem Recht, ihre Zukunft aus ihren eigenen geschichtlichen Bedingungen und ihren eigenen gegenwärtigen Einsichten zu wählen. Ibn Saud soll einmal gesagt haben: „Wir wollen die Früchte des Westens ohne seinen Geist.“ Mich hat mehr als die Formel eines arabischen Feudalen die Argumentation junger Afrikaner beeindruckt: Fertigkeiten und Techniken wollen wir von euch lernen; unsere Gedanken jedoch können wir uns selber machen.

Westliche Hilfe darf nicht von zivilisatorischem und politischem Missionarismus gelenkt werden und am wenigsten von bündnispolitischen Spekulationen im kalten Krieg. Wird sie dies, dann wird sie eher zu gegenteiligen Wirkungen führen. Der nordrhodesische Politiker Kenneth Kaunda mahnt den Westen: „Verbinden Sie nicht Ihre Hilfe für Afrika mit Ihrem Kampf gegen den Kommunismus. Helfen Sie, weil ein anderer Mensch in Not ist, und Ihre Hilfe wird besser gewürdigt werden.“

Gewiß wird niemand so töricht sein, zu erwarten, daß man im harten Geschäft des politischen Handelns ebenso wie beim ökonomischen Geschäft des Handels nicht das Kalkül des Nutzens

anstellt. Aber es wäre ebenso illusionär wie unzumutbar, von den Entwicklungsländern zu erwarten, daß sie die Entgegennahme westlicher oder östlicher Hilfe mit der Übernahme westlicher oder östlicher Institutionen und Denkvorstellungen honorieren. Es wäre töricht, auf europäische Probleme westliche Antworten aus afrikanischem Munde zu erwarten. Leopold Senghor, der Staatspräsident des Senegal, der wohl am meisten westlich denkende westafrikanische Politiker, sagt dazu: „Der Afrikaner ist weder pro noch antiwestlich, weder pro noch antiöstlich von Hause aus. In erster Linie ist er Afrikaner und will als ein selbständiges Wesen betrachtet werden. Wer den kalten Krieg nach Afrika trägt, macht sich vor der Geschichte schuldig.“ Und Sekou Touré, der manchen östlicher Denkungsart verdächtig scheint, sagt: „Afrika und Guinea werden sich keinem Block anschließen, aber sie werden die zu seinen Gunsten oder zu seinem Schaden wirkenden äußeren Kräfte in Rechnung stellen.“ Im englischen Sprachbereich Afrikas hat der eher westlich orientierte nigerianische Bundespräsident Abubakar betont, daß die Nigerianer es für falsch hielten, Europa oder europäische Formen nachzuahmen. Die demokratischen Einrichtungen Nigerias seien anders und würden sich auch in Zukunft anders entwickeln als in Europa. Und Kwame Nkrumah, der den Sowjets manche freundliche Geste bekundet hat, erklärt: „Wir wünschen, unsere eigene Gemeinschaft und Persönlichkeit entfalten zu können. Wenn wir die Methoden anderer als für unsere sozialen Verhältnisse geeignet betrachten, werden wir sie übernehmen oder anpassen; finden wir

sie ungeeignet, so werden wir sie ablehnen."

Die Gesinnung, aus der wir allein den jungen Nationen und Völkern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas entgegen-treten sollten, hat niemand besser formuliert als Kennedy in seiner Antrittsrede als Präsident der USA, und es wird sehr viel für die Welt davon abhängen, ob er sie in der Politik seines Landes und wir in der Politik unseres Landes durchsetzen können: „Den Völkern in den Hütten und Dörfern der halben Welt, die die Ketten der Massenarmut abstreifen wollen, versprechen wir, solange wie notwendig zu helfen, damit sie sich selbst helfen können. Wir tun das nicht, weil die Kommunisten es tun und nicht, weil wir ihre Stimmen gewinnen wollen. Wir tun es, weil es rechtens ist. Wenn eine freie Gesellschaft den vielen nicht helfen kann, die arm sind, dann wird sie niemals die wenigen retten können, die reich sind.“

II.

Soweit es sich um die Verwirklichung des Wunsches der neuen Führung der jungen westafrikanischen Staaten handelt, auf dem Gebiete des kulturellen Lebens eigene Formen zu entwickeln, begegnet dies natürlich sehr viel größeren Schwierigkeiten als auf dem Gebiet des politischen Lebens. Die Erkenntnis, daß jedes Volk nach vorgelebten Formen zu leben geneigt ist, gilt in Westafrika allgemein: von den britischen Parlamentssitten einschließlich Wollsock und „Speakers Procession“ in Nigeria bis zur Straßenverkehrsordnung mit Rechts- oder Linksverkehr, je nach französischer oder englischer Kolonialherkunft. Auch das reizende Erlebnis gehört dazu, dem jeder begegnet, der die Grenze zwischen Nigeria und Dahomey überschreitet und auf der einen Seite von zwar schwarzen, sonst aber von der Uniform bis zum Schnurrbart und dem ganzen Gehabe britischer Beamten abgefertigt wird, während er auf der anderen Seite vom menschlichen Habitus der schwarzen Beamten Dahomeys bis zur Atmosphäre der Zollstation sich an die französisch-italienische Grenze versetzt fühlt. Die belustigendste Episode — sie zeigt, wie stark Afrikaner gleichen Volksstammes nach dem Modell ihrer

Kolonialmächte denken — ereignete sich wohl, als im Frühjahr 1961 schwarze Politiker aus Gambia und Senegal zusammenkamen und der englisch erzogene Premierminister von Gambia nach dem Wiedersehen mit seinem französisch erzogenen Vetter aus Dakar nachdenklich meinte, dieser sei doch „very continental“. Problematischer aber wirkt die Neigung, vorgelebte Formen nachzuleben auf gewissen Erscheinungsgebieten eines meist nur mit Anführungsstrichen kulturell zu nennenden Lebens. „Alles, was die Weißen haben“, wird häufig nachgeahmt, von der Pferderennbahn mit Totalisator bis zu Spielkasinos, Schönheitswettbewerben und Wahlen zur „Miß Urwald“. Daß sich die schwarze Souveränität in der Nachahmung der Lebensformen ihrer ehemaligen weißen Kolonialherren besttigt, ist psychologisch verständlich, verständlicher als die gewissenlosen geschäftlichen Gewinn-spekulationen, denen man beim europäischen „Kulturexport“ begegnet.

Ganz vorwiegend sind es europäisch-amerikanische Sexual- und Kriminalfilme, an denen sich die Völker der Entwicklungsänder ihre Vorstellung von abendländischen Lebensformen bilden können. Wenn man dabei bedenkt, daß für die meisten Afrikaner ein Film nur als fotografierte Wirklichkeit denkbar ist, sie also die Spielhandlung als fixierte Wirklichkeit erleben, kann man verstehen, daß es bei den kritisch denkenden Menschen dieser Völker oft nicht allzu gut um ihre Hochachtung vor unserer Kultur bestellt ist und daß es gelegentlich bei solchen, die als Studenten oder Praktikanten nach Europa kommen, zu gewissen Schwierigkeiten kommt, wenn sie versuchen, die vorgespielten „westlichen Freiheiten“ einmal praktisch zu erleben. Leicht wird dann derjenige schuldig gesprochen, der schuldig gemacht worden ist.

Auch dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Neigung, insbesondere amerikanischer Filme, die Filmbösewichte mit asiatischen Gesichtszügen auszustatten, wenig freundliche Gefühle auslöst, selbst wenn sie ihre Entspré- chung in den Bildteppischen Dahomeys finden, auf denen die Bösen immer weiß dargestellt werden, oder auf Haiti in der religiösen Malerei, die Christus

schwarz, den Teufel aber weiß präsentiert.

Wer asiatische Länder bereist hat, wird dort gerade zum Problem des Filmexports häufig hören können, daß die Sowjets sehr sorgfältig vorgehen. Es kommt ihnen dabei das in der Sowjetunion bis zum Gegenextrem der Präterite entwickelte Prinzip zugute, die Spielhandlung und Darstellung vollkommen „sexfrei“ zu gestalten, und darüber hinaus die Unabhängigkeit von finanziellen Gewinn Spekulationen, die sie zu einem umfangreichen Export oft ansprechender Dokumentar- und Kulturfilme befähigt. Ausgesprochen politisch-propagandistische Filme werden übrigens von ihnen nur mit großer Behutsamkeit offeriert.

Ein Erlebnis, das insbesondere auch unter dem speziellen Gesichtspunkt der kulturpolitischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West oder besser der politischen Auseinandersetzung mit kulturellen Mitteln aufschlußreich ist, sei hier noch berichtet. Auf der Westafrikareise begegnete ich zwei kulturellen Selbstdarstellungen des Westens und des Ostens, die parallel in den Hauptstädten des französisch sprechenden Westafrikas stattfanden: eine Schönheitsköniginnenbeschau der Air France und eine Moskauer Zirkusschau der Sowjets.

III.

Ein Grundproblem aller Entwicklungshilfe sind die unter dem Begriff „Bildungshilfe“ zusammengefaßten Maßnahmen von der Heranbildung der für das Funktionieren des Staates notwendigen politischen, ökonomischen, technischen und administrativen Führungsschichten vom Elementarschulwesen an der Basis bis zur Spezialausbildung an der Spitze, aber auch bis zu der gerade in diesen jungen Ländern ungewöhnlich wichtigen, in die Breite wirkenden Erwachsenenbildung. Das „human investment“, die Investition in die menschliche Ausbildung wird in ihrer zentralen Bedeutung in allen Entwicklungsplänen noch zu wenig erkannt: Bildungshilfe ist gewiß gleichrangig mit Kapitalhilfe und Materialhilfe. Gedanken zu der im Gange befindlichen Diskussion, ob der Ausbildung der Ausländer aus Entwicklungsländern bei uns oder der Ausbildung der

Ausbilder für die Entwicklungsländer der Vorzug zu geben ist, können hier nicht vertieft werden. Wahrscheinlich wird diese Diskussion dazu führen, das Schwergewicht der Durchführung der Bildungshilfe, soweit dies praktisch möglich ist, in die Entwicklungsländer zu verlegen, um die Schwierigkeiten der Anpassung und Rückanpassung, die mit dem Wechsel zwischen sprachlich, sozial, kulturell so unterschiedlichen Umwelten verbunden sind, auf einen kleineren und dafür besser vorbereiteten Kreis von Menschen zu beschränken. Außer einem stärkeren finanziellen Engagement bei der Errichtung von Bildungseinrichtungen wäre damit auch ein stärkeres menschliches Engagement verbunden. So könnten z. B. an afrikanischen Universitäten Institute errichtet werden, deren Gebäude und Einrichtung als bleibende Manifestation deutscher Hilfe wirken würden und deren wissenschaftlich-menschliche Betreuung von einem Team deutscher Professoren und Assistenten für eine gewisse Zeit übernommen werden müßte, für die die betreffenden wissenschaftlichen Lehrkräfte gewissermaßen von ihrer Hochschule „ausgeliehen“ würden, so daß eine bestimmte Universität mit einem bestimmten Institut einer afrikanischen Universität eine Art Patenschaftsverhältnis unterhalten, gleichzeitig aber ihren entsandten Lehrkräften die Sicherheit geben würde, der heimatischen Hochschule verbunden zu bleiben.

So wie die Bundesrepublik es vermocht hat, in unverhältnismäßig kurzer Zeit ein im ganzen durchaus qualifiziert besetztes Netz von Botschaften in Afrika zu errichten — was gewiß nicht leicht war angesichts der Tatsache, daß wir als ein frühzeitig von seinen Kolonien befreites Land über wenig afrikaerfahrene Persönlichkeiten verfügten, die darüber hinaus auch noch für den diplomatischen Dienst geeignet sind —, so sollte sie auch in der Lage sein, geeignete Persönlichkeiten für die deutsche Kulturarbeit in Afrika ausfindig zu machen, zumal sich hier manche Voraussetzungen, die in Ländern hochentwickelter alter Kulturen in Asien und Lateinamerika erfüllt werden müssen, erübrigen. Angesichts der Adressaten,

an die sich die deutsche Kulturarbeit gerade in Afrika in besonderem Maße wendet, scheint der Typus des mit der besonderen Gabe des menschlichen Zugangs ausgestatteten Volkshochschulleiters für diese Aufgabe eher geeignet zu sein als der mit allen Bildungsgütern hochbefrachtete Akademiker. Die Versuche der Amerikaner sollten hier nicht unbeachtet bleiben.

In einem besonderen Maße unzulänglich sind die technischen Hilfsmittel, die wir für diese Arbeit bisher in Afrika zur Verfügung stellen. Angesichts der bei uns fast unvorstellbaren Bedeutung, die die Massenmedien Film, Rundfunk und Fernsehen, letzteres allerdings erst in Anfängen, für Meinungsbildung und Erwachsenenbildung in Afrika besitzen, sind die von uns in Gestalt von Filmen und Magnetofonbändern geleisteten Beiträge geradezu kläglich. Alle afrikanischen Rundfunkanstalten sind bereit, geeignete Sendungen deutscher Produktion ausstrahlen. Was ihnen jedoch von unseren Botschaften zur Verfügung gestellt werden kann, ist unzureichend. Es gliedert sich in zwei Gruppen von Themen: solche der sozialen, wirtschaftlichen, künstlerischen Selbstdarstellung unseres Lebens und unserer Einrichtungen, also mit vorwiegend kulturellem Akzent; zum anderen solche der Darstellung unserer politischen Lebensprobleme — Wiedervereinigung, Berlinfrage, Problem des Kommunismus —, also mit vorwiegend politisch-propagandistischem Akzent.

Bei den Filmen, Magnetofonbändern, Druckschriften und Illustrierten, die dem zweiten Themenkreis gewidmet sind, sollte man sich auch bei dem Blick auf Afrika daran erinnern, was der UNO-Beauftragte der USA, Adlai Stevenson, nach seiner Weltreise vor der Harvard-Universität sagte: „Eine ideologische Auseinandersetzung spricht die Massen Asiens nicht an. Mit unseren Predigten gegen den Kommunismus gewinnen wir nur wenige Herzen. Die Asiaten wollen nicht wissen, wogegen wir sind, sondern wofür wir sind. Und in Staaten wie Indien, Indonesien und Burma hat man nichts für die These übrig, daß man sich deutlich für eine der beiden Seiten entscheiden, daß man mit oder gegen uns sein müsse.“ Früher

zitierte Aussprüche westafrikanischer Politiker zeigen, daß wir in Afrika vor einer gleichen Situation stehen.

Hinzu kommt, daß wir es noch nicht ausreichend verstanden haben, differenziertes Material bereitzustellen, das auf die besondere Bewußtseinslage der Zuhörer und Zuschauer Bedacht nimmt. Ein Film, der den militarisierten Aufmarsch sowjetzonaler Massenorganisationen — mit bewaffneten Jugendlichen, gewehrtragenden Frauen, masinierten Straßenpanzern — darstellt, wird in Westeuropa und Nordamerika ganz andere Reaktionen auslösen als in Westafrika oder Lateinamerika, wo eher Sympathiegefühle und Beifallsstürme ausgelöst werden für eine solche, scheinbar kraftvolle Manifestation staatlicher Macht. Wer einmal am Rand der Stadt Conakry der von der deutschen Botschaft veranlaßten Durchführung des Films vom Staatsbesuch Sekou Tourés in Bonn vor Tausenden Afrikanern beigewohnt und den Beifallssturm für die Ehreneskorte der „weißen Mäuse“, die dem Präsidentenwagen vorausfahren, und den gleichen Beifallssturm für die militärisch-exakten weißbehandschuhten Präsentiergriffe erlebt hat — ein Beifall, der größer war als für den „großen Elefanten“, wie die Guineaner Sekou Touré nennen —, der weiß, daß jedes militärische oder halb-militärische Spektakulum, von wem auch immer es veranstaltet wird, in diesen Ländern ganz anders aufgenommen wird, als wir ahnen. Deshalb zeigen auch die Propagandisten der SED mit Vorliebe sowjetzonale Bürgerkriegsmanifestationen, wie ich es einmal ermüdend lang im irakischen Fernsehen beobachten konnte.

Übrigens wirkt sich auch die geographisch-kartographische Wiedergabe der tragischen Verteilung Deutschlands in Filmen und Druckschriften eher nachteilig für das Ansehen der Bundesrepublik aus, da die große Fläche der von uns getrennten Gebiete, die optisch sehr einprägsam sind, stärker im Sinne einer Bedeutungsminderung wirkt.

Auch die wenigen Filme, die den Botschaften offenbar ohne Berücksichtigung ihrer besonderen Landesverhältnisse zur Verfügung gestellt werden, sind für die Entwicklungsländer meist nur sehr beschränkt verwendungsfähig.

Von dem sehr guten Film „Romantisches Deutschland“ mag man in London, Paris und New York mit gutem Grund einen Erfolg erhoffen, vom Kinomobil auf die Bildwände afrikanischer Freilichtvorführungen projiziert, darf man höchstens Gelächter an uns völlig unverständlichen Stellen als Echo erwarten, wie ich es erlebt habe. Und auch der deutsche Zuhörer hat Grund zu herzhaftem Lachen, wenn er sich einmal auf der Terrasse der Botschaftsresidenz die Magnetofonbänder vorspielen läßt, die der arme Kultur- oder Öffentlichkeitsreferent den afrikanischen Rundfunkanstalten anbieten soll!

IV.

Der Doppelcharakter der Massenmedien Rundfunk und Fernsehen, den sie — wenn man von der in den Entwicklungsländern weniger wichtigen Aufgabe der Unterhaltung abseht — gerade in diesen meist vom Analphabetismus gekennzeichneten Ländern besitzen, prägt häufig ihre Programme in besonderem Maße: Sie sind Hilfsinstrumente der politischen Macht und Verbreitungsinstrumente der Volksbildung. Deshalb nehmen Propaganda und Schulfunk einen unverhältnismäßigen Platz ein. Wie man ein in seiner Masse des Lesens unkundiges Volk mit dem Fernsehen lenken kann, beweist Fidel Castro in Kuba, und es ist ein eindringlicher Beweis für die regierungssichernde Wirkungsmacht dieses Instruments, wenn man einmal erlebt hat, wie die durch Rundfunk bekanntgegebene Nachricht, daß in wenigen Stunden der Chef der Fidelisten über das Fernsehen zum Volk sprechen werde, die Massen vor die in Sälen, Kneipen und auf Marktplätzen aufgebauten Bildschirme ruft, wo sie den improvisierten und oft stundenlangen Führerreden geduldig und begierig lauschen. Nicht weniger beeindruckt es, im Innern des afrikanischen Busches die um den an einer Palme aufgehängten Lautsprecher versammelten Dorfbewohner zu beobachten, die, kaum anders bekleidet als zu Stanleys Zeiten und vor ihren Lehmhütten stehend, die aus der viele hundert Kilometer entfernten Hauptstadt kommende Stimme ihres Regierungschefs aus dem Zauberkasten heruntertönen hören. Die Transistorentechnik hat den Rundfunk in die

fernsten Winkel des Urwaldes vordringen lassen, und vom Rücken des Kamels bleibt der moderne Nomade mit den Ereignissen der Welt über die Wellen des Funks in Verbindung. In Mauritanien haben wir vor vier Jahren den Wirtschaftsminister des Landes getroffen, der mit wippender Antenne hoch zu Kamel die Nachrichten hörte. Das erste afrikanische Land, das nach dem Kriege systematisch den Rundfunk als Instrument der politischen Propaganda benutzte, war Ägypten. Kairo begann bereits 1952 mit dem Aufbau von Großsendern. Mitte 1960 standen Radio Kairo für seine Auslands-sendungen rund zwei Dutzend Sender mit etwa 1500 kW zur Verfügung, davon etwa die Hälfte Mittelwellen-, die Hälfte Kurzwellensender. Für kulturelle und religiöse Sendungen kündigte 1961 die ägyptische Regierung die Errichtung eines zusätzlichen Senders an, der stark genug ist, daß er in allen muselmanischen Staaten gehört werden kann. Als „Stimme des Islams“ soll er neben die bestehenden „Stimme der Araber“, „Stimme Palästinas“ und „Stimme des freien Algeriens“ treten. Aber nicht nur mit der mächtigen Waffe der religiösen islamischen Missionierung greift Ägypten auch nach Schwarz-Afrika, sondern in sieben Sprachen sprechen Nassers politische Propagandisten: zu Ostafrika in Suaheli, Sudanesisch, Amharisch und Somali und zu Westafrika in Englisch, Französisch und Hausa. Im Irak hat Ministerpräsident General Kassem den Grundstein zu einem Funkhaus gelegt, das in Konkurrenz zu Ägypten die Herberge des „stärksten Senders des Nahen Ostens“ werden soll.

Auch die neuen westafrikanischen Staaten beginnen mit der Entwicklung von Rundfunkkapazitäten, die weit über die Bedürfnisse der Versorgung ihrer Länder hinausgehen. Die Regierung Ghanas hat Mitte 1960 angekündigt, daß vier neue Kurzwellensender von je 100 kW für einen weltweiten Auslandsdienst in der Nähe von Akkra errichtet werden, die mit 22 Richtstrahlanlagen in allen Erdteilen empfangen werden sollen. Schon heute verfügt Ghana über ein erstaunlich gut ausgebautes Rundfunksystem mit einer technisch wie redaktionell hochqualifizierten Mannschaft. Auch Nigeria be-

sitzt eine dichte Rundfunkversorgung und, dem föderativen Charakter dieser Bundesrepublik entsprechend, drei regionale Fernsehanstalten mit sehr unterschiedlicher Kapazität.

Man hat einmal gesagt, daß die Einheit der marokkanischen Nation durch den Bau der von den Franzosen zu strategischen Zwecken angelegten Straßen ermöglicht und beschleunigt worden sei. Und von den Algeriern hat man behauptet, daß sie erst durch den Import französischer Rundfunkgeräte zu einem nationalbewußten Volk gemacht worden seien, weshalb die „Befriedungs“-Aktionen der französischen Truppen meist auch die Beschlagnahme der Rundfunkgeräte einschlossen.

Auch in Westafrika hat der Rundfunk die Bedeutung eines entscheidenden Instruments für die Verklammerung der oft recht unterschiedlichen Stämme, die das Territorium dieser neuen Staaten bevölkern, zu einer Art Staatsnation, die es in jenen Gebilden in aller Regel noch nicht gibt und auch nicht geben kann, da sie aus den Kolonialterritorien hervorgegangen sind, deren Grenzen, oft mit dem Lineal auf der Landkarte gezogen, von den Zufälligkeiten des Erwerbs, nicht aber von den ethnologischen und geographischen Gegebenheiten bestimmt wurden. Sie nach innen zu einer Nation zusammenschließen und nach außen auf verwandte, aber durch die Zufälligkeit der Entwicklung in einen anderen Staat eingeordnete Stämme zu wirken, damit sie sich dem eigenen Staat anschließen, das ist eine der bei allen Programmgestaltungen spürbar werdenden wesentlichen Aufgaben der überall von den Regierungen manipulierten staatlichen Rundfunkeinrichtungen. Hier ist unter der Oberfläche ein versteckter, aber deshalb nicht weniger intensiver Wellenkrieg im Gange, von dem kaum einer der neuen afrikanischen Staaten ausgenommen ist.

Es wäre erstaunlich, wenn die sowjetische Propaganda sich dieses Instrumentes nicht zu bemächtigen versuchte. Kaum hatten sich 1960 die nordafrikanischen und ein Teil der westafrikanischen Länder zu einer „Afrikanischen Rundfunkunion“ zusammengeschlossen — wie sehr sich dahinter auch ein politisches Programm ver-

birgt, geht daraus hervor, daß es sich ausschließlich um Länder des sogenannten Casablanca-Blocks handelt —, da erklärte der Verwaltungsrat der OIRT, der Rundfunk- und Fernsehorganisation der Ostblockstaaten, auf seiner 33. Sitzung in Bukarest seine Bereitschaft, „den afrikanischen Ländern beim Aufbau behilflich zu sein und den Rundfunkanstalten, deren Länder sich vom Kolonialjoch befreit haben, unentgeltliche Hilfe zu leisten“. So wie die OIRT, deren Sitz sich in Prag befindet, ein besonderes Hilfsprogramm für Asien und Lateinamerika entwickelt hat, so richtet sich ihr Angebot für Afrika auf Beratung beim Aufbau und Betrieb von Sendeanlagen, die Lieferung fertiger und Hilfe bei der Gestaltung eigener Programme, die Entsendung von Ostblockpersonal und Stipendien für die Ausbildung von afrikanischem Personal auf dem Gebiet der Technik und des Programms. Dabei werden gelegentlich auch Patentschaftsvereinbarungen getroffen. Der polnische Rundfunk „Polskie Radio“ hat mit dem indonesischen Rundfunk „Radio Republik Indonesia“ ein Abkommen über gegenseitige Zusammenarbeit unterzeichnet. Im Juni 1961 hat die nordkoreanische Regierung im Rahmen eines umfassenderen Abkommens mit Guinea besondere Vereinbarungen über Rundfunkhilfe getroffen.

Pankows Aktivität auf diesem Gebiet ist erwähnenswert. Das Schulungszentrum für afrikanische Rundfunkstipendiaten in der Sowjetzone ist Leipzig. Hier wurden nicht nur die Stipendiaten ausgebildet, von hier kommen auch die Spezialisten, die in den Entwicklungsländern wirken. Wenn man hört: „Hier ist der Sender Bagdad der Irakischen Republik mit dem Programm in deutscher Sprache“, erkennt man am sächsischen Akzent, welche Ideologie man erwarten darf. In Guinea errichtet die Sowjetzone einen Stadtfunk und ein Rundfunkstudio, und es stimmt einen nachdenklich, wenn man erlebt, daß in der Sekou Touré von der Bundesregierung als Gastgeschenk überreichten Studioausrüstung in dem noch sehr beengten Funkhaus in Conakry nunmehr außer den afrikanischen und zwei tschachischen Fachleuten auch ein sowjetzonaler Mit-

arbeiter in der Programmgestaltung wirkt! Auch in Lateinamerika ist die Zone aktiv; Ein Abkommen über „gegenseitige Zusammenarbeit“ verbindet Pankow mit Havanna. Diese Zusammenarbeit erstreckt sich nicht nur auf technische und personelle Hilfe, sondern erfaßt auch die Programmgestaltung auf beiden Seiten. Im August 1960 zum Beispiel meldete die Presse der Zone, daß der Erlös eines vom Ostberliner Rundfunk veranstalteten „Solidaritätskonzerts für Afrika“ für den Bau einer Schule in Guinea und eines „Freundschaftszentrums“ in Ghana verwendet werden solle.

Nur um alle Mosaiksteine dieses Bildes der politischen Problematik des afrikanischen Rundfunks knapp anzuleuchten, bevor wir uns der volksbildnerischen Seite zuwenden, soll noch der von außen nach Afrika über den Rundfunk gestrahlte Einfluß erwähnt werden. Auch hier hat Moskau die europäisch-amerikanischen Anstrengungen überspielt. Schon seit Jahren liegt in der Größenordnung der Sendekapazität unter den Auslandsrundfunkdiensten Moskau vor den USA an der Spitze. Großbritannien hat Ende 1960 seinen dritten Platz an China abtreten müssen, und die BBC hat in ihrem Jahrbuch „die Ausdehnung des Auslandsrundfunkdienstes des kommunistischen China das aufsehenerregendste Merkmal“ genannt. Peking, das zunächst vor allem nach Ostasien strahlte, hat nun auch nach Afrika hinübergreifen, und Moskau, dessen erste Afrikasendungen 1958 mit 15 Programminuten in Englisch und Französisch begannen, strahlt nunmehr nicht nur täglich 6 Stunden in diesen beiden Sprachen nach Afrika, sondern auch Sendungen in Swahili. Auch Radio Berlin International, der Kurzwellendienst der Zone, sendet in Französisch und Englisch nach Afrika.

V.

Nicht nur von Leopold Senghor, dem Professor der französischen Sprache und Präsidenten des afrikanischen Staates Senegal, kennen wir das unter dem Begriff der „Négritude“ ausgedrückte Bestreben, sich zwar einem Prozeß der passiven Assimilierung an die europäische Kultur zu widersetzen, sich in sorgfältiger Auswahl

aber dasjenige ihrem eigenen Wesen aktiver zu assimilieren, d. h. in die wiederzubelebende afrikanische Kultur einzuschmelzen, was für Afrika wertvoll ist. Und diese Afrikaner glauben, damit nicht nur ihre eigene Kultur zu bereichern, sondern auch der europäischen neuen Reichtum und Wiederbelebung als Gabe zu bieten: Es sei der Beitrag Afrikas, so sagt Leopold Senghor, „die an Maschinen und Kanonen gestorbene Welt den Rhythmus wieder zu lehren, den Freudenschrei auszustoßen, der Tote und Waisen bei neuer Dämmerung wieder weckt, den Menschen mit der zeretzten Hoffnung das Lebensgedächtnis wiederzugeben“.

Es ist dem europäischen Afrikabesucher nicht möglich, eine Aussage darüber zu wagen, wie groß und wie einflußreich an Universitäten, Schulen und Funkhäusern die Gruppe derjenigen ist, die die ihnen anvertraute Bildungsaufgabe heute oder heute schon so verstehen. Aber eine andere Tatsache führt uns mit statistischer Nüchternheit an eine Bildungsaufgabe heran, mit der sich die Programmgestalter aller afrikanischen Funkhäuser mühen. Eine Veröffentlichung der UNESCO hat darauf hingewiesen, daß die Alphabetisierung in einer Reihe von Entwicklungsländern hinter der davonlaufenden Bevölkerungszunahme zurückbleibt. Trotz aller Anstrengungen steigt der Anteil der Analphabeten!

Schon im Jahre 1957 haben französische Pädagogen in Kamerun eine Alphabetisationskampagne durch den Rundfunk begonnen, indem sie über das Land verstreut Gruppen Lernwilliger mit einem Hilfslehrer zusammenfaßten, der selbst nicht über das Grundschulniveau hinausgelangt war. Der sorgfältig zusammengestellte Wortschatz wurde, auf Zettel gedruckt, vor den Stunden über die Hilfslehrer an die Lernenden, die einen großen Eifer bewiesen, verteilt, wobei die zum Teil recht unterschiedlichen Stammsprachen noch als zusätzliches Hindernis überwunden werden mußten. Das Sprachenproblem ist hier in Afrika, wo Hunderte von Sprachen und Dialekte sich mischen, von besonderer Bedeutung.

Auch zwischen den politisch Führenden Afrikas bestehen sprachlich noch

die gleichen Schwierigkeiten wie in Indien. So wie dort selbst im Parlament Englisch die einzige Verständigungsmöglichkeit ist, können sich auch auf afrikanischen Konferenzen die Politiker nur auf Französisch oder Englisch über die afrikanischen Sprachbarrieren hinweg verständigen; nur wenige kommen über die französisch-englische Sprachbarriere weg.

Leichter als bei der Alphabetisation kann der Rundfunk bei der Vermittlung technischer, hygienischer, landwirtschaftlicher Kenntnisse Dienste tun. In Indien hat man bei der Verbreitung von Kenntnissen neuer Methoden der Landwirtschaft, die bei 85 v. H. Analphabeten nicht mit Informationsschriften möglich ist, mit großem Erfolg den Weg beschritten, um die Dorflautsprecher feste Hörgemeinschaften zu bilden, die anschließend das Gehörte diskutierten und Einwände oder Ergebnisse ihrer praktischen Erfahrungen durch Schreibkundige an den Rundfunk übermitteln ließen, der wiederum in der nächsten Sendung darauf einging. In Abidjan, der Hauptstadt der Elfenbeinküste, berichten afrikanische Sozialpraktiker über große Erfolge, die sie mit ähnlichen Methoden erzielt haben. Dort werden in Sendungen von wöchentlich einer halben Stunde Agrar- und Hygienefragen im Hörfunk behandelt (z. B. die Verhinderung der Infektion durch den gefährlichen Guineawurm mittels besonderer Methoden der Filterung des Wassers) und im Anschluß von besonders ausgebildeten „Animatoren“ dann an Hand von Diaserien zusätzlich optisch erläutert und weitergeführt. Die Fragen und Diskussionsergebnisse werden dem Rundfunk zugeleitet und zur Grundlage neuer Sendungen gemacht. Die „Animatoren“ werden gelegentlich zu Kursen in der Hauptstadt Abidjan zusammengezogen.

Die Herstellung von billigen Radiogeräten zum Preis von etwa 20 DM, die durch Kerosin-Lampen gespeist werden, ist nach einem Plan der UNESCO vorgesehen. Sie wird die Dichte der Rundfunkversorgung bald auf die vorgesehene Zahl von 5 Geräten auf 100 Einwohner bringen können, die heute in Asien noch nicht zur Hälfte, in Afrika noch weniger erreicht ist. Die Zahl der Zeitungen entspricht

in Asien genau der der Rundfunkgeräte, und in Schwarz-Afrika dürfte es ähnlich sein. In den Ländern des Analphabetismus ist die Wirkung des Rundfunkgeräts ungleich stärker und die der Zeitung ungleich geringer als bei uns.

Auch auf dem Gebiet der Massenmedien suchen die Regierungen der jungen Staaten die Entwicklung zu forcieren. In allen drei Regionen des volkreichsten afrikanischen Staates, Nigeria — die mit eigenen Zuständigkeiten ausgestattet sind wie unsere Bundesländer — gibt es Fernsehsender mit zum Teil so lächerlich wenigen Empfängerzahlen, daß die Bundesregierung in Lagos die Zusammenlegung zu einer Anstalt betreibt. In Ghana werden die Pläne für Fernsehsender vorangetrieben. In Marokko, das ebenso wie der Sudan an eine baldige Einführung des Fernsehens denkt, ist mit Hilfe von Technikern des Westdeutschen Rundfunks eine Expertise ausgearbeitet worden. Selbst in den bevölkerungsärmsten, kleinsten Ländern Westafrikas bekundeten die mit diesen Fragen betrauten, wenn auch nicht immer mit der Sache ausreichend vertrauten Stellen lebhaftes Interesse an einer baldigen Verwirklichung des Fernsehens.

Charakteristisch für die Einstellung in diesen jungen Ländern ist die Erklärung des Erziehungsministers von Singapur, der auf einer Konferenz von europäischen Wissenschaftlern und afrikanischen Politikern darauf hinwies, daß sein Land mehr als 25 v. H. seines Staatshaushaltes für Erziehungsfragen ausbebe, angesichts einer Bevölkerung von 43 v. H. unter 15 Jahren. (In Indien ist die Alterspyramide, wie übrigens in den meisten Entwicklungsländern, ähnlich: 45 v. H. unter 15 Jahren und nur 2 v. H. über 60 Jahre.) Die Schulen in Singapur würden in drei Schichten benutzt, und trotzdem könne man dem Problem des Analphabetismus nicht Herr werden: „Warum sollen wir den Rundfunk als Hilfsmittel benutzen, wenn wir gleich mit Fernsehen anfangen können? Wir stehen vor der dringenden Notwendigkeit, der Bevölkerungsmasse Ergebnisse zu bieten, die nicht in Jahrzehnten erlangt werden müssen, sondern in Jahren.“

Niemand, der die Wirkungsmacht des Bildes in diesen Ländern erlebt hat — der Diashows, der Lehrfilme, der Kultur- und Spielfilme —, wird dieses Drängen zur Einführung des Fernsehens noch für eine modernistische Fortschrittspielerei halten können.

Die bisherige Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesrepublik hat die Bedeutung der Massenmedien in diesen Entwicklungsländern noch keineswegs ausreichend berücksichtigt. Gewiß sind die Haushaltsmittel, die das Auswärtige Amt angefordert und die der Bundestag dafür bewilligt und aus eigener Initiative sogar über die Anforderung hinaus gesteigert hat, mittlerweile nicht unbedeutend, wenn auch immer noch nicht hinreichend. Wichtiger aber ist eine zweckentsprechende Verwendung, an der es noch sehr fehlt.

Auf dem Gebiet der audiovisuellen Möglichkeiten wird quantitativ zu wenig bereitgestellt, und was an unsere kulturellen Institutionen und diplomatischen Vertretungen geschickt wird, ist zu sehr nach einem einheitlichen Schema produziert, ohne hinreichend zu berücksichtigen, daß die weltanschaulichen, sozialen und mannigfachen anderen Umstände sehr unterschiedlich sind, so daß eine in einem asiatischen Lande geeignete Schrift, ein dort eindrucksvoller Film in einem afrikanischen Lande gegenteilige Wirkungen auslösen können. Und selbst zwischen afrikanischen Ländern wird man sehr differenzieren müssen.

Es ist notwendig, die Kultur- und Öffentlichkeitsreferenten unserer Botschaften mit eigenen Anregungen auf die Herstellung einwirken zu lassen. Was sollen in Afrika Magnetofonbänder, die, noch dazu in problematischem Französisch, den schon für deutsche Zuhörer kaum erfolgreich zu gestaltenden Versuch unternehmen, das Bundeshaus in seiner baulichen Anlage zu erklären? Welche westafrikanische Rundfunkanstalt soll eine Schilderung einer Drachenfelsbesteigung im Hörfunk senden? Man gewinnt den Eindruck, daß die in unseren Auslandsvertretungen häufig gehörte Klage nicht unbedeutend ist, die Herstellung des Materials liege zu sehr in Händen von Men-

schen, die keine ausreichenden Kenntnisse der Länder besitzen, für die sie diese Programme gestalten.

Quantitativ unzureichend und thematisch ungeeignet sind vor allem die Filme, die unseren Vertretungen zur Verfügung stehen. Wer erlebt hat, wie ganze Dörfergemeinschaften bis tief in die Landschaft hinein zusammenströmen, wenn ein Kinomobile auftaucht, oder wer am Rand afrikanischer Großstädte die geduldrigen und beglerigen Massen erlebt hat, die sich um den Kinowagen der Botschaft drängen, der hat etwas von der Wirkungsmacht gespürt, die dort in dieser modernen Zauberapparatur liegt. Die Bundesregierung hat in zahlreichen Entwicklungsländern Kinomobile bereitgestellt. Damit ist jedoch nicht das Problem gelöst, was denn nun von den Projektoren auf der Leinwand gezeigt werden soll. Nicht selten wiederholt sich das berüchtete Beispiel von der sowjetzonal bedienten bundesrepublikanischen Studioausrüstung im Funkhaus von Conakry auf die Weise, daß über bundesrepublikanisch gespendete Kinomobile sowjetzonal gelieferte Filme gezeigt werden.

Durch eine stärkere Koordination von INTERNATIONES, Bundespresseamt und Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten könnte die Bereitstellung geeigneten Materials erreicht werden. Gewiß könnte manches in den Fernseharchiven der einzelnen Funkhäuser schlummernde Material eigener Produktion gebühren- und honorarfrei bereitgestellt werden, so daß für die Bundesstellen nur die Synchronisationskosten entstehen. Auch wenn der Anteil derart verwendbaren Materials, gemessen an der Produktion, außerordentlich gering ist, bedeutet er doch eine Vermehrung des für die auswärtige Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit bereitstehenden Materials. Oft wird derartiges Archivmaterial erst durch die Kombination von Schnitten bis zur Verwendungsreife aufbereitet werden müssen. Was auf diesem Gebiet in zaghaften Ansätzen geschieht, ist viel zu wenig und macht sich in den Entwicklungsländern noch keineswegs bemerkbar.

VEREINTE NATIONEN — UNEINIGE REGIERUNGEN

Die UNO aus der Sicht ihres Sekretariats

I.

Von den 18 000 Beamten der Vereinten Nationen sind 16 000 mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen beschäftigt, und 85 v. H. des regulären Budgets dienen diesen Zwecken. Die politische Tätigkeit in dem Glaspalast am East River in New York füllt zwar die Spalten der Tageszeitungen, aber sie ist nur der herausragende, sichtbare Teil des Eisberges, dessen Tiefe der oberflächliche Beobachter nicht ermißt. Fragt man im Sekretariat nach den wichtigen und dauerhaften Leistungen der Weltorganisation, so kann man leicht die Meinung hören, daß die Schlichtungsmaschinerie, die Tagungen, die Verhandlungen und Resolutionen alle leicht durch andere Veranstaltungen ersetzt werden könnten, aber nicht das Kinderhilfswerk, das Welternährungsamt, das Amt für Technische Hilfe und der Entwicklungsfonds. Hier wird eine Arbeit geleistet, die von keinem Veto einer Großmacht behindert und von keiner demagogisch aufgepeitschten Versammlungsmehrheit gestört wird. Hier werden Arbeitsregeln und wirtschaftliche Doktrinen entwickelt, die für die Zukunft ganzer Weltgegenden entscheidend sein können; hier werden Studien und Pläne gemacht, die längst über die nothelflichen Ad-hoc-Maßnahmen hinausgegangen sind und dem Aufbau der Neuländer Weisungen geben, die im wahren Sinne des Wortes „grundlegend“ sind, nämlich die technischen, erzieherischen und sozial-wirtschaftlichen Voraussetzungen künftiger Entwicklung schaffen.

Das Sekretariat kann diese Aufgabe leisten, weil es sich in harter Arbeit Unabhängigkeit und Ansehen verschafft hat und weil es von einem internationalen Beamtenstab besetzt ist, der seine Unabhängigkeit und berufliche Integrität verteidigt. Dieser Stab ist der Stolz der Vereinten Nationen, und die Welt weiß viel zu wenig von ihm. Zugleich aber lassen sich alle Probleme der Weltorganisation an dem Kampf aufzeigen, der sich um die Besetzung des Sekretariats entsponnen hat. Ursprünglich strömten in den Dienst der Vereinten Nationen Idealisten aus vielen westlichen Ländern und Exilierte aus Diktatorländern, die zusammen mit Beamten des alten Völkerbundes dem Sekretariat einen wundervoll internationalistischen Charakter verliehen, worin alle nationalen Unterschiede aufgehoben schienen. Es bildete sich ein Weltbeamtentum mit einer eigenen Ethik und gemeinsamen Anschauungen, die nicht mehr durch tägliches gegenseitiges Abschleifen von regionalen Vorurteilen entstanden, sondern aus dem Geist der Weltorganisation und aus ihren Aufgaben selbständig hervorwachsen. Zu dieser Einmütigkeit trug sehr bei, daß der Sowjethock nur wenige Beobachter in diesen Beamtenstab entsandte und daß man es mit den Länderquoten nicht allzu genau nahm.

Besonders unter der Führung Hammarskjölds entwickelte sich diese Solidarität des Sekretariats gegenüber allen Regierungen; er suchte sich den rechten Mann für jede Aufgabe, und dabei war maßgebend nicht nur die berufliche Befähigung,

sondern die Unabhängigkeit des Urteils und die Integrität des Charakters. Kennzeichen dieses Weltbeamtentums wurde, daß seine Angehörigen sich nur ihrer Aufgabe verpflichtet fühlten und nur dem Generalsekretär ergeben waren. Nicht nur vergaßen sie ihre Nationalität, sie wurden für den diplomatischen Dienst ihres Heimatlandes geradezu unbrauchbar, und, abgesehen von einigen Entwicklungsländern, die dringend Führer von Weltblick brauchen, beriefen Regierungen selten einen Beamten, den sie dem Sekretariat entliehen hatten, zurück. Man hat erlebt, daß ein Israeli mit Eifer ein Projekt betrieb, dessen Hauptnutznießer ein Araberland gewesen wäre, weil er es technisch für produktiver hielt als ein Gegenprojekt, das ihm politische Ehren in seinem Lande eingetragen hätte. Man hat erlebt, daß ein Beamter ein kunstvoll geschriebenes Pergament, in dem eine Regierung sich für die Durchführung eines Projektes bedankte, zurückweisen mußte, um auch den Schein jeder Beeinflussung zu vermeiden. Dafür hat das Sekretariat sich einen Ruf von Unbestechlichkeit erworben, der jeden Versuch zu politischem Kuhhandel und unterirdischer Einflußnahme ausschließt. Das Amt für Technische Hilfe entscheidet nach sachlichen Gesichtspunkten und unbekümmert durch die politische Konstellation in der Versammlung, wie die viel zu geringen Mittel unter die viel zu zahlreichen Antragsteller zu verteilen sind, und es scheut sich auch nicht, einer der einflußreichsten Regierungen zu sagen, daß ein von ihr befürwortetes Vorhaben ihrer Partei mehr politische Vorteile als dem Lande Nutzen bringen würde, oder es zwingt Regierungen, regionalen Projekten in Gemeinschaft mit Nachbarländern den Vorzug vor nationalen Projekten zu geben. Das ist die Wirkungsweise der Sekretariats an seinen besten Tagen.

II.

Die erste Störung dieser Unabhängigkeit kam durch den Kampf der Sowjetvertretung gegen Trygve Lie. Der russische Standpunkt, daß es unparteiliche Handhabung der Sekretariatsaufgaben nicht gebe, berührte aber mehr die politischen Funktionen des Generalsekretärs als die technischen Dienste seines Stabes. Eine Krise aber trat ein, als der amerikanische Senator McCarthy versuchte, den Generalsekretär für die „Sicherheit“ der Vereinigten Staaten verantwortlich zu machen. Der Vorwand seiner Einmischung war lächerlich, denn Sicherheitsfragen gibt es nicht in einer Organisation, deren Akten sämtlichen Mitgliedsregierungen jederzeit zugänglich sind und die nichts veröffentlichen kann, was nicht von allen Delegationen gebilligt ist. Es gab aber, und gibt wohl, im Sekretariat amerikanische Kommunisten oder Exkommunisten, die früher dem New Deal oder in Kriegsämtern gedient hatten und die bei den Vereinten Nationen einen ihnen gesinnungsgemäßen Unterschlupf fanden. Diese wollte McCarthy „vernehmen“ und damit das isolationistische Ressentiment seiner hinterwäldlerischen Wähler gegen die Vereinten Nationen aufwühlen. Einen höheren Beamten des Sekretariats trieb er zum Selbstmord, aber Hammarskjöld gestand dem Senator nicht mehr Rechte über Sekretariatsangehörige amerikanischer Nationalität zu, als die Gerichte ihm bewilligen wollten.

Trotzdem war mit diesem Zwischenfall die Frage aufgeworfen, ob für das internationale Beamtentum das gleiche gilt, wie für die politischen Organe der Vereinten Nationen: daß seine Mitglieder nämlich ihre Nationen oder gar deren Regierungen vertreten. So absurd die Frage ist, sie hat doch den Generalsekretär immer wieder geplagt. Es ist menschlich verständlich, daß neue Mitgliedsstaaten und insbesondere junge Länder eine Ehre darin sehen, ebenfalls im Sekretariat durch Staatsangehörige beteiligt (was nicht dasselbe ist wie vertreten) zu sein.

Der Wunsch kommt manchen Delegierten nicht ganz selbstlos, denn ein Sekretariatspesten in New York erscheint manchem begehrenswerter als die Rück-

kehr in ein unterentwickeltes Land unter eine Regierung, die entweder willkürlich oder instabil ist. Der Nachteil solcher Bewerbungen ist häufig, daß die Bewerber weder die fachliche Schulung noch den erforderlichen Geist der Ergebenheit besitzen.

Wo der Generalsekretär, um sich jungen Ländern entgegenkommend zu erweisen, Günstlinge nationalrevolutionärer Regierungen angestellt hat, mußte er nicht nur eine Verminderung des geistigen Niveaus und der Leistung in Kauf nehmen, sondern auch die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit seines Stabes aufs Spiel setzen. Mindestens wird es einige Zeit dauern, bis diese Neulinge vom Geist der Organisation absorbiert werden. Unglücklicherweise vermindert sich aber gleichzeitig der alte Beamtenstab, teils weil ein gewisser Druck auf langjährige Mitarbeiter ausgeübt wird, Platz für Anwärter aus neuen Mitgliedstaaten zu machen, teils weil diese erfahrenen Fachleute bedeutend bessere Stellungen in westlichen Industriekonzernen erhalten können oder gar, angewidert durch die Paralyserung ihrer Arbeit, auf die Universitäten zurückkehren.

III.

Mit der regionalen Besetzung kam nun aber die Frage der regionalen Vertretung im Sekretariat auf. Denn um etwa die gleiche Zeit begann die Sowjetregierung ein regeres Interesse an internationaler Publizität zu nehmen und verlangte den ihr zukommenden Anteil an Sekretariatsposten. Der Unterschied zwischen Angehörigen westlicher Länder und Sowjetbürgern im Sekretariat ist der, daß ein Engländer, Deutscher oder Amerikaner tatsächlich einen Privatvertrag mit der Organisation schließt und sich ihr voll verantwortlich empfindet, der Sowjetbürger aber sich als von seiner Regierung in das Sekretariat „entsandt“ fühlt und von ihr auch jederzeit zurückberufen werden kann. Das ist in einigen Fällen geschehen; in anderen mußte die amerikanische Regierung um Rückberufung ersuchen, da der Betreffende im Nebenberuf Spion war (Sowjetbürger in den Vereinten Nationen haben von Anfang an die Heiterkeit ihrer Kollegen damit erregt, daß sie Berge von Papier mitnahmen und Gespräche mit Angehörigen anderer Länder aufschrieben). Der Untersekretär Arkadjev konferiert täglich mit dem Sowjetbotschafter.

Völlig ins Absurde wird das Vertretungsprinzip nun durch die russische Forderung einer „Troika“ getrieben. Nach diesem Prinzip müßte jedes der größeren Ämter, vor allem aber der Posten des Generalsekretärs, dreifach besetzt sein, und Beschlüsse dürften nur bei Einigkeit aller drei Regionalvertreter gefaßt werden. Dabei wäre jeweils ein „Vertreter“ des Sowjetblocks, einer für den Westblock und einer für die Neutralen vorgesehen. Dieser Vorschlag würde nicht nur das Sekretariat lahmlegen und die Einrichtung des Vetos, die im Sicherheitsrat noch ihre Berechtigung haben mag, auf die Arbeitsweise der Vereinten Nationen ausdehnen. Seine Verwirklichung würde gerade diejenigen Entwicklungen lähmen, in denen das Sekretariat seine größten Hoffnungen sieht, und statt der Internationalisierung eine Politisierung der wirtschaftlichen und sozialen Werke der Vereinten Nationen herbeiführen. Darüber hinaus aber setzt dieser Vorschlag das Gegenteil der Idee voraus, auf die jede internationale Organisation aufgebaut sein oder zu der sie mindestens tendieren muß: Sie nimmt an und verfügt, daß bei jeder Frage von vornherein feststeht, wie drei verschiedene, vorher genau eingeteilte Mächtegruppen nach ihrem regionalen und weltanschaulichen Interesse stimmen werden; wünschenswert und normal wäre ja, daß die Staaten bei jeder Frage, je nach der Sachlage, zu wechselnden Mehrheiten kämen! Ein solches Einfrieren der Position hält die Entwicklung auf, die ein internationales Rechtsbewußtsein und eine Gemeinsamkeit internationaler Auf-

gaben anstrebt. Das Sekretariat würde aus einem internationalen Funktionärskörper zum Spielball der Interessen.

IV.

Bei der Bestellung eines stellvertretenden Generalsekretärs nach dem Tode Hammar skjöld s ist dieses Troikaprinzip bereits an der Spitze des Sekretariats eingeführt worden. Zwar haben die Westmächte auf der nominellen Erfüllung des Grundsatzes bestanden, daß die Organisation einen Generalsekretär mit umfassenden Vollmachten in der Wahl seiner Mitarbeiter hat. Aber U Thant hätte das Amt nicht erhalten, wenn er nicht zuvor den Russen bindende Versprechungen über die Zusammensetzung seines „Kabinetts“ gegeben hätte. Er ernannte zwei Hilfssekretäre, den Amerikaner Bunche und den Russen Arkadjev, und ordnete ihnen ein geographisch wie politisch wohl ausbalanciertes Kabinett bei — de Seynes für Westeuropa, Nošek für Osteuropa (die russische Forderung war, es dürfe kein Jugoslawe sein), den Ägypter Lutfi für die Araber, den Brasilianer Teresa de Sa für Südamerika, Amachree aus Nigeria für Afrika. Zu seinem administrativen Assistenten ernannte U Thant den Inder Narasimhan anstelle des ausscheidenden Amerikaners Cordier. Nachstoßend verlangt nun die Sowjetunion die Berufung von 80 Bürgern des Ostblocks auf leitende Posten. Damit soll einer Wiederholung der Kongo-Operation, die gegen das Sowjet-Interesse verlief, vorgebeugt werden. All das ist nicht unwichtig, da U Thant auf russisches Verlangen nur anderthalb Jahre Bewährungsfrist hat. Erst dann soll endgültig ein neuer Generalsekretär bzw. an seiner Stelle ein Dreierat gewählt werden. Der Sowjetbotschafter Sorin wies in einer Pressekonferenz nochmals auf das Damoklesschwert hin, das all diese Arrangements bedeuten: „Wir legen besonderen Wert auf U Thants Versicherung, er werde mit seinen Haupttratgebern eng zusammenarbeiten.“ Wenn der Generalsekretär nicht auf seinen Untersekretär hört, wird es in anderthalb Jahren keinen Generalsekretär mehr geben.

Es ist daher verständlich, daß U Thant sich eine möglichst breite Basis in der Versammlung zu schaffen und sein Ansehen zu stärken sucht, bevor das seines Amtes weiter geschwächt werden kann. Wie vor ihm schon Hammar skjöld, arbeitet U Thant daran, sein eigenes Wirken mit den Absichten und Bedürfnissen der kleinen, der neutralen und neuen Länder zu identifizieren, die mehr als die anderen ihr Heil in einer starken Weltorganisation suchen müssen. Das ist wahrscheinlich der eigentliche Grund seines forschen Auftretens im Kongo. Er mußte sich nicht nur als starker und unabhängiger Generalsekretär erweisen, sondern auch seine Parteitreue gegenüber den afro-asiatischen Nationalisten unterstreichen, die Lumumbas Erbe als heiliges Vermächtnis zu erfüllen haben. Er führt dabei eine Sprache, die eher an den temperamentvollen Trygve Lie als an den diplomatischen Hammar skjöld erinnert, und er hat kriegerische Aktionen autorisiert, auf die vielleicht die Entwicklung im Kongo hinsteuern mochte, die aber sein Vorgänger zu vermeiden suchte. Hammar skjöld hat dies Bemühen mit seinem Leben bezahlt. U Thant aber bombardiert eine Stadt, um 300 Söldner aus einer Provinz zu verjagen, deren Unterwerfung unter eine hilflose Zentralregierung der Sicherheitsrat zur Aufgabe der Vereinten Nationen machte. Darin liegt der Unterschied.

Eine merkwürdige Dialektik — im Moment, wo die Vereinten Nationen eine tiefe innere Krise erleben, auseinanderzufallen drohen und ihre Schulden nicht bezahlen können, führt ihr Generalsekretär in ihrem Namen einen Krieg, der mehr innere Einheit voraussetzt als irgendeine andere Episode in dem fünfzehnjährigen Leben der Weltorganisation. Der koreanische Krieg war ein amerika-

nisches Unternehmen, das den Segen des Sicherheitsrates nur dank einem taktischen Fehler der Russen erhielt; der Katangakrieg ist ein Unternehmen der Vereinten Nationen, dem die Großmächte unter dem Druck der kleineren Staaten und der Neutralisten ihren Segen erteilen mußten. Der Unterschied geht aber noch tiefer: Zum erstenmal mischt sich die UNO militärisch in einen Bürgerkrieg ein und nimmt offen Partei in der Innenpolitik eines Mitgliedstaates. Das ist ein Präzedenzfall für die Fortbildung der Charta, die nicht nur eine solche Einmischung nicht vorsieht, sondern sie ausdrücklich aus dem Kompetenzbereich der Vereinten Nationen ausschließt. Die Friedenshilfe, die Vermittlungsinstanzen und die Polizeitruppe sind für Streitigkeiten zwischen Regierungen vorgesehen, nicht für Sezessionen und Revolutionen. Wollte man das, was die Vereinten Nationen im Kongo tun, ad absurdum führen, so könnte man sagen: Mit dem gleichen Recht wie Aduhah UNO-Hilfe gegen Kantanga beansprucht, hätten die Russen verlangen können, daß die Vereinten Nationen ihnen helfen, die Ordnung in Ungarn wieder herzustellen. Jedenfalls setzt sich die UNO heute gegen Tschombe mit einer Energie ein, die sie zur Verteidigung Imre Nagys nicht aufbrachte.

V.

Das Interventionsprinzip hat aber noch eine zweite Entwicklung durchgemacht. Ursprünglich war es neutral und formal; die Vereinten Nationen waren verpflichtet, dem Angreifer ohne Ansehen der Partei, ja ohne Ansehen seines moralischen Rechtes entgegenzutreten, den Angegriffenen aber in jedem Falle zu schützen, selbst wenn er an sich keine Sympathien verdiente. Das Musterbeispiel für solche Prinzipientreue zur kollektiven Sicherheit war das amerikanische Verhalten in der Suezkrise. Alles hätte dafür gesprochen, daß Eisenhower seine Verbündeten diplomatisch unterstützte, und dennoch hielt er es für das langfristige Interesse der Vereinigten Staaten, die Angreifer zum Rückzug zu zwingen. Heute lassen die ehemaligen Kolonialvölker und ihre Freunde keine solchen Formalprinzipien der Objektivität gelten. Sie unterstützten Indians Feldzug gegen Goa, weil sie das Kriegsziel billigten. Statt des formalen Kriteriums — Friedensbruch ist Friedensbruch — gilt ihnen nun ein inhaltliches — Kriegsaktion gegen eine Kolonialmacht ist kein Friedensbruch. Ein gefährlicher Präzedenzfall nicht für die von Chruschtschow usurpierte Lehre, daß es gerechte und ungerechte Kriege gibt (natürlich gibt es die), aber für das von Chruschtschow beanspruchte Privileg, zu bestimmen, welcher Krieg gerecht sei.

Mit Recht klagte daher der amerikanische Delegationschef Stevenson nach der Abstimmung über Goa, das sei der Weg, auf dem einst der Völkerbund seinem Ende zugeht. Sorin machte sich darüber lustig und meinte, die Amerikaner ärgerten sich nur, daß sie nicht mehr die Vereinten Nationen regieren. Zwar ist es ganz falsch, die Machtverhältnisse in den Vereinten Nationen so zu beschreiben; aber richtig ist an Sorins Bemerkung, daß die amerikanische Konzeption der Vereinten Nationen, so wie sie sich in der Gründungsurkunde ausdrückte, in der Tat von der Zeit ausgehöhlt worden ist. Und obwohl Stevenson den Pessimismus, den sein Aufschrei in den Wandelgängen verursacht hatte, später abzumildern versuchte, war daran doch richtig, daß in den letzten beiden Generalversammlungen diese Idee schwere Stöße erhalten hat.

VI.

Überblicken wir die Lage, die Stevensons Kassandraruf verursachte: Das Veto, das den Großmächten im Sicherheitsrat zur Wahrung lebenswichtiger Inter-

essen gewährt wurde, ist von den Russen 99mal zu Manövern der Tagespolitik mißbraucht worden, im Falle Goa z. B., um sich Indien erkenntlich zu zeigen und anderen Entwicklungsländern die antikolonialistische Gesinnung der Sowjetunion zu demonstrieren. Der Sicherheitsrat ist durch diesen Mißbrauch funktionsunfähig geworden. Aber der Ausweg, Entscheidungen in die Versammlung zu verlegen, hat zu noch böseren Verirrungen geführt. Denn dort herrscht seit Verdopplung der ursprünglichen Mitgliederzahl Chaos, Damagogie und Parteiterror. In ihrem Eifer, als Freunde der einst verachteten Rassen zu gelten, haben die Großmächte neue Staaten, noch bevor sie sich stabile Regierungen geben konnten, ohne jede Bewährungsfrist aufgenommen und die Politik der UNO so von Mehrheiten abhängig gemacht, die eine ressentimentgeladene Parteisache durchzusetzen haben und dabei der Weltorganisation Aufgaben stellen, für die sie nicht geschaffen ist. Ein afrikanischer Delegierter muß schon sehr viel Charakter haben, um gegen einen Antrag zur sofortigen Befreiung aller übrigen Kolonien oder gegen den Ausschluß Südafrikas aus der Organisation zu stimmen. Das bloße Wort Kolonialismus erzeugt bei einigen Delegationen so automatische Abwehrreaktionen, daß die Russen ganz routinemäßig jeden Antrag, der ihnen nicht paßt — etwa die Verteilung amerikanischer Getreideüberschüsse durch die Vereinten Nationen —, damit brandmarken und auf diese Weise jedesmal einige Stimmen auf ihre Seite ziehen.

Ohne Zweifel ist die Liquidierung des Kolonialismus die wichtigste Frage — neben der Abrüstung —, der sich die 16. Generalversammlung zuwandte. Aber man kann eine gute Sache zur schlechten machen, indem man sie falsch anpackt oder zu ihr fremden Zwecken verwendet. In beiden Fragen hat die Generalversammlung versagt. In der Abrüstungsfrage hätten die kleinen und gerade die angeblich neutralen Mächte den großen und den Blocks die Führung aus den Händen reißen und ihnen ein wohlgedachtes Programm ultimativ unterbreiten sollen. Statt dessen nahmen sie einander widersprechende Resolutionen an, die mehr von Bekenntnisangst als von Sachkunde diktiert waren. Sie überantworteten die politische Auseinandersetzung einem Ausschuß, der nach dem russischen Troikaprinzip zusammengesetzt ist und Resultate nur zeitigen wird, wenn die Großmächte sich untereinander einigen. Dafür ist wenig Hoffnung, und so wird bei der nächsten Versammlung Chruschtschow nochmals auf sein Programm zur sofortigen, allgemeinen und totalen Abrüstung (ohne die notwendigen Kontrollen) zurückkommen, das nicht der Abrüstung dient, sondern der Propaganda. Hier war eine politische Frage, die sich die Versammlung aus den Händen nehmen ließ.

Umgekehrt ist es bei der Kolonialfrage. Die Hilfe, welche das Sekretariat für einen reibungslosen Übergang von der Kolonialadministration zur Selbstregierung leisten kann, ist wesentlich wirtschaftlich, erzieherisch und technisch. Durch Politisierung der Frage fördert man nicht den Reifeprozess der Kolonialvölker, sondern beschleunigt nur Katastrophen wie die im Kongo, wo die Vereinten Nationen dann überstürzt Notmaßnahmen ergreifen müssen, die bei planmäßiger, durchdachter Anwendung ihrer Mittel überflüssig gewesen wären. Die Politisierung der Kolonialfrage erfüllt nur den Zweck, im kalten Krieg Verbündete für die Sowjetseite zu sammeln. Sie wird daher von den Russen eifrig betrieben, selbst wenn sie die Entwicklungsländer in ihrem Reifeprozess behindert oder die Vereinten Nationen von ihren eigentlichen Aufgaben ablenkt.

Um es formelhaft zu sagen: Unter der Flagge des Antikolonialismus ist es den Russen in den letzten beiden Generalversammlungen gelungen, eine Partei aller irredentistischen Nationen um ihren Block zu versammeln und die Versammlung zum Instrument weiterer Veränderungen des Status quo zu machen. Die Ameri-

kamer halten an der ursprünglichen Bestimmung fest, daß die Vereinten Nationen den formalen Rahmen für die Beilegung von Konflikten und die Ausbalancierung der Kräfte geben sollten. Dabei sind sie aber von der ursprünglich passiven Konzeption dieser Rolle zu positiven Konstruktionen geführt worden, die den Charakter der Organisation grundlegend ändern. Sie arbeiten darauf hin, dem Generalsekretär Vollmachten zu sichern, die in der Charta nicht enthalten sind, und sie unterstützen die Bildung einer internationalen Polizeitruppe, die jedenfalls in dieser Form nicht von den Gründern vorgesehen war. Folgerichtig weigern die Russen sich, die Kosten der Sinaitruppe und der Kongotruppe aufbringen zu helfen, und sie sind auch mit anderen freiwilligen Beiträgen, die das Sekretariat stärken würden, mehr als knauserig. Die Vereinigten Staaten finden sich in der peinlichen Lage, 50 v. H. des Sonderbudgets decken zu müssen, ohne damit doch entsprechenden Einfluß auf die Politik der Organisation zu gewinnen.

In der amerikanischen Presse wird diese Politik Kennedys scharf kritisiert, weil sie nicht verstanden wird. Genau wie die unterentwickelten Völker unfähig sind, das Herausbilden abstrakter Rechtsprinzipien von der Erfüllung ihrer nationalen Ziele zu trennen, so sind die geistig unterentwickelten Leitartikel im amerikanischen Westen damit unzufrieden, daß die Vereinten Nationen nicht die Politik der Vereinigten Staaten durchführen. Eisenhower hatte eine Tendenz, dem Generalsekretär politische Aufgaben in den Schoß zu werfen, die er selbst hätte lösen sollen. Kennedy führt eine eigene amerikanische Politik und kann daher sowohl mit Geldmitteln generös als auch großzügig in der Anerkennung einer eigenen, starken Politik der Vereinten Nationen sein. Nur wenige Delegationen haben sich zu einer ähnlichen Größe der Konzeption für die Vereinten Nationen aufgeschwungen, aber es ist die Auffassung des stellvertretenden Generalsekretärs und des Sekretariats, aus dessen Gesichtswinkel diese Kritik der heutigen Versammlung geschrieben ist. Aus diesem Gesichtswinkel allein aber haben die Vereinten Nationen eine Zukunft; die Annahme bei ihrer Gründung, daß die Großmächte in ihren wesentlichen Nachkriegszielen einig sein würden, hat sich nicht erfüllt. Die Regierungen sind uneinig und undiszipliniert; sie sind jederzeit bereit, die langfristigen Interessen der Vereinten Nationen ihren kurzfristigen nationalen Interessen unterzuordnen. Wenn die bisherige Erosion des Gründergeistes weitergeht, wird selbst die Schlichtungs- und Vermittlungsfunktion, die man den Vereinten Nationen zuschreibt, in ihr Gegenteil umschlagen. Denn die Versammlung schafft jetzt Konfliktstoffe; die ohne ihre Debatten vielleicht auch existieren, aber nicht gezündet würden.

Die Krisen- und Gefahrenmomente soll man nicht aus Liebe zu der Organisation verschweigen. Sie ist in Gefahr, ihren Sinn zu verlieren, wenn sie ihn jetzt nicht vertiefen und dieser positiven Fortbildung organisatorischen Ausdruck geben kann. Dazu gehört eine Verfassungsreform, die den veränderten Umständen und der neuen geographischen Zusammensetzung besser Rechnung trägt. Dazu gehört ein Generalsekretär, der das Vertrauen einer verantwortlichen Mehrheit genießt und die kleinen Nationen sicher zu übernationalen Zielen und Verpflichtungen hinführt; dazu gehört eine zielbewußte Stärkung aller unabhängigen Mittel der Organisation und eine breitere Annahme der Rechtsprinzipien, auf denen allein zwischenstaatliche Vereinbarungen über gemeinsame Interessen gebaut sein können, und dazu gehört schließlich ein Minimum von Bereitschaft bei den Großmächten, ein solches unabhängiges Funktionieren der internationalen Organe zu ermöglichen, das Veto nur in Fällen äußerster Selbstverteidigung zu gebrauchen, bei der Besetzung der Personalposten keine Bedingungen zu stellen, keine Obstruktion gegen die Herausbildung freier Meinungen und das Formen wechselnder Mehrheiten zu betreiben und die Kampfstruktur des kalten Krieges nicht in die Organisation zu übertragen.

RUSSLAND UND CHINA

I.

Der XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion begann damit, daß Chruschtschow in seinem Rechenschaftsbericht noch einmal die Frage der stalinistischen Traditionen in Rußland, der Verbrechen des Stalin'schen Regimes mindestens andeutend aufrollte und heftige Angriffe gegen die letzten offenen Stalinisten in der eigenen Partei, die Gruppe um Molotow, und gegen die am Stalinismus festhaltenden albanischen Kommunisten richtete. Die Diskussion setzte sich damit fort, daß der chinesische Delegationschef, der Ministerpräsident Tschu En-lai, öffentlich erklärte, es entspräche nicht kommunistischen Prinzipien, interne Differenzen unter kommunistischen Parteien in der Öffentlichkeit auszutragen, und daß er nach dieser demonstrativen Kritik an Chruschtschow hinging und ebenso demonstrativ einen Kranz am Grabe Stalins niederlegte. Der Parteitag endete damit, daß daraufhin in Form einer posthumen Parteisäuberung die Leiche Stalins aus dem Mausoleum entfernt wurde.

Seither hat der Kult Stalins in China neue Wellen geschlagen. In den Propagandaecken in China, in den Schaufenstern der Parteibuchhandlungen usw. wird das Bild Stalins Seite an Seite mit den Bildern von Marx, Engels und Lenin, und von Mao Tse-tung, aber ohne das Bild von Chruschtschow, ausgestellt. Stalin ist zum Banner des chinesischen Angriffs auf die Autorität von Stalins Erben geworden. Auf der anderen Seite ist die Kampagne gegen das Andenken Stalins in der Sowjetunion selbst weitergegangen. Der Wendepunkt des letzten Weltkrieges ist nach der jetzigen sowjetischen Lesart die Schlacht bei Wolgograd gewesen.

Nun, diese Ereignisse lassen die Frage aufwerfen, worum es in dieser russisch-chinesischen Auseinandersetzung eigentlich geht. Was es ist, das diese beiden Verbündeten — und es sind noch immer Verbündete, die auf ihr Bündnis Wert legen und dieses Bündnis brauchen — in öffentlicher Auseinandersetzung in Konflikte gegen ihren Willen, gegen den Willen zur Aufrechterhaltung einer gemeinsamen Fassade hineingetrieben hat. Handelt es sich um rein ideologische Differenzen, um zwei Fassungen des kommunistischen Dogmas? Handelt es sich um Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung des kommunistischen Systems, derart etwa, daß die Chinesen noch in der stalinistischen Phase und die Sowjets bereits darüber hinausgewachsen wären? Oder handelt es sich um die reinen Staatsinteressen, die reine Machtauseinandersetzung zwischen der heutigen Weltmacht von zweihundert Millionen Menschen im Besitz von Wasserstoffbomben und Weltraumschiffen und der morgigen Weltmacht von sechshundert Millionen Menschen, der diese entscheidenden technischen Merkmale heute noch fehlen?

II.

Es gibt eine wirkliche Eigenart des chinesischen Kommunismus: China ist niemals ein sowjetischer Satellit gewesen. Die chinesischen Kommunisten haben nicht, wie das von ihren Gegnern oft behauptet worden ist, die Macht im wesentlichen dank sowjetischer Hilfe erobert, sondern im wesentlichen aus eigener Kraft. Mehr noch: Sie haben es auf eine eigene Weise getan. Viele Jahre lang, während

der zwanziger Jahre insbesondere und bis in den Beginn der dreißiger Jahre hinein, war die chinesische kommunistische Partei genauso abhängig von Moskau wie alle anderen kommunistischen Parteien in dieser Zeit. Und in diesen Jahren hat sie bittere und vernichtende Niederlagen erlitten. Aber Mao Tse-tung mit seiner originellen Strategie des Partisanenkrieges vom Lande her statt der Konzentration auf die Machtergreifung in der Hauptstadt hat sich im Laufe der frühen dreißiger Jahre nach allem, was wir wissen, zunächst ohne den Segen Moskaus und gegen den Willen Moskaus Schritt für Schritt durchgesetzt und hat endgültig die Parteiführung erst gewonnen in einem Zeitpunkt, wo die Verbindung zwischen der marschierenden Partisanenarmee und den Sowjets unterbrochen war. Mehr noch: Die Entscheidung nicht nur für Mao Tse-tungs Sieg innerhalb der Partei, sondern für den Sieg der Kommunisten innerhalb Chinas, die Entscheidung für die letzte große Offensive gegen Tschiang Kai-schek in den vierziger Jahren nach dem Weltkrieg ist nach allem, was wir wissen, gegen Stalins Rat gefallen. Mao Tse-tung war in wichtigen Fragen kein gehorsamer Schüler Stalins. Er war ein Führer eigener Prägung, der aus seinen eigenen Erfahrungen und aus seinem eigenen Willen zur Macht handelte und sich damit durchsetzte. Und er setzte sich durch, indem er auch einen eigenen Stil der innerparteilichen Führung schuf. Er eroberte die Parteiführung endgültig 1935. 1941, in den Lehmhöhlen von Jenan, das damals das Hauptquartier der chinesischen kommunistischen Armee war, setzte er an zu einem Umbau der Partisierziehung, des innerparteilichen Stils. Er lehrte seine Partei, daß man Abweichungen bekämpfen müsse, nicht indem man ihre Träger physisch ausrottet, sondern indem man sie durch unausgesetzte Gehirnwäsche überzeuge und dann weiterarbeiten lasse. Er versuchte, einen neuen Typus von kommunistischer Partei zu schaffen, die gar nicht behauptete, eine rein proletarische Partei zu sein, sondern sich unter zentralistischer Führung als die gemeinsame Partei einer Koalition von vier fortschrittlichen Klassen, der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der nationalen Bourgeoisie gab, kurzum, er entwickelte einen originellen Stil der Partielorganisation und der Partiestrategie.

Aus dieser Entwicklung ging ein eigenartiges Selbstbewußtsein der chinesischen Kommunisten hervor, das nach ihrem endgültigen Sieg im Jahre 1949 sich darin äußerte, ganz offen auf internationalen kommunistischen Konferenzen und in internationalen kommunistischen Organen, im Organ der Kominform zwei Grundgedanken zu verkünden: den einen der unbedingten Solidarität mit der Sowjetunion, den anderen der eigenen Führung, der eigenen Strategie als Vorbild für die Revolution in den exkolonialen oder kolonialen unterentwickelten Ländern. Schon 1949 wurde dieser teilweise selbständige Führungsanspruch verkündet — und wurde damals mit der ausdrücklichen Tolerierung der Sowjets verkündet, eine Tolerierung, die sicher zum großen Teil damals auf der Überzeugung beruhte, daß in der Praxis die Abhängigkeit der chinesischen Kommunisten in allen großen Fragen zu groß sein werde, um für die sowjetische Führung eine Gefahr zu sein.

Wenn wir nun diese Tatsache der eigenartigen, eigenständigen Entwicklung des chinesischen Kommunismus über eine längere Periode zur Kenntnis nehmen und wenn wir uns fragen, worin denn eigentlich die Eigenart bestand und bis heute besteht, so sehen wir uns zwei antgegengesetzten Phänomenen gegenüber. Heute, im Zeichen der chinesischen Kommunen, des Radikalismus der „ununterbrochenen Revolution“ im Innern und nach außen, der Schärfe der chinesischen Kampfstellung gegen den Westen, des Vorwärtstreibens der revolutionären Bewegungen durch die Chinesen auch in Zeiten, wo die Russen sie aus taktischen Gründen bremsen wollen —, heute sieht es so aus, als seien die chinesischen Kommunisten

immer die radikaleren, immer die militanteren, und so entspreche das auch der früheren Stufe der Revolution. Aber wenn wir uns den tatsächlichen Verlauf der chinesischen kommunistischen Politik ansehen, dann stimmt das Bild damit nicht überein. Es war z. B. im Jahre 1954 Tschu En-lai, der als erster nach Bandung ging, der als erster nach Delhi ging und die Prinzipien der Koexistenz mit Indien niederlegte, der als erster die Wendung der Kommunisten zur Anerkennung und Umwerbung der exkolonialen neutralen Staaten vollzog, nachdem Stalin jahrelang den Standpunkt vertreten hatte, Länder wie Indien, wie Burma, wie Indonesien seien ja gar nicht wirklich unabhängig geworden, sondern würden immer noch von Agenten des westlichen Kapitals regiert. Es waren 1954 die Chinesen, die diesen Schritt zur realistischen Anerkennung einer neuen Situation und einer neuen Chance als erste vollzogen, und die Russen, die ihnen folgten. Und es war, um ein anderes Beispiel zu nehmen, im Jahre 1956 (zu einer Zeit, wo die Sowjets bereits vor den Konsequenzen der Entstalinisierung zurückzuckten, wo sie erschrecken über das, was sich in Polen und Ungarn zu entwickeln begann usw.) wiederum Mao Tse-tung, der in China in der Liberalisierung experimentell noch weiterging als die Russen, der mit der Losung der hundert Blumen („Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander kämpfen“) die Vorstellung entwickelte, die kommunistische Macht in China sei bereits so gefestigt, daß man auf intellektuellem Gebiet freie Diskussion zulassen könne, ein Gedanke, der Chruschtschow in dieser Form noch sehr fern lag. Und in der gleichen Zeit, noch bis ins Frühjahr 1957 hinein, entwickelte Mao Tse-tung die andere These von der Existenz von Widersprüchen im eigenen Volke, d. h. von Interessengegensätzen z. B. zwischen Arbeitern und Bürokraten, Bauern und Bürokraten usw., Gegensätzen, die nicht, wie er sagte, notwendig antagonistisch seien, d. h. die nicht notwendig zu unerträglichen systemgefährdenden Konflikten führen müßten, die man aber nur dann vor einer solchen Ausnutzung durch feindliche Kräfte bewahren könne, wenn man ihnen ein legales Ventil gäbe, wenn man also offiziell die Existenz widersprechender Teilinteressen innerhalb des kommunistischen Regimes anerkenne. Auch dies war ein ungewöhnlich weitgehend liberaler Gedanke.

III.

Ich rufe diese Dinge nicht in Erinnerung, um die übliche These vom radikal-militanten Terroristen Mao Tse-tung und dem liberalen Realisten Chruschtschow in ihr Gegenteil zu verkehren, sondern um zu zeigen, daß es nicht so einfach ist, daß es weder so herum noch so herum stimmt. Der Gegensatz liegt in etwas anderem. In beiden Ländern haben wir ein Hin und Her zwischen gemäßigeren und militanteren Phasen gehabt, das nicht immer zusammenfiel. Aber der Gegensatz ist, glaube ich, ein methodischer. Und man kommt ihm am nächsten, wenn man einen Augenblick an das erinnert, was alle Kommunisten, alle Leninisten von der marxistischen europäischen Tradition trennt. Marx ging von dem Gedanken aus, daß die Quelle der gesellschaftlichen Dynamik, die Quelle der geschichtlichen Entwicklung im sogenannten Unterbau der Gesellschaft, in den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen liege, daß dieser Unterbau sich von sich aus ökonomisch und sozial verändere, die Klassenverhältnisse verändere und daß die politische Macht der Überbau sei, der erst nachträglich dieser Entwicklung des Unterbaues angepaßt werde. Und so ist es in der europäischen bürgerlichen Entwicklung, einer Entwicklung von der Renaissance und vom Absolutismus zur modernen Demokratie, im großen und ganzen tatsächlich gewesen. Aber Lenin fand sich in Rußland in einer Situation, wo er in einem verhältnismäßig unterentwickelten Land, in dem die ökonomischen Voraussetzungen dessen, was er unter Sozialismus verstand, nicht bestanden, die

Macht hatte und mit dieser Macht isoliert blieb und in der er daraus die Schlußfolgerung zog, es sei eben die Eigenart der sozialistischen Revolution unter solchen Umständen, daß man zunächst einmal mit Hilfe der politischen Macht den Unterbau nachschaffen müsse. Es war also hier nicht der Unterbau, der den Überbau umwälzte, sondern der politische Machtüberbau, der den Unterbau nachzog. Und aus diesem Gedanken hat Stalin in den Jahren des sogenannten Aufbaus des Sozialismus in einem Lande „ein systematisches Dogma“ gemacht.

Man kennt das berühmte Wort von Marx, die Dialektik stünde bei Hegel auf dem Kopf, nämlich auf dem Geist, und er habe sie wieder auf die Füße gestellt. Nun, im Bolschewismus wurde die Marx'sche Dialektik wieder auf den Kopf gestellt. Der Wille und die politische Macht wurden zur Quelle der Entwicklung. Und das gilt in China in noch viel höherem Grade als in der Sowjetunion, weil in China noch viel weniger ökonomische Voraussetzungen eines modernen Sozialismus vorhanden sind, als in Rußland 1917 vorhanden waren. Der Wille, die Idee, das richtige Geschichtsbewußtsein spielen daher im Denken der chinesischen Kommunisten eine noch viel unabhängigere Rolle. Die Tendenz zur Überspringung von Etappen, zur Ignorierung ökonomischer Fakten, zum Sprung über die Klassen hinweg, zur Verselbständigung der Gehirnwäsche als selbständiger geschichtlicher Macht ist bei den chinesischen Kommunisten ungleich stärker noch als in Rußland, und zwar von Anfang an. Diese Tendenz führt in manchen Perioden zu einer radikaleren Politik, wenn etwa geglaubt wird, man könne durch die bloße Umerziehung von sechshundert Millionen Menschen sie dazu bringen, ohne genügenden Anreiz des Eigeninteresses in Kommunen zu arbeiten. Und sie führt in anderen Zeiten zu scheinbar liberalen Experimenten, wenn man etwa glaubt, die Umerziehung sei bereits so weit gediehen, daß man die freie Diskussion auf intellektuellem Gebiet gestatten könne. Hier, in der noch größeren Verselbständigung des Bewußtseins gegenüber der ökonomischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit, liegt die wirkliche Wurzel für den Strukturunterschied zwischen dem chinesischen und russischen Kommunismus. Und man kann unter diesem Gesichtspunkt verstehen, daß einerseits die Sowjets oft Schwierigkeiten haben, die Experimente der chinesischen Kommunisten ganz ernst zu nehmen, und daß auf der anderen Seite diese Experimente für die Kommunisten anderer unterentwickelter Länder eine besondere Anziehungskraft haben, weil — wenn die chinesischen Kommunisten eigenartige Illusionen haben — das die typischen Illusionen von Kommunisten in solchen Ländern sind.

IV.

Soviel zum historischen Grundgegensatz in der Eigenständigkeit der chinesischen Kommunisten. Aber mit einem solchen Grundgegensatz und einem solchen Strukturunterschied können zwei Mächte, die auf das Bündnis miteinander in einer ihnen feindlichen Welt angewiesen sind, durchaus leben. Dieser Strukturgegensatz allein hätte sie nicht in Konflikt miteinander gebracht. Tatsächlich war es so, daß in einer außerordentlich kritischen Zeit der Entstalinisierungsjahre die chinesischen Kommunisten zunächst die wichtigsten Helfer Chruschtschows waren. Es war unter Stalin, für den das Staatsinteresse der Sowjetunion das absolute Primat über weltrevolutionäre Bewegungen hatte, als die Sowjetunion darauf Wert legte, auch im verbündeten China Sonderrechte, Militärbasen usw. zu behalten. Und es war unter Chruschtschow, der im Oktober 1954 mit Mikojan und Bulganin nach Peking reiste, als die letzten derartigen Sonderprivilegien aufgegeben wurden. Denn es war gerade Chruschtschows Konzeption, der Sowjetblock sei jetzt so stark geworden, daß man im Interesse seiner Expansionsfähigkeit auf

solche sowjetischen Sonderrechte verzichten, daß man die Verbündeten und sogar die Satelliten an loserem Zügel führen könne. Dieser Versuch des Am-loseren-Zügel-Führens wurde zusammen mit der Politik der demonstrativen Entstalinisierung zur Grundlage einer schweren Autoritätskrise im Satellitenbereich (die schon durch Chruschtschows Besuch in Belgrad bei Tito begonnen hatte und dann fortgesetzt wurde durch das Bekanntwerden der berühmten Geheimrede). Diese Autoritätskrise erreichte mit dem Regimewechsel in Polen und dem offenen Volksaufstand in Ungarn im Oktober 1956 ihren Höhepunkt.

In den Dokumenten, mit denen das chinesische Politbüro im Dezember 1956 hervortrat und schon vorher im April 1956, wurden gewisse Bedenken gegen die Methode der Entstalinisierung in Rußland ausgesprochen. Die Chinesen sahen, daß es gefährlich war, in dieser Art an der hergebrachten Autorität zu rütteln, den Mythos zu zerstören. Aber sie wandten sich nicht gegen die Substanz der Veränderung. Im Gegenteil, diese Substanz schien ihnen auch in der Linie ihrer eigenen größeren Gleichberechtigung im Block zu liegen. Sie traten daher, als der Block in der Krise war, an Chruschtschows Seite im Bemühen um die Vermittlung zwischen der Sowjetunion und Polen und im Bemühen um die erneute Festigung des Blocks. Diese Phase, das erste historische Eingreifen Chinas in die politische Entwicklung Europas, die Reise Tschu En-lajs durch Polen und Ungarn Anfang 1957, endete mit der Moskauer Konferenz der herrschenden kommunistischen Parteien, in der die führende Rolle der Sowjetunion im Block und die führende Rolle der sowjetischen kommunistischen Partei in der kommunistischen Weltbewegung auf Initiative Chinas erneut festgelegt und die Disziplin des Blocks mit Hilfe Chinas erneut hergestellt wurde.

Aber diese Situation, in der China ein so wertvoller Alliiertes der Sowjets wurde, in der die notwendige Abhängigkeit Chinas von sowjetischer Wirtschaftshilfe, diplomatischer Hilfe und Militärhilfe zum erstenmal teilweise ausgeglichen wurde durch eine gewisse Abhängigkeit Chruschtschows von chinesischer ideologischer Hilfe, diese Situation enthielt schon den Keim der Enttäuschung und des Konflikts. Und die erste Phase des Konflikts, von dem wir jetzt drei große Phasen gesehen haben, begann im Frühjahr 1958. Die chinesischen Kommunisten hatten sich von ihrer Mitarbeit an der Festigung der sowjetischen führenden Rolle viel versprochen, nicht zuletzt auf wirtschaftlichem Gebiet. China ist tatsächlich in vielfacher Hinsicht von sowjetischer Hilfe abhängig, abhängig von Wirtschaftshilfe für die Industrialisierung, abhängig von diplomatischer Unterstützung in seinem Konflikt mit den Vereinigten Staaten. Denn China, das kommunistische China, hat nicht nur keine diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und mit großen Teilen der westlichen Welt, sondern es hat auch einen direkten territorialen Konflikt mit den Vereinigten Staaten. Für Peking ist die Insel Taiwan, Formosa, chinesisches nationales Territorium. Und dieses Territorium ist, von Peking aus gesehen, nicht ein von Tschiang Kaischek regierter Staat, sondern ein von den Amerikanern besetztes Gebiet. Die Chinesen empfinden sich also in einem ungelösten territorialen Konflikt mit den Vereinigten Staaten. Und das bedeutet eine außerordentlich reduzierte Bewegungsfreiheit auf diplomatischem Gebiet.

Die Sowjets können in ihrem Konflikt mit den Vereinigten Staaten, der nicht ein Konflikt um das eigene Territorium, sondern um die Weltherrschaft ist, abwechselnd drohen und schmeicheln, abwechselnd rüsten und Koexistenzangebote machen, abwechselnd die Revolution vorwärtstreiben und zeitweise sie bremsen. Sie können alle Register ziehen, sie haben grundsätzlich volle Manövrierfreiheit. Nicht so die Chinesen. Die Chinesen, auf Grund des Mangels an diplomatischen Beziehungen, auf Grund des ungelösten territorialen Konflikts, haben nur ein

Register gegenüber Amerika: das der totalen Feindschaft. Und jedesmal, wenn die Sowjets das andere Register ziehen, jedesmal, wenn die Sowjets statt der Fanfaren der Revolution die Schamaden der Koexistenz ertönen lassen, machen die Chinesen sich akute Sorgen, ob man sich vielleicht auf Kosten ihrer Sonderinteressen einigen werde. Sie sind abhängig von russischer diplomatischer Unterstützung, sie sind abhängig von russischer Waffenlieferung, sie sind abhängig von russischer Wirtschaftshilfe. Und sie fanden im Frühjahr 1958, daß sie keines davon und insbesondere auch nicht die Wirtschaftshilfe in ausreichendem Ausmaße bekämen.

V.

Das Frühjahr 1958 markiert den Punkt, an dem die chinesischen Kommunisten sich zu einer scharfen innerpolitischen, wirtschaftspolitischen Linkswendung entschlossen, dem sogenannten großen Sprung vorwärts: eine enorme Steigerung der Zielsetzung in der Politik der forcierten Industrialisierung und der Versuch, sich mit Gewalt am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Eines der Mittel dieses Versuchs sollten die Kommunen sein. Eine Form, die einzige Hilfsquelle, die die Chinesen im Überschuß hatten, nämlich die Arbeitskraft, im äußersten Ausmaße zu mobilisieren, zu militarisieren, zu disziplinieren und die Arbeitskraft auch auf dem Lande zu industrieller Produktion heranzuziehen. Es ist hier nicht meine Aufgabe, dieses Experiment und sein Scheitern im einzelnen zu beschreiben. Worauf es ankommt im russisch-chinesischen Zusammenhang, ist zweierlei: daß es wahrscheinlich nicht gemacht worden wäre, wenn die Chinesen mehr wirtschaftliche Hilfe von den Sowjets bekommen hätten, und daß es verbunden war mit der Illusion, es sei nicht nur ein Notbehelf, sondern es sei ein abgekürzter Weg direkt zur höheren Stufe des Kommunismus.

Nach Marx und Lenin gibt es zwei Stufen der sozialistischen Entwicklung: den eigentlichen Sozialismus (in dem es noch gleichen Lohn für gleiche Leistung gibt, also jeweils beschränkten Lohn, also Knappheit, also gleiches Recht, das letzten Endes auch die natürliche Ungleichheit der Menschen verewigt) und die höhere Stufe des Kommunismus, in der es keine Knappheit, infolgedessen keinen Lohn mehr gibt, sondern in dem jeder nach seinen Fähigkeiten arbeitet und jedem nach seinen Bedürfnissen gegeben wird, wo der Zusammenhang zwischen Leistung und Entlohnung zerrissen wird. Diese höhere Stufe ist auch nach sowjetischer Auffassung in der Sowjetunion nicht erreicht. Sie soll angeblich im Laufe der nächsten zwanzig Jahre erreicht werden. Aber als die Chinesen ihre Kommunen schufen, und als sie versuchten, in diesen Kommunen vom traditionellen Lohnsystem abzugehen und allen Leuten einfach Naturalienentlohnung im wesentlichen zu geben, da erklärten sie, das sei ein abgekürzter Weg direkt zur höheren Stufe des Kommunismus: Jedem nach seinem Bedürfnis. Sie übersahen dabei freilich, daß in diesem Sinne jede Armee kommunistisch ist und jedes Gefängnis auch. Es wird dort nämlich jedem nach seinen Bedürfnissen gegeben, wobei die Bedürfnisse von der Autorität beurteilt werden.

Indem die chinesischen Kommunisten diese Illusion entwickelten und die Kommunen als einen abgekürzten Weg zur höheren Stufe deklarierten, taten sie noch etwas anderes. Implizite forderten sie die sowjetische Autorität als die führende Macht des Blocks, die sie eben selbst geholfen hatten wiederherzustellen, heraus. Sie sagten faktisch: „Wir, die wir unseren eigenen Weg gehen, können euch auf diesem eigenen Wege überholen. Wir sind nicht gehalten, weil wir später angefangen haben, immer in eurem Gefolge zu bleiben.“ — Es gibt einen amüsanten symbolischen Ausdruck dafür. Auf der Konferenz 1957 erklärte

Ma o Tse-tung die Notwendigkeit für die führende Rolle der Sowjets sehr simpel, indem er sagte: „Seht euch an, die Sowjets haben bereits zwei Sputniks, wir in China haben nicht einmal einen Viertelsputnik.“ — Als die erste experimentelle Kommune im Frühjahr 1958 gegründet wurde, gaben ihr die kommunistischen Chinesen den Namen Sputnik. Sie drückten damit aus: Hier ist der Weg, auf dem wir den Russen vorausziehen werden. Sie empfanden es als eine Herausforderung, und die Russen sahen es als eine solche. Und im Laufe des Jahres 1958 begannen die Sowjets in theoretischen Artikeln zu erklären, daß ein Übergang zur höheren Stufe des Kommunismus ohne die Basis einer hochentwickelten modernen Technik nicht möglich sei. Es gab eine längere Diskussion darüber, in der China nie genannt wurde, aber jeder Beteiligte verstand, wovon die Rede war.

In demselben Jahr 1958 gab es Auseinandersetzungen über die Frage der Gipfelkonferenz. Es gab den Versuch der Sowjets, aus Anlaß der Krise im Libanon und im Irak eine Gipfelkonferenz im Rahmen der Vereinten Nationen herbeizuführen, unter Umständen unter Beteiligung sogar Tschiang Kaischeks, der ja im Sicherheitsrat vertreten ist, und unter Umständen unter Beteiligung Indiens als neutraler Macht, aber ohne das kommunistische China. Das war eine Sache, die selbstverständlich von Peking übel vermerkt wurde und die dazu führte, daß Anfang August 1958 Chruschtschow eilends nach Peking reiste und dann im Kommuniqué erklärt wurde, in Zukunft würde man die Außenpolitik der beiden kommunistischen Großmächte allseitig koordinieren.

Die nächste Folge dieser Koordination war das Bombardement der Insel Quemoy durch die chinesischen Kommunisten. Aber dieses Bombardement endete ergebnislos, nachdem die Amerikaner den Verteidigern von Quemoy, den Truppen Tschiang Kaischeks, moderne Ferngeschosse zur Verfügung stellten und die Russen den Chinesen nichts Entsprechendes gaben. In der gleichen Zeit begannen die berühmten Verhandlungen über einen Atomversuchsstopp in Genf, Verhandlungen, die nicht immer so aussichtslos aussahen, wie sie es inzwischen geworden sind, und in denen faktisch nicht nur auf dem Spiele stand, in welchem Umfang die Luft über dieser Erde weiter atomar verpestet werden würde, sondern auch, ob es gelingen werde, durch ein Abkommen der wenigen Atomkräfte, die damals bestanden, den Atomklub zu schließen und die Schaffung neuer Atomkräfte durch neue Experimente zu verhindern. In der bloßen Tatsache des Beginns dieser Verhandlungen, in der Tatsache, daß man ernsthaft an sie heranging, mußten die chinesischen Kommunisten eine Drohung sehen, mußte ein Gegensatz zu der chinesischen kommunistischen Forderung nach schneller Entwicklung zur atomaren Großmacht liegen, von dem russischen Wunsch bestimmt, die Chinesen möchten ein starker Alliierter sein, aber kein zu starker.

Die Dinge führten zu einem vorläufigen Ausgleich im Winter 1958 auf 1959. Unter dem Druck der sowjetischen Kritik nahmen die chinesischen Kommunisten einige ihrer übertriebenen Ansprüche für die Kommunen zurück, verzichteten auf die Behauptung, sie seien ein abgekürzter Weg zur höheren Stufe des Kommunismus und erkannten an, daß die Sowjets ihnen weiterhin auf dem Wege zum Paradies voraus seien. Auf der anderen Seite erhielten sie, nachdem sie diese Anerkennung auf dem XXI. Parteitag der Sowjets im Februar 1959 wiederholt hatten, eine neue Zusage von Wirtschaftshilfe. Die erste Phase des Konflikts, die so still ausgetragen worden war, die auch im Westen noch verhältnismäßig wenig beachtet worden war, schien beendet — im wesentlichen mit einem Sieg der Sowjets.

VI.

Doch bereits im Winter 1959 auf 1960 begann eine neue Phase. Der Ausgangspunkt dieser neuen Phase war Chruschtschows Besuch in den Vereinigten Staaten, die Gespräche von Camp David, die neue Welle der Gipfeldiplomatie, die Vorbereitung einer Gipfelkonferenz. Ich habe schon erklärt, warum jeder Gedanke an Gipfeldiplomatie den Chinesen als gefährlich für ihre Staatsinteressen erscheinen muß, und sie hörten nicht auf, zu warnen. Während des ganzen Winters 1959 auf 1960 war die chinesische kommunistische Presse voll von Analysen der amerikanischen Politik, in der sie zu zeigen suchte, daß es keinen Unterschied zwischen friedliebendem und kriegslüsterndem Imperialismus gebe, daß Eisenhower selbst genauso kriegslüsternd sei wie alle anderen und daß man darüber keine Illusionen hegen solle.

Es gab in der gleichen Zeit eine berühmt gewordene Rede Chruschtschows (nachdem er von Amerika zurückgekehrt war über Peking und in Peking sich mit Mao Tse-tung nicht hatte einigen können), eine Rede in Moskau vor dem Obersten Sowjet, in der er vor dem trotzkistischen Abenteuerertum der Politik „Weder Krieg noch Frieden“ warnte.

Die chinesischen Warnungen gingen weiter. Die Chinesen versuchten, auch durch direkte politische Schritte die damalige Chruschtschowsche Gipfeldiplomatie zu stören. Dies waren die Zeiten der chinesischen Vorstöße gegen Indien und Indonesien usw. Und im Frühjahr, im Februar 1960, mußten sie anerkennen, daß alle ihre Warnungen auf die sowjetische Politik bis dahin keinerlei Wirkung gezeigt hatten. Chruschtschow ignorierte sie, als ob sie nicht existierten. Er verfolgte seine Gipfeldiplomatie weiter. Da begannen die chinesischen Kommunisten zunächst in eine beschränkte und später in eine allgemeine Öffentlichkeit zu flüchten. Sie traten zunächst schon während dieses Winters auf einer Reihe von internationalen Konferenzen kommunistischer Frontorganisationen auf mit Anklagen, man dürfe die Friedenskampagne, die kommunistische Friedenskampagne, nicht in Gegensatz zum Vorwärtstreiben der Revolution stellen. Das sei Opportunismus. Sie sagten ziemlich deutlich, daß die Sowjets dieses Opportunismus schuldig seien. Sie beschuldigten sie — mit anderen Worten —, die Chancen der Revolution, besonders der Revolution in kolonialen Ländern, ihrer Gipfeldiplomatie zu opfern. Sie suchten also auf die Sowjets einen indirekten Druck auszuüben, indem sie deren Autorität vor der kommunistischen Weltbewegung angriffen. Und als die Angriffe im geschlossenen Kreise auf einer Reihe von Führungskonferenzen dieser Organisationen nichts zu fruchten schienen, da kam der öffentliche Angriff vom April 1960 aus Anlaß des 90. Geburtstages Lenins in einer Reihe von Gedenkartikeln und Gedenkreden in Peking, in denen die Grundfrage der Unvermeidlichkeit des Krieges angeschnitten und die Sowjets ohne Nennung des Namens des „Revisionismus“, der Abweichung von Lenins Grundsätzen beschuldigt wurden.

VII.

Ich möchte hier etwas richtigstellen. Die allgemeine Berichterstattung im Westen, die großenteils von den sowjetischen Darstellungen bestimmt ist und die nur selten auf einer Durchsicht der chinesischen Parteidokumente beruht, behauptet, die Chinesen hielten einfach an dem Dogma fest, daß ein Weltkrieg heute wie zu Zeiten Lenins unvermeidlich sei. Ich habe in keinem der chinesischen Dokumente diese These gefunden. Die Chinesen haben im Gegenteil fast immer ausdrücklich anerkannt die These des XX. Sowjetischen Parteitag, daß ein Weltkrieg nicht mehr unvermeidlich sei. Was sie angegriffen haben, war eine nahverwandte These, die die Sowjets erst 1959 formuliert haben, daß man näm-

lich, noch während der Imperialismus in Teilen der Welt herrsche, den Weltkrieg aus dem Leben der Menschheit verbannen könne. Mit anderen Worten, daß man ohne Krieg ein solches Übergewicht erlangen könne, daß die anderen gar keinen Krieg mehr wagen könnten. Was die Chinesen behauptet haben, war weiter die Unvermeidlichkeit von Kolonialkriegen und Lokalkriegen. Sie stellten sich auf den Standpunkt, die Vermeidbarkeit von Kriegen im allgemeinen zu behaupten, müsse den revolutionären Rifer lähmen, müsse dazu führen, daß etwa Bewegungen wie die algerische Nationalbewegung auf die Fortführung ihres Kampfes verzichten müßten um des lieben Friedens willen. Es sei notwendig, anzuerkennen — Frieden oder Nichtfrieden, Koexistenz oder Nichtkoexistenz —, daß man solche revolutionäre Bewegungen als Kommunist weitertreiben müsse.

Die Sowjets sahen sich gezwungen, dieses Prinzip anzuerkennen. Sie antworteten, solche Kriege seien aber keine Kriege zwischen Staaten, das seien ja revolutionäre Bewegungen im Inneren von Staaten, Bürgerkriege. Die seien natürlich unvermeidlich, und die würden sie natürlich unterstützen. Aber zu eigentlichen Kriegen würden die erst durch Intervention von außen. Es handele sich also darum, die Intervention von außen, von seiten der Imperialisten, zu verhindern. Die Aufgabe der Kommunisten sei es somit nicht, die Lokalkriege zu führen, sondern die revolutionären Kriege zu führen und die Lokalkriege zu vermeiden. Das artet in Scholastik aus, und so wird der praktische Gegensatz scheinbar minimal. Aber hinter der Scholastik steckt eine ganz praktische Frage: die nach dem Grad des Risikos.

Es ging nicht darum, ob man einen Weltkrieg wollte. Den wollte Mao Tse-tung auch nicht. Es ging nicht darum, ob man auf Revolutionen verzichten wollte, das wollte Chruschtschow auch nicht. Sondern es ging darum, wie weit man an den Abgrund herangehen könne, wieviel man riskieren könne in revolutionären Bewegungen und wie früh man bremsen müsse, um die Koexistenzpolitik fortzuführen. Was Chruschtschow wollte und was Chruschtschow bis heute will, ist freie Hand für seine Diplomatie, freie Hand dafür, das Vorwärtstreiben der Revolution und die Gipfeldiplomatie miteinander abzuwechseln, wie es ihm gerade zweckmäßig erscheint. Die Chinesen wollten ihm diese freie Hand verweigern und ihm das unbedingte Primat der revolutionären Bewegungen in jeder Phase aufzwingen. Das war der wirkliche Inhalt dieser Diskussion.

VIII.

Chruschtschow versuchte im Sommer 1960 auf einer Bukarester Konferenz der herrschenden kommunistischen Parteien, die Chinesen zu isolieren und ihre Kapitulation zu erzwingen. Das mißlang. Die Chinesen erklärten, das sei keine Frage für die herrschenden kommunistischen Parteien. Es sei eine Frage, die die gesamte kommunistische Weltbewegung angehe und die nur auf einer Konferenz aller kommunistischen Parteien entschieden werden könne, und sie setzten sich damit durch. Es kam im November/Dezember 1960 zu der berühmten Konferenz, in der ein langes weltpolitisches Dokument, eine Strategie der Weltrevolution, nach langen, wochenlangen Diskussionen und heftigen Zusammenstößen schließlich formuliert wurde.

Dieses Kompromißdokument, auf das sich heute beide Seiten berufen und das zweideutig genug ist, daß beide Seiten sich darauf berufen können, entheilt in einigen Hauptfragen des Streit es ganz zweifellos im wesentlichen einen Sieg der Russen. Insbesondere bestätigte es die These vom Primat der

Friedensbewegung und von der Möglichkeit, den Weltkrieg noch bei Fortbestehen des Imperialismus in einem Teil der Welt zu vermeiden. Aber es enthielt in einem anderen Punkt eine wesentliche Schwächung der Russen. Die Russen verzichteten ausdrücklich, und zwar von sich aus, auf die Formulierung von ihrer führenden Rolle, die noch in der Erklärung von 1957 gestanden hatte; sie erklärten ausdrücklich, sie seien zwar die erfahrene Vorhut des Weltproletariats usw., aber sie könnten nicht eine weltpolitisch führende Rolle für die gesamte kommunistische Bewegung mehr übernehmen, da es gar nicht mehr möglich sei, in dieser Form eine einheitliche Weltstrategie durchzusetzen.

Das Verlangen der Chinesen nach voller strategischer Autonomie hatte sich so weit durchgesetzt, daß bereits nach der Konferenz vom vergangenen Winter klar war: Es gab nicht mehr ein einziges Zentrum für den Sowjetblock, ein einziges Zentrum für die kommunistische Weltbewegung, eine internationale Zentrale, sondern jede kommunistische Partei konnte nun im Prinzip sich an der einen oder der anderen kommunistischen Großmacht orientieren oder in gewissem Grade zwischen ihnen lavieren.

Die Sowjets waren nichtsdestoweniger entschlossen, im wesentlichen auf Grund ihrer größeren Macht die Führung zu behaupten. Und im großen und ganzen hat auch die große Mehrheit der kommunistischen Parteien sich während jener Konferenz auf ihre Seite gestellt. Die Diskussion verschwand für einige Monate von der Oberfläche. Aber hinter den Kulissen bereitete sich die dritte, die gegenwärtige Konfliktphase vor.

IX.

Sie beginnt mit den merkwürdigen Vorgängen in Albanien. Es ging hier darum, daß die Chinesen sich nicht zufrieden gaben damit, ihre eigene Autonomie durchgesetzt zu haben, sondern daß sie fortführen, innerhalb von Chruschtschows eigenem Empire, innerhalb seines eigenen Großraumes eine chinesische Fraktion aufzubauen. Die albanischen Kommunisten hatten Differenzen mit Chruschtschow zunächst aus völlig anderen Gründen als die Chinesen. Die albanischen Kommunisten hatten einen alten, bitteren nationalen Konflikt mit ihrem jugoslawischen Nachbarn. Für sie war Stalins Konflikt mit Tito die erste Gelegenheit gewesen, sich von jugoslawischer Vormundschaft zu emanzipieren, und sie waren Stalin dankbar dafür. Sie hatten Chruschtschows Annäherung an Tito 1955/56 außerordentlich ungern gesehen und sich ihr nur den Worten nach unterworfen, weil ihnen keine Wahl blieb. Jetzt hatten sie eine Wahl. Jetzt gab es einen potentiellen Gegner von Macht für Chruschtschow in der kommunistischen Weltbewegung. Und so begannen bereits im Frühjahr 1960 und auf der Bukarester Konferenz die albanischen Stalinisten, sich mit den chinesischen Kommunisten, die in ihrem Ausgangspunkt alles andere als Stalinisten waren, zu verbünden. Dasselbe geschah um die gleiche Zeit in aller Stille mit den Überresten der stalinistischen Gegner Chruschtschows in Rußland selbst. Schon 1957 wurde diese Gruppe, die heute die parteifeindliche Gruppe genannt wird (die Gruppe um Molotow, Kaganowitsch und Malenkow), aus dem Politbüro im Zentralkomitee entfernt und in aller Form politisch geschlagen. Es hat seitdem für diese Gruppe nichts als Rückschläge gegeben. Mehr und mehr Leute, die ursprünglich einmal zu ihr gehört hatten, sind „entlarvt“ und aus den wichtigen Positionen ausgeschaltet worden, beginnend mit Bulganin und endend mit dem alten Woroschiłow. Es gibt keine Anzeichen, daß diese Gruppe noch irgendeine Macht in der Sowjetunion darstellt.

Trotzdem haben ihre Exponenten nicht das getan, was innerparteilich geschlagene Kommunisten zu tun pflegen: Sie haben sich nicht unterworfen. Sie haben nicht erklärt, daß sie unrecht gehabt hätten, wie sich das für einen disziplinierten Kommunisten nach einer innerparteilichen Niederlage gehört. Im Gegenteil, im April 1960, als die chinesischen Artikel zum 90. Geburtstag L e n i n s erschienen, schrieb auch M o l o t o w aus Ulan-Bator (der Hauptstadt der Mongolei, in der er sowjetischer Gesandter war) plötzlich an das Parteiorgan „Kommunist“ in Moskau einen Artikel zum 90. Geburtstage L e n i n s. Was für ein merkwürdiger Zufall! Und in diesem Artikel brachte er anscheinend die gleiche Art von Kritik an Chruschtschows Außenpolitik vor wie die Chinesen. Denn die Basis dieses merkwürdigen Bündnisses zwischen alten Stalinisten und Maoisten war der gemeinsame Gegensatz zu Chruschtschows Außenpolitik, der gemeinsame Gegensatz zur Gipfeldiplomatie, die gemeinsame Beschuldigung, Chruschtschow gehe in seiner Revision der Grundsätze, in seiner Elastizität zu weit.

Die Tatsache, daß dies geschah, muß für die sowjetische Führung ein Beweis gewesen sein, daß die chinesischen Kommunisten diese stalinistische Opposition in Europa und in Rußland selbst ermutigten. Und was sich auf dem letzten Parteitag abspielte (nachdem alle Versuche Chruschtschows, hinter den Kulissen die Albanier zur Raison zu bringen, nichts gefruchtet hatten; nachdem Rußland seine Wirtschaftshilfe von Albanien abgezogen hatte und sie durch chinesische Hilfe ersetzt worden war; nachdem Rußland seine Experten und Techniker aus Albanien zurückgezogen hatte und die Chinesen welche geschickt hatten), war Chruschtschows Versuch, die Chinesen zu warnen und ihnen zu sagen, die Sowjets mischten sich nicht in chinesische Angelegenheiten ein, aber das müsse auch umgekehrt so sein, wenn der Waffenstillstand dauern solle. Chruschtschow verkündete seine Entschlossenheit, mit den Protégés der Chinesen, mit den Albanern und mit der Molotow-Gruppe, aufzuräumen. Das war der Sinn des Wiederaufrollens der Stalinistenfrage in Chruschtschows Brönnungsrede. Und Tschu En-lais Antwort bedeutete die Kampfansage: Nein, wir werden unsere schützende Hand von unseren Fraktionsfreunden in Europa nicht abziehen; nein, wir führen den Kampf um die Autorität in der Weltbewegung weiter! In diesem Kampf begannen die chinesischen Kommunisten, durch die Niederlegung eines Kranzes den Namen und das Bild Stalins zum Banner zu machen, zum Banner ihres Kampfes um die Führung in der Weltbewegung.

X.

Was ist die Konsequenz dieser Situation, wenn man zurückblickt auf das, was Chruschtschow wollte, als er sich von Stalins Politik des Großrussentums, der Unterordnung der Weltbewegung unter die russischen Staatsinteressen abwandte, als er China 1954 Konzessionen machte, als er Tito Konzessionen machte? Er wollte die kommunistische Weltbewegung wiederbeleben in der Überzeugung, es werde in ihr zu keinen wesentlichen Interessenkonflikten mit den russischen Staatsinteressen kommen. In dieser Erwartung ist er gescheitert. Die Weltbewegung hat sich als unkontrollierbar erwiesen. Chruschtschow hat die Kontrolle verloren, und er ist zurückgeworfen worden auf das Stalinische Bestreben (im selben Augenblick, wo er gegen Stalins Gedenken wettert), wenigstens die eigene Sphäre, wenigstens den eigenen Block der festen sowjetischen Kontrolle zu unterwerfen.

Aber das chinesische Bestreben, auf dem Wege über ideologischen Druck die Sowjets ihren Sonderforderungen geneigter zu machen, ist auch gescheitert. Denn was sie damit erreicht haben, ist nicht, daß die Sowjets eine mehr prochinesische Politik treiben, sondern daß der Konflikt immer offener geworden ist. Keiner von beiden hat erreicht, was er wollte. Was wirklich sich entwickelt hat, ist eine Situation, in der die zwei Formen der kommunistischen Expansion — die Machtpolitik des sowjetischen Staates einerseits und die Politik der kommunistischen revolutionären Bewegung andererseits — weniger koordiniert werden können als seit Jahrzehnten, in der sie beginnen auseinanderzufallen mit Konsequenzen, die im einzelnen für uns noch unabsehbar sind.

Soviel ist sicher: Die Zeiten, in denen ein von Stalin aufgebautes Großreich das eindeutige Vaterland aller Kommunisten war, sind vorbei. Die Kommunisten müssen sich in vielen Ländern heute ihren eigenen Weg suchen. Chruschtschow muß sich neue Methoden der Auseinandersetzung mit seinen kommunistischen Verbündeten suchen. Das Bündnis zwischen der Sowjetunion und China ist nicht zu Ende. Aber es hat sich gezeigt, daß angesichts der Interessenkonflikte in diesem Bündnis die Tatsache der gemeinsamen Ideologie nicht ein Rezept zur Lösung dieser Konflikte, sondern ein zusätzlicher Sprengfaktor ist.

IST DIE HALLSTEIN-DOKTRIN ZU HALTEN?

I.

Die Frage, ob die sogenannte Hallstein-Doktrin — d. h. die Politik der Verhinderung einer Anerkennung der DDR durch andere Staaten — zu halten sei, ist in den vergangenen Jahren immer wieder gestellt worden. Die Frage stellt sich im Frühjahr des Jahres 1962 drängender als je zuvor, denn Pankow hat im vergangenen Jahr eine Reihe von Befürwortern seiner Anerkennung gefunden, und zwar keineswegs nur in der Welt der Neutralen, sondern auch im westlichen Lager. Genannt sei als Beispiel nur der Führer der Opposition in Großbritannien, Hugh Gaitskell, der erst bei seinem jüngsten Besuch in Berlin erklärt hat, er halte eine De-facto-Anerkennung der DDR als Preis für die Sicherung der westlichen Position in Berlin für nicht zu hoch. Was Gaitskell ausspricht, denkt manch anderer maßgebender Politiker der mit uns verbündeten Staaten. Die Tendenz, die Sicherung der freiheitlichen Existenz Westberlins gegen eine Anerkennung Pankows in der einen oder anderen Form einzutauschen, hat im westlichen Lager Boden gewonnen; wenn nicht alles trügt, werden die angelsächsisch-sowjetischen Vorverhandlungen über einen Modus vivendi in der Berlinfrage diese Tendenz weiter verstärken. Ob diese Tendenz den Anfang vom Ende jeder Politik der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf einem anderen Wege als dem einer Konföderation darstellt, muß hier beiseite gelassen werden. Die Frage ist vielmehr, ob die „Hallstein-Doktrin“ unter solchen Umständen und Entwicklungen gehalten werden kann oder aber fallengelassen oder modifiziert werden sollte.

II.

Will man eine tragfähige Antwort auf diese Frage finden — und die Antwort entscheidet ja letztlich über die Haltbarkeit unserer bisherigen Deutschlandpolitik schlechthin —, so muß man sich noch einmal vor Augen führen, was die „Hallstein-Doktrin“ tatsächlich ist, was sie bedeutet, was sie gebracht hat. Dies ist um so nötiger, als schon der Begriff Hallstein-Doktrin in der deutschen Öffentlichkeit mit einem Ressentiment behaftet ist, das aus schwer greifbaren Antipathien gegen den ehemaligen Staatssekretär des Außenamts resultiert; auch die verständliche Abneigung gegen das „Doktrinäre“ überhaupt mag dabei eine Rolle spielen. Für Politiker aller Parteirichtungen, die das Fehlen diplomatischer Beziehungen zu unseren osteuropäischen Nachbarstaaten als einen schweren Mangel unserer Außen- und Ostpolitik ansehen, ist die Hallstein-Doktrin ein Stein des Anstoßes, weil sie nach herrschender Meinung diplomatische Beziehungen zu den Ostblockstaaten (mit Ausnahme Moskaus selbst) ausschließt, da diese diplomatische Beziehungen zur DDR unterhalten. Also Gründe genug, die Hallstein-Doktrin als lästiges Hindernis über Bord zu werfen?

Was besagt sie eigentlich? Sie lautet — abgegeben als Regierungserklärung durch den Bundeskanzler am 22. September 1955, kurz nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion:

„Auch dritten Staaten gegenüber halten wir unseren bisherigen Standpunkt bezüglich der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik aufrecht. Ich muß unzweideutig feststellen, daß die Bundesregierung auch künftig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR durch dritte Staaten, mit denen sie offizielle Beziehungen unterhält, als einen unfreundlichen Akt ansehen würde, da er geeignet wäre, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen.“

Am 28. Juni 1956 wurde diese Regierungserklärung durch den Bundesaußenminister erneuert und durch den unmißverständlichen Satz erweitert:

„Die Bundesregierung würde in einem solchen Falle ihre Beziehungen zu dem betreffenden Staat einer Überprüfung unterziehen müssen.“

Der Wortlaut der „Doktrin“ besagt also nicht, daß die Bundesrepublik automatisch die diplomatischen Beziehungen zu jedem Staat abbrechen werde, der solche zu Pankow aufnimmt; auch besagt die Erklärung nicht, daß die Bundesrepublik ihrerseits niemals diplomatische Beziehungen zu einem Staat aufnehmen werde, der seinerseits Pankow längst anerkannt hat. Die Erklärung kündigt vielmehr nur die „Überprüfung der Beziehungen“ an, nicht einmal ausdrücklich der diplomatischen. Aber es ist dennoch klar und durch den bisher einzigen Anwendungsfall Jugoslawien manifestiert, daß die sog. Hallstein-Doktrin eine politische Maxime sein soll und ist, die grundsätzlich das gleichzeitige Bestehen diplomatischer Beziehungen zu Bonn und zu Pankow als mit den Interessen des deutschen Volkes unvereinbar betrachtet. Und das war und ist eine unausweichliche Konsequenz aus dem Wiedervereinigungspostulat des Grundgesetzes und der Notwendigkeit, den Willen zur staatlichen Einheit gegen den Anspruch Moskaus zu verteidigen, einen zweiten deutschen Staat mit dem Anspruch der Legitimität zu etablieren.

Es ist erstaunlich, daß Anspruch und Warnung, die in der Hallstein-Maxime ihre Formel an die Adresse der gesamten Staatenwelt gefunden haben, sich bis dato — mit der einen bedauerlichen Ausnahme Jugoslawien — haben durchsetzen, durchhalten lassen. Nicht einmal Kuba hat sich bis heute entschließen können, den „unfreundlichen Akt“ zu vollenden und einen Botschafter in Pankow zu etablieren, so sehr scheut es sich vor dem Bruch mit Bonn. Das tat auch keiner der jungen afrikanischen Staaten, die unter dem Banner der strikten Neutralität sehr wohl hätten geneigt sein können, die — von ferne betrachtet — gleichberechtigt erscheinenden beiden deutschen Republiken, die kommunistische und die „kapitalistische“, schon aus Gründen der „Balance“ parallel mit Botschaftern zu beschicken. Sie haben es — erstaunlicherweise — trotz aller Manöver Moskaus und Pankows nicht getan; und das gewiß nicht bloß wegen des ungleich dickeren Geldbeutels der Bundesrepublik, sondern weil sie intelligent und instinktsicher genug waren, um rasch zu erkennen, welches der beiden Deutschlands das „richtige“ ist.

Das Entstehen von Dutzenden junger neutraler oder neutralistischer Staaten ohne internationale Erfahrung war eine gefährliche Feuerprobe für die Hallstein-Doktrin; sie hat diese Probe überraschend gut bestanden.

Auch die mit einiger Sorge erwartete Gipfelkonferenz der neutralen Länder in Belgrad Anfang September letzten Jahres hat nicht den Einsturz der Hallstein-Doktrin gebracht. Zwar ist die Mehrheit der Blocklosen, die dort vertreten waren, der östlichen Doktrin von der Existenz zweier legitimer deutscher Teilstaaten sehr nahe gekommen, aber keiner der neutralen Regierungschefs hat sich — soweit erkennbar — ernsthaft für eine förmliche Anerkennung der DDR eingesetzt. Ob diese relative Zurückhaltung mehr der warnenden Wirkung der Hallstein-Doktrin zuzuschreiben ist oder der evidenten inneren Schwäche des Regimes der DDR, die durch die Quarantänemaßnahmen des 13. August für alle Welt

sichtbar geworden ist, läßt sich schwerlich ausmachen. Sollte es Pankow gelingen, im Laufe der nächsten Jahre eine gewisse innere Stabilität und damit eine größere Glaubwürdigkeit nach außen für seinen Anspruch, ein legitimer Staat zu sein, zu erreichen, so wird die Maxime der Nichtanerkennung gegenüber der neutralen Welt kaum zu halten sein. Aber es sieht nicht danach aus, als ob Pankow seine innere Schwäche, das natürliche Resultat seiner künstlichen Satelliten-Existenz, mit Hilfe seiner Quarantänemaßnahmen gegen die Bevölkerung in absehbarer Zeit überwinden könnte.

Eher wäre es schon denkbar, daß Pankow die ersehnte Anerkennung als Preis für eine Lockerung des Würgegriffs um Westberlin gewinnen könnte. Die Tendenz zu diesem Tauschgeschäft ist — wie gesagt — im Westen stark im Wachsen. Sollte sie die Oberhand gewinnen — und hier liegt die eigentliche Chance, wenn nicht das Hauptziel der östlichen Offensive gegen die westliche Position in Berlin —, so würde dies die Teilung Deutschlands besiegeln und eine Wiedervereinigung nur noch unter kommunistischen Vorzeichen möglich machen. Eine förmliche Anerkennung Pankows durch den Westen würde den Zusammenbruch der bisherigen erklärten Deutschlandpolitik des Westens bedeuten. Sicherlich würde der Westen die Anerkennung der DDR nicht in der vollen Form diplomatischer Beziehungen vornehmen, sondern unterhalb dieser Grenze bleiben. Aber der Tatbestand der Anerkennung würde vollzogen sein. Der Hallstein-Doktrin wäre damit in gleicher Weise der Boden entzogen wie der Politik der Wiedervereinigung unter nichtkommunistischen Vorzeichen.

Jedoch sollte man die Zählebigkeit der Hallstein-Doktrin nicht unterschätzen; sie könnte nämlich auch dann noch gehalten werden, wenn ein Teil der westlichen oder neutralen Staatenwelt eine Anerkennung der DDR in irgendeiner Form, jedoch nicht mit Aufnahme diplomatischer Beziehungen, vollziehen würde, etwa um einen klaren Rangunterschied zwischen den beiden deutschen Staaten zu manifestieren. Die Hallstein-Doktrin wendet sich ja nicht gegen eine Anerkennung der DDR „in irgendeiner Form“, sondern nur gegen diplomatische Beziehungen mit diesem Pseudostaat. Sie könnte also auch dann noch, wenn ihre Grundlage, die „Vollendung der staatlichen Einheit in Freiheit“ (Grundgesetz), gegenstandslos geworden wäre, eine ganze Weile funktionieren. Makabrer Aspekt, aber er spricht für die Solidität der Doktrin!

Da aber die Tendenz einer Anerkennung der DDR durch den Westen sich kaum gegen den manifesten Willen der Deutschen in der Zone und in Berlin — und gegen den weniger manifesten, aber doch eindeutigen Willen der Mehrheit der Bundesbürger — durchsetzen wird (zumal auch im Westen die Illusion, man könne durch eine Anerkennung Pankows eine dauerhafte Sicherung Westberlins erreichen, wieder im Schwinden ist), wird sich die Hallstein-Doktrin weiterhin als brauchbar und haltbar erweisen; jedenfalls solange sie auf der Grundlage einer wirtschaftlich starken und politisch glaubwürdigen Bundesrepublik und ihrem Gegenbild, der wirtschaftlich labilen und politisch unglaubwürdigen DDR fußen kann.

Es besteht für uns also keinerlei Grund, die Maxime der Nichtanerkennung Pankows fallen zu lassen oder die Hallstein-Doktrin als die Formel dieser Maxime zu modifizieren; sie ist in sich elastisch genug, um denkbaren Fällen singulärer Anerkennungen Pankows durch neutrale Staaten, sollten sie auf andere Weise nicht verhindert werden können, gerecht zu werden.

Genau betrachtet ist die Hallstein-Doktrin nicht einmal ein Hindernis für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu den Ostblockstaaten. Hier ist nicht der Ort, die politischen Argumente für und wider die Etablierung solcher Beziehungen zu erörtern. Hier soll nur die Tabu-Behauptung

widerlegt werden, die Hallstein-Doktrin erlaube nicht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen usw., weil dadurch die — grundsätzlich richtige — Maxime der Nichtanerkennung Pankows unglaubwürdig werde und auf diese Weise wiederum eine Kettenreaktion in den neutralen Ländern zugunsten der Anerkennung Pankows ausgelöst werde.

Hierzu ist zu sagen, daß die Aufnahme oder Unterhaltung diplomatischer Beziehungen durch die Ostblockstaaten mit Pankow qualitativ etwas anderes ist als die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Pankow durch einen nicht zum Ostblock gehörenden Staat. Man kann es Polen, der Tschechoslowakei usw. nicht als „unfreundlichen Akt“ gegen die Bundesrepublik zurechnen, daß sie mit Pankow, ihrem „sozialistischen Bruderstaat“, auf Geheiß Moskaus „diplomatische“ Beziehungen unterhalten. So grundsätzlich richtig die Hallstein-Doktrin also ist — solange sie sich an die Adresse von Staaten wendet, die über ihre auswärtigen Beziehungen mehr oder weniger frei entscheiden können —, so sehr geht sie fehl, wenn sie auf die in ihren Außenbeziehungen völlig von Moskau abhängigen Ostblockstaaten angewandt wird. Freilich kann man mit dem gleichen Argument auch den Sinn diplomatischer Beziehungen zu Staaten, die solchermaßen abhängig sind, überhaupt in Frage stellen. Aber man sollte nicht Politik mit Logik verwechseln.

Ein Wort noch zu den Auswirkungen der Hallstein-Doktrin auf die Frage diplomatischer Beziehungen zu Israel, ein Komplex, der kürzlich von dem Herausgeber der „Allgemeinen Zeitung der Juden in Deutschland“ angesprochen wurde. Es heißt da — vereinfacht —, die Hallstein-Doktrin sei verantwortlich für das Fehlen diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel, weil die Bundesrepublik eine Anerkennung Pankows durch die israelfeindlichen arabischen Staaten befürchte, falls sie zu Israel diplomatische Beziehungen aufnehme. Das ist zwar richtig, aber nicht ein Ergebnis der Hallstein-Doktrin, sondern einfach die Folge der Tatsache, daß die arabischen Staaten ein Druckmittel in Gestalt einer möglichen Anerkennung Pankows in der Hand haben, das sie als „Repressalie“ gegen die Bundesrepublik anwenden können, wenn diese diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen würde. Es ist also die Teilung Deutschlands, die dieses Dilemma verschuldet hat, und nicht die Hallstein-Doktrin.

Dieser Beitrag ist unversehens eine Apologie für die Hallstein-Doktrin geworden. Aber die Redlichkeit gebietet festzustellen: sie ist politisch richtig, sie ist konsequent, sie hat sich bewährt, und sie ist auch in der voraussehbaren künftigen Entwicklung wahrscheinlich zu halten.

J. J. Voogd

DER SOZIALISMUS UND DIE KÜNSTLER

In einer Unterhaltung vor einigen Jahren mit einer Anzahl Künstler über die Frage, wie sie sich dem Sozialismus gegenüber verhielten, antwortete einer von ihnen, daß die Künstler, insoweit sie sich noch zum Sozialismus bekannten, ihn nicht mehr mit ihrem Herzen, sondern aus ihrem Intellekt heraus akzeptierten. Mit anderen Worten, sie bekannten sich zum Sozialismus nicht mehr als Künstler, sondern als Bürger.

Dasselbe ereignet sich wahrscheinlich bei der jüngeren Generation; wenn sie sich schon zum Sozialismus hingezogen fühlt, dann offenbar dadurch, daß der Sozialismus ihr zusagt in einer Anzahl von Motiven, die für die Älteren ebenso gelten wie für die Jugend.

Man könnte fragen, ob dies zu bedauern ist. Ist es nicht so in der gegenwärtigen, komplizierten Gesellschaft, daß die intellektuellen Erwägungen bei der politischen Wahl bedeutender sind als die emotionalen Motive? Gehören letztere nicht einem überlebten Sozialismus an, wovon besonders die jungen Leute mit ihrer pragmatischen Einstellung nichts mehr wissen wollen?

So leicht werden wir jedoch mit dieser Frage nicht fertig. Zunächst darum nicht, weil der Sozialismus beansprucht, etwas mehr zu sein als eine Wahlvereinigung, in der man sich einmal in vier Jahren begegnet und in der die Menschen nicht mehr gemeinsam haben, als daß sie einmal im Jahre einen Beitrag auf das gleiche Postscheckkonto überweisen. Der Sozialismus hat — er könnte es nicht entbehren — ein Ethos, wie schwer es auch ist, den Inhalt anzugeben. Zweitens können wir, ob jung, alt, musisch oder vertrocknet, mit

einer rein intellektuellen Auffassung des Sozialismus nicht zufrieden sein. Bekennen sich tatsächlich viele zum Sozialismus nur auf Grund seiner Beherrschung des Marktmechanismus oder der Landwirtschaftspolitik oder der Koordinierung des Transportes wegen? Wir alle — auch die nüchterne Jugend — erfassen den Sozialismus als einen Teil Gerechtigkeit, Freiheit, Utopie, der sich nur erfahren, nicht in Worten fassen läßt.

Wenn also der Sozialismus den Künstler, der mehr als andere den Herzschlag der Zeit spürt und sie zu gestalten weiß, nicht mehr fesseln kann und inspirieren, ihn sogar nicht mehr interessiert, dann ist das eine äußerst ernste Sache. Wir brauchen uns nicht zu trösten mit dem Gedanken, daß es auch früher eine nur kleine Gruppe war, die auf musische Weise den Sozialismus zum Ausdruck brachte — denn diese Gruppe repräsentierte damals das weitverbreitete Gefühl von vielen, denen nur die Fähigkeit fehlte, dem durch Feder, Pinsel oder Zeichenstift Gestalt zu geben.

Wie können wir die heutige Situation erklären? Wohl nicht durch die Tatsache, daß der Künstler heute anders sei als früher. Ich sehe keinen Grund anzunehmen, daß der Gegensatz, die Freude, die Not, das Besondere, die Rührung oder die menschliche Verbundenheit, heutzutage weniger ergreifend oder fesselnd sind als damals. Daß die soziale Lage des Künstlers sich gebessert hat, scheint mir keine befriedigende und keine gerechte Erklärung; an das Märchen vom Künstler, der nur kreative Arbeit leisten kann, wenn er hungrig und einsam in einer kalten Mansarde sitzt, habe ich niemals geglaubt;

es steht auch in Widerspruch zur Geschichte.

Liegt vielleicht die Ursache bei der Furcht des Künstlers vor dem Ordnungsstreben des Sozialismus? Man hört das oft: Eine sozialistische Gesellschaft, gekennzeichnet durch Ordnung, Maßnahmen der Behörden, Ausräumen der Unbeständigkeiten des Lebens, würde er erfahren als das bekannte Bett des Königs Prokrustes, in dem er ausgedehnt oder zusammengedrückt würde, je nachdem, wie es der Kalkulation der Manager paßt. Beispiele in der kommunistischen Welt von moralischem Zwang zum „sozialistischen Realismus“ würden ihm dabei vor Augen stehen.

Es wird sicher Künstler geben, die so denken; aber diejenigen unter ihnen, die weniger in Schablonen denken, werden — leider mit Recht — mehr ein Zuwenig als ein Zuviel an Interesse der Führer der heutigen westlichen sozialistischen Bewegung fürchten. Eine solche wichtige Stelle nimmt — wieder: leider — das Kunstleben nicht ein in den Gedanken derjenigen, die eine führende Position in unserer Bewegung haben. Was ein junger Künstler neulich in einer holländischen Monatschrift schrieb: „Die Furcht vor dem kulturellen Untergang ist mehr die nackte Angst zu verlieren, was diese Kultur an Komfort und Besitz ergeben hat“, ist auch für uns gesagt.

Wir müssen uns wohl fragen, ob es im Gedankenbild der sozialistischen Bewegung Elemente gibt, die solche Befürchtungen rechtfertigen könnten. Mir scheint, daß dies im Hinblick auf die Grundsätze unserer Bewegung kaum der Fall sein könnte. Es ist schwer einzusehen, wie in einem Klima der Solidarität, geistiger Freiheit, Gerechtigkeit und Streben nach Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit es etwas geben könnte, das eine Bedrohung wäre für eine freie Verwirklichung der Kreativität des Künstlers. Das Gegenteil scheint mir der Fall zu sein. Ich habe vielmehr den Eindruck, daß in der Pionierzeit der sozialistischen Bewegung über Planmäßigkeit und Sozialisierung bedeutend weniger „weit“ gedacht wurde als heute und daß dennoch — oder infolgedessen? — die so-

zialistische Bewegung damals viel mehr als jetzt der kulturellen Entfaltung Kraft und Anregungen gab. Wahrscheinlicher ist — und hier kommen wir zum Kern der Sache — denn auch, daß die Angst, das Abseitsstehen oder gar die Gleichgültigkeit des Künstlers unserer Bewegung gegenüber hervorgehen aus der Tatsache, daß er im heutigen Sozialismus dessen Grundsätze zu wenig erkennt. Und daß das Unbehagen dadurch hervorgerufen wird, weil man meint, bei uns in eine ziemlich unbegeisterte Atmosphäre zu geraten von „schraubendrehenden“ Maßnahmen, Politik auf kurze Sicht, Selbstzufriedenheit, Tadelsucht und Rechthaberei. Und nun können wir uns darüber ärgern, daß man dies überbetont und sich dabei stützt auf ein verzerrtes Bild, das aus der konservativen Presse kommt. Aber sinnvoll ist dieser Ärger nicht, das heißt, solange nicht, wie wir nicht die Frage stellen, ob der Künstler damit nicht einen Teil der Sackgasse, in die die sozialistische Bewegung geraten ist, im Wesen richtig sieht.

Alles, was einen Künstler berührt und in Bewegung bringt: Liebe, Kontraste, Not, Torheit, Rührung — ist in der heutigen Welt genauso vorhanden wie vor dreißig oder fünfzig Jahren. Aber der Künstler bringt das nicht mehr mit dem Sozialismus oder mit den Sozialisten in Verbindung! Diese Verbindung kann erst wiederhergestellt werden, wenn der Sozialismus einigen großen, inspirierenden Gedanken Form zu geben weiß, wenn der Sozialismus den Beweis liefert, daran festhalten zu wollen und nicht einzurosten. Welche Gedanken das sein sollten, soll und kann hier und jetzt nicht im einzelnen erörtert werden; mir geht es um die Konklusion: Dort, wo der Sozialismus nicht mehr vergegenwärtigt als eine gewisse Technik der Planmäßigkeit, ist die „Prokrustes“-Furcht nicht ganz unbegründet. Aber dort, wo der Sozialismus eine deutliche sozialistische Alternative anzugeben weiß in einer Zeit von Wohlfahrt und Wirtschaftswunder hier und tiefstem Elend dort, von Atomdrohung und Nivellierung, da wird die Verbundenheit mit dem musischen Menschen, zum Wohle beider, wieder neu verwirklicht werden können.

JAHRE DER ENTSCHEIDUNG

Schon vor geraumer Zeit sind die Werke von Oswald Spengler wieder aufgelegt worden. Mithin war für das wissenschaftliche Publikum, das ein fachliches Bedürfnis hat, sich aus historischer, soziologischer oder ideologiekritischer Sicht mit den umstrittenen, aber anregenden Gedanken Spenglers zu befassen, gesorgt. Überraschend ist deshalb, daß der kürzlich von mehreren westdeutschen Verlagen gegründete „Deutsche Taschenbuch Verlag“ innerhalb einer wissenschaftlich-philosophischen Reihe neben Werken von Friedell, Guardini, Jaspers, Ortega y Gasset, Karl Kraus auch Spenglers letztes, 1933 erstmals erschienenenes politisches Pamphlet „Jahre der Entscheidung“ in großer Auflage herausbringt.

„Die ‚Jahre der Entscheidung‘ haben inzwischen nichts von ihrer Aktualität eingebüßt...“, so heißt es in einer Vorbemerkung des Verlages. „Aber für die gesamte abendländische Welt und für jeden einzelnen, der dazu gehört, sind jetzt Jahre der Entscheidung angebrochen“, schreibt H. Kornhardt in der Einführung.

*

Die Propagierung Oswald Spenglers durch einen angesehenen Taschenbuchverlag ist ein Symptom geistiger Unterminierung der Demokratie, das ernst genommen werden muß. Apologisiert wird im Vorwort darauf hingewiesen, daß Spenglers letzte Schrift von der gerade installierten nationalsozialistischen Diktatur negativ aufgenommen worden sei und die Kaltstellung des Verfassers zur Folge gehabt habe, denn dieser habe Ideologie und Bewegung der neuen Machthaber scharf kritisiert. Verschwiegen wird jedoch, daß Spengler den Nationalsozialismus gar nicht grundsätzlich, d. h. weder von einer liberalen noch von einer konservativ-humanitären Position her kritisierte,

sondern daß er rechts von der Hitler-Bewegung stand und dieser nicht mangelnde Humanität, sondern zu große soziale Konzessionen an die „Massen“ vorwarf, daß er nicht fehlende Freiheit, sondern unzureichende Effektivität und weltpolitische Beschränktheit anprangerte. Spengler war kein Antifaschist, sondern — wenn man so will — ein „Ultraschist“. Er forderte die bedingungs- und konzessionslose, unideologisch kalkulierte, durch einen unüberwindbaren Gewaltapparat gesicherte Herrschaft der „höheren Rasse“, d. h. einer Macht, Besitz und „Geist“ innehabenden Elite. Die Vermittlung durch kleinbürgerliche, pseudodemokratische und pseudosoziale Demagogie im Stile der Hitler-Bewegung hielt er für gefährlich und überflüssig. So gesehen ist sein Postulat heute tatsächlich aktueller als 1933, weil sich in manchen Ländern Tendenzen einer oligarchischen, allmächtigen Verfüzung von Großbesitz, Militärierarchie und Staatsapparat zeigen, die insgesamt über so große Möglichkeiten der Massenmanipulation verfügen, daß bei einem durch weltpolitische Konflikte bedingten Versiegen und Erstarren der demokratischen Kräfte der „Cäsarismus“ Spenglers kein Hirngespinnst mehr ist.

So lesen wir in dem neuen Taschenbuch: „Die Vorform des Cäsarismus (O. S. meint den Faschismus seiner Zeit. — D. Verf.) wird sehr bald bestimmter, bewußter, unverhüllter werden. Die Masken aus dem Zeitalter parlamentarischer Zwischenzustände werden ganz fallen. Alle Versuche, den Gehalt der Zukunft in Parteien aufzufangen, werden rasch vergessen sein. Die faschistischen Gestaltungen dieser Jahrzehnte werden in neue, nicht vorauszusehende Formen übergehen, und auch der Nationalismus heutiger Art wird verschwinden. Es bleibt als formgebende Macht nur der kriegerische, „preußische“ Geist, überall, nicht nur

in Deutschland. Das Schicksal, einst in bedeutungsschweren Formen und großen Traditionen zusammengeballt, wird in der Gestalt formloser Einzelgewalten Geschichte machen. Die Legionen Cäsars wachen wieder auf" (S. 212).

Gegenüber dem Prinzip, daß die Verteidigung der Freiheit nur dann sinnvoll ist, wenn der Bestand an Freiheit konkret erhalten und erweitert wird, nehmen sich solche Vorstellungen, mit denen sich Spengler voll identifizierte, recht bedrohlich aus. Und sind sie, wenn wir von anderen Ländern absehen, bei uns so neu? Die Wiedererweckung dieser spezifischen Form totalitärer Ideologie könnte durchaus als Hilfe für jene Kreise in unserem Lande gemeint sein, die seit längerem Grundgesetz und Parlament als lästigen Ballast auffassen; ihr bisher eingestandenes Vorbild, das portugiesische Salazar-Regime, wirkt gegenüber den Zielvorstellungen Spenglers eher noch zu liberal.

Wenn also Bemühungen offensichtlich im Gange sind, Spengler zum Wegbereiter und Verkünder einer neuen „abendländischen“ Konzeption zu erklären, dann ist es an der Zeit, diese Konzeption neuerlich kritisch zu erörtern und ihren unmenschlichen Charakter aufzudecken.

*

Für Spengler hat die Geschichte nichts mit Vernunft zu tun. Er sieht sie dem planlos elementaren Walten der Natur verwandt. Von dieser Sicht her, die jeden Hellsplan verwirft, gelangt er jedoch nicht zu der Konsequenz, das menschlich-gesellschaftliche Geschehen gewissermaßen naturwissenschaftlich zu untersuchen. Statt dessen beschränkt er sich darauf, vergangene und gegenwärtige Ereignisse phänomenologisch, oder, wie er sagt, „physiognomisch“ zu registrieren, zu beschreiben und in intuitiv erschaute Zusammenhänge zu bringen. Wie Leonard Nelson nachwies, erliegt Spengler dabei der Versuchung, die abstrakt-begriffliche Subsumierung von Phänomenen mit deren metaphysischer Einheit gleichzusetzen.

Spenglers politisches Bewußtsein ist extrem reaktionär, und es prägt und begrenzt seine unleugbare Intuitionsgabe so sehr, daß in seinen Werken neben genialen Ahnungen und Einsich-

ten schwere Fehlleistungen zu finden sind. Im Ansatz oft richtige Perspektiven und Prognosen werden irrational verzeichnet und mystifiziert.

Die Geschichte sieht er als eine unvermittelte Folge in sich geschlossener, nach außen abgegrenzter und deshalb nur beschreibbarer, aber keinesfalls rational erfassbarer „Hochkulturen“, deren zyklischer Phasenwechsel — Aufblühen, Reife und Verfall — sich in monotoner Weise stets von neuem wiederholt, wobei sich die einzelnen Kulturen nur durch verschiedene „Stile“ voneinander unterscheiden. Die Zyklik der Geschichte wird lediglich konstatiert, doch jede Möglichkeit rationaler und funktionaler Aufhellung für unmöglich befunden. Obwohl Spengler die Individualität jeder Kulturformation rigoros behauptet, verstößt er gegen dieses Prinzip, indem er jeden geschichtlichen Fortschritt leugnet. So entgeht ihm, daß sich im Wandel, in der Folge herrschaftlicher Kulturen ein ständiges Fortschreiten und Differenzieren gesellschaftlicher Problemstellungen und Konfliktsituationen ergibt. Für Spengler sind die Menschen „Raubtiere“ und immer die gleichen geblieben, obwohl Geschichtsforschung und Völkerkunde das Gegenteil nachweisen. Nachdrücklich bekennt er sich zu einer „Skepsis“ im Sinne von Menschenverachtung und Pessimismus. Seine „Menschenkenntnis“ ist statisch und machiavellistisch, sie „lehrt, wie der Mensch war und ist und nicht wie er sein sollte...“ (S. 31). Auch hierin widerspricht Spengler der von ihm konstatierten Individualität der Kulturen, denn müßte sich nicht solche Individualität, müßte sich nicht ihr besonderer, integrierender „Stil“ in starkem Maße formend und verändernd auf das Wesen und das Leben der Menschen in einer Kultur auswirken?

Selbst wenn Spenglers These, daß Kulturorganismen nur beschreibbar und äußerlich vergleichbar, aber nicht erklärbar seien; für vergangene Kulturen annahmbar wäre, erscheint diese These im Hinblick auf die Kultur der Gegenwart unsinnig. Der Historiker, der Zeitgeschichte treibt, befindet sich doch mitten darin, und ihre Beweggründe, ihr Entwicklungsgang und der Kulturstil können durch Untersuchung,

wenigstens annäherungsweise, ermittelte werden. Wenn Spengler diesen Weg nicht geht, sondern — beinahe nach Art des hundertjährigen Wetterkalenders vom Lehrer Hinkenden Boten — Gegenwart und Zukunft durch analogisierende Schlußfolgerung aus dem scheinbar sich ständig reproduzierenden Werdegang ferner, fremder, versunkener Kulturen zu deuten bemüht ist, dann ist das Motiv dazu eben ideologischer Art.

Hier stellt sich die Frage: Wie ist Geschichtsforschung, die sich einen Begriff von der historisch-gesellschaftlichen Gesamtheit der Gegenwart machen will, von der Position brüchig gewordener, gefährdeter Herrschaft her möglich? Die Sicherung des Selbstbewußtseins der Herrschenden und die geistige Kontrolle der Beherrschten gilt historisch und sozial als vorrangig; die Frage nach dem Gesamtzusammenhang, nach der Zusammenschau, würde den Status quo relativieren und gilt mehr oder minder als tabu. Der einzige Ausweg ist — und den wählt Spengler — das Transzendieren in die Mythologie der Vergangenheit; von dort her verkündet Spengler einerseits die unvermeidliche „Götterdämmerung“, um andererseits aber den Untergang als Wiederkehr des immer Gleichen, als bloße Episode im Auf und Ab der im ständigen Gestaltwandel befindlichen ewigen Herrschaftsordnung zu verklären.

Die nichtkausale, physiognomische Anschauungsweise, über deren ideologische Bedingtheit er sich nicht im klaren ist und auch nicht sein kann, ermöglichen Spengler jedenfalls einen von kursierenden Ideologien unverstellten Blick auf die Phänomene der Herrschaft sowie des zivilisatorischen Verfalls. Seine Fehlleistungen liegen in der Deutung der Zusammenhänge, weniger in der Beschreibung der Phänomene. Als der Zusammenbruch von 1917/18 seiner These vom „Untergang des Abendlandes“ in einer von ihm gar nicht so unmittelbar verstandenen Weise recht zu geben schien, wurde er zugleich gefeiert und mißverstanden; später, während der Restaurationsperiode der zwanziger Jahre, vergaß man ihn, und von den Nationalsozialisten wurde er wegen Kritik und unangenehmer Offenheit

zum Schweigen veranlaßt. Dagegen scheint für seine aus Zynismus und mystischem Elitenkult zusammengesetzte Anschauung heute ein neuer Nährboden vorhanden zu sein: Autoren wie Schilamm, Martini und Barnick folgen durchaus seinen Spuren.

*

Spenglers zeitgeschichtliche Vorstellungen lassen sich so wiedergeben: 1. Schon vor dem ersten Weltkrieg, den er voraussieht, hat Spengler erfaßt, daß die ganze Menschheit in einen Umwälzungsprozeß eingetreten ist, der die scheinbare Stabilität der Vorkriegszeit zerstören, Krieg, Chaos, Aufstand und Zerfall hervorbringen und ganz neue Kräfte, Konstellationen und Herrschaftsverhältnisse schaffen wird.

2. Ausgehend von der Dekadenzmorphologie vergangener Hochkulturen, die er auch an der in eine Krise geratenen westlichen, „faustischen“ Kultur wahrzunehmen glaubt, sieht Spengler den „Untergang des Abendlandes“ (d. h. der bestehenden tradierten Gesellschafts- und Herrschaftsordnung) für unabwendbar an. Es ist bemerkenswert, daß Spengler in dieser Hinsicht ebenso mißverstanden worden ist wie Marx' sogenannte (von ihm nie so genannte) „Zusammenbruchstheorie“. Sowohl Marx als auch Spengler erwarten das Ende der alten Ordnung keinesfalls von einem urplötzlich, katastrophenartig hereinbrechenden Zusammenbruch, sondern von einem unter Umständen sehr langwierigen Prozeß, der Krisen, Umstürze, Erschütterungen sowie zeitweilige Perioden der Erholung oder der evolutionären Dekadenz durchläuft.

Armin Baltzer hat in seinem Buch „Oswald Spenglers Bedeutung für die Gegenwart“ (Neheim-Hüsten, 1959) hervorgehoben, daß Spengler als Alternative zum Untergang die Möglichkeit einer sich in Altersreife vollendenden und abklärenden Kultur offengelassen habe. Das scheint, obwohl Spengler sehr widersprüchliche Äußerungen getan hat, keine charakteristische Aussage zu sein; sie würde auch der zyklischen Konzeption widersprechen. Prononciert predigt Spengler dagegen der herrschenden Elite heroische Selbstbehauptung.

Wahren Daseinssinn, höchste Lebens-
erfüllung sieht er nur im praktizierten
Willen zur Macht, in der rücksichts-
losen und unbeschränkten Ausübung
von Herrschaft; und dieser Daseins-
sinn, diese Lebenserfüllung sind für
die Elite gleichermaßen am „Morgen“
wie am „Abend“ einer Kultur realisier-
bar. Darüber hinaus jedoch verheißt er
der zeitgenössischen Generation, daß
sie der revolutionären Kräfte des
Untergrundes Herr werden wird und
(„apres nous le deluge“) daß der Unter-
gang erst viel später kommen werde
und eigentlich noch gar nicht sichtbar
sei.

3. Das aktuelle Zeitalter großer Um-
wälzungen sieht Spengler durch
die Phänomene Weltkrieg — er sagt
bereits den zweiten voraus — und
Weltrevolution charakterisiert. Beide
Erscheinungen betrachtet er als Sympto-
me einer Krise, die für ihn im zivilisa-
torischen Erstarren und im groß-
städtischen Versumpfen der Kultur
„organisch“ begründet sind. In der Tat
gibt er — bei aller ideologischen Ver-
zeichnung — eine in vielem treffende
Schilderung moderner Verfallserschei-
nungen. Von den Großstadtbewohnern
spricht er als den zweiten Nomaden, er
schildert ihre Tendenz zur Geschichts-
losigkeit und „Fellachisierung“ und
beschreibt die Oda des Freizeitbetrie-
bes, die Enteignung des Bewußtseins
durch die zentralen Kommunikations-
mittel, die Krise des liberal-parlamen-
tarischen Parteienwesens, die Tenden-
zen zur Bürokratisierung, Kommerzialisierung
und Korruption des öffentlichen Lebens,
den kommenden Zusammenbruch aller
bisherigen Ideologien und der Ideologien
überhaupt.

Spengler selbst identifiziert sich
mit der weißen „Herrenrasse“. Sein
von Nietzsche beeinflusster Rassen-
begriff ist grundsätzlich nicht biolo-
gisch gemeint, wenn er auch des öfteren
hervorhebt, die „nordische“ oder „kel-
tisch-germanische Rasse“ sei „die wil-
lensstärkste, welche die Welt gesehen
hat“ (S. 188). Er lehnt den Antisemitis-
mus als Torheit ab und definiert
„Rasse“ als Auslese der Fähigen, Vita-
len, Willensstarken, Herrschaftsfähigen,
als Schicht der faktischen Macht-
haber und Besitzer, die es theoretisch
in allen Völkern geben kann. Die
unterschwellige Beziehung seines Ras-

senbegriffs zu dem der Nationalsozia-
listen erweist sich jedoch einmal an
den von ihm genannten Kriterien Eigen-
tumssinn, Kinderreichtum, „harte Aus-
lese“, „seelische Selbstzucht“ und
„Barbarenum“ und zum anderen an
der Tatsache, daß er den germanisch-
„faustischen“ Völkern als „weißer
Rasse“ insgesamt vor der „farbigen“
Welt, deren drohenden Aufstand er an
die Wand malt, den Vorzug gibt und
ihnen die höhere und höchste Herr-
schaftsqualifikation zuerkennt. Innen-
politisch konfrontiert er die Rasse der
zur Herrschaft Berufenen mit der sei-
ner Ansicht nach minderbegabten,
willensschwachen und führungsbedürf-
tigen Masse, die nur Order zu parieren,
zu dienen und hart zu arbeiten habe
und deren einziger Lebenszweck darin
bestehe, der Herrenrasse Reichtum und
schöpferische Muße zur Verfügung zu
stellen. Im Dienen und Arbeiten er-
schöpft sich die Existenz der Masse;
und das ist auch der Kern des einst
viel mystifizierten „preußischen Sozia-
lismus“ Spenglerscher Prägung.

Zwei Weltrevolutionen notifiziert
Spengler als Folgen des ersten
Weltkrieges: In der „Weißen Welt-
revolution“ — dem Klassenkampf —
sowie in der „Farbigen Weltrevolu-
tion“ — dem „Rassenkampf“ — erblickt
er die beiden großen Umwälzungs-
bewegungen, die in gegenseitiger
Wechselwirkung stehen und das „faus-
tische“ Herrschaftssystem in aller
Welt erschüttern und tödlich bedrohen.
Von einem Zusammenfließen dieser
beiden Revolutionen befürchtet er die
größte Gefahr. Seine Intuition erwartet
für die kommenden Jahrzehnte enorme
Veränderungen auf der politischen
Landkarte und im Zusammenleben der
Völker und Staaten. Er rechnet mit
einem heraufziehenden Zeitalter weni-
ger imperialer Weltgroßmächte —
die Konstellation USA / Sowjetunion
taucht bereits bei ihm auf —, die von
einem Schwarm abhängiger, auf Pro-
vinzniveau herabgesunkener Staaten
umgeben sind.

Wenn es jedoch um die Erklärung und
Herleitung der beiden „Weltrevolutio-
nen“ geht, versagt Spenglers
Methode; selbst Binsenwahrheiten,
z. B. die Notwendigkeit der Industria-
lisierung unterentwickelter Gebiete,
bleiben ihm verschlossen. Die Deutung

ist beherrscht von dem blinden, sich vor Haß und Verachtung überschlagenden, objektive Sachverhalte ignorierenden oder verfälschenden Ressentiment. Die revolutionären oder reformatorischen Bewegungen, vor allem die Arbeiterbewegung, werden als moralisch minderwertig, als von niedrigsten Haß-, Neid-, Ehrgeiz-, Habgier- und Zerstörungsmotiven getrieben dargestellt. Der „farbigen Gesamtrevolution der Erde“ unterstellt er als Beweggründe: „Der Haß gegen das Christentum oder gegen jede Art von Priestertum und Orthodoxie überhaupt, gegen Sitte und Brauch, Weltanschauung und Moral... der Haß gegen die weiße Rasse und der unbedingte Wille, sie zu vernichten“ (S. 202).

4. Nach Maßgabe seiner Kulturzyklenlehre gibt Spengler der „Weißen Revolution“, d. h. der demokratischen und sozialen Gestaltung der Gesellschaft durch die Arbeitnehmer, keine Chance. Der Ausgang der „Farbigen Weltrevolution“ ist ihm dagegen eher ungewiß, obwohl er optimistisch hofft und fordert, daß sie mit allen Gewaltmitteln unterdrückt und zerschlagen werde. Nach einer Phase der Überumpelung, die er vor allem in der von ihm mit fanatischem Haß beurteilten Novemberrevolution 1918 verkörpert sieht, werde die Herrenrasse mit Hilfe des „Cäsarismus“, also der totalen, usurpierten Einmannherrschaft — „Heere werden in Zukunft die Parteien ablösen“ (S. 185) —, zur Offensive übergehen und nach grausamer Unterdrückung das Weltimperium der Endphase ihrer erstarrten Kultur herstellen.

Im „Cäsarismus“ sieht Spengler die letzte und abschließende Stufe der „abendländischen Kultur“. Der Faschismus erscheint ihm im Gegensatz dazu als Übergangsphase, als eine unvollkommene, mit den Nachteilen einer demagogischen Massenbewegung, mit Konzessionen an die Massen behaftete Vorstufe. Den Cäsarismus definiert er als ein Regime einer kleinen, zur Herrschaft „berufenen“ Wertelite „von Rasse“, an der Spitze: ein „Cäsar“ mit Fähigkeiten brutaler, barbarisch harter, jeder Demagogie enthobenen Herrschaftsmanipulation. In diesem Zusammenhang wendet sich Spengler scharf gegen den traditionellen Natio-

nalismus; diesen empfindet er als borniert, überholt und darum gefährlich. Der Existenzkampf der alten „faustischen Kultur“ spielt sich für ihn überall in der Welt ab; vor allem fordert er die Herstellung einer west-mittleuropäischen Kampfgemeinschaft gegenüber Asien, dem er das sowjetische Rußland zurechnet, sowie gegenüber der farbigen Welt überhaupt.

Innerhalb dieser Konstellation weist er Deutschland eine besondere und führende Stellung zu, weil ihm die deutsche „Rassensubstanz“ als Folge einer jahrhundertelangen geschichtlichen Stagnation unter allen westlichen Nationen noch relativ unverbraucht vorkommt.

5. Schließlich ist festzustellen, daß Spengler — bei aller formalen Differenzierung der „faustischen Kultur“ — keine sozial transzendierende Zukunftsperspektive besitzt. Das geschichtliche Weiterleben ist für ihn bestenfalls im Hegelschen Sinne „schlechte Unendlichkeit“.

Obwohl er — aber auch das nur im Sinne jener monotonen, zyklischen Wiederholung des immer gleichen Geschehens — in weiter Ferne das Aufdämmern neuer Kulturen für möglich hält (z. B. in Rußland), andererseits aber auch zum Ausdruck bringt, daß er die „faustische Kultur“ für die letzte überhaupt hält, steht Spengler im Grunde allen von ihm wahrgenommenen neuen Kräften der Zeitgeschichte verständnislos, zynisch und haßerfüllt gegenüber: dem Erwachen der zurückgebliebenen Völker ebenso wie dem Anspruch der Arbeiterschaft sowie allen Versuchen sozialer Reform und Revolution schlechthin. Das ist nicht verwunderlich, denn er hat ja auf Rationalität im Denken und Forschen verzichtet, und seine bösesten Invectiven schleudert er gegen die abendländische Tradition und Geschichte des Rationalismus.

Unter dem Begriff „Bolschewismus“ subsumiert Spengler alle Erscheinungen des westlichen bzw. deutschen öffentlichen Lebens, die seinem reaktionären Bewußtsein nicht konvenieren. „Bolschewismus“ bedeutet bei ihm u. a.: der „Lohnkapitalismus der Gewerkschaften“, die progressive und Erbschaftsbesteuerung (Steuerbolschewismus), der Liberalismus des 19. Jahr-

hundreds insgesamt; die angeblich von Demagogen erzeugte „Proletarisierung“ der Arbeiter; die Intellektuellen schlechthin („geistiger Mob“); das Jakobinertum der Französischen Revolution; der „Amerikanismus“; Demokratie und Sozialismus generell; die christliche Theologie („Großmutter des Bolschewismus“ —, der katholische Bolschewismus sei gefährlicher als der antichristliche); die „Linken“ überhaupt („links“ ist für ihn alles, was mit Parlamentarismus, Wahlen, Parteienwesen usw. zusammenhängt); Utopismus; soziales Mitgefühl; Neid sowie Rache- und Zerstörungsgelüste; „Großstadtpöbel“ usw.

Allgemein scheint Spengler „Bolschewismus“ mit Vernunft, Aufklärung und Brüderlichkeit überhaupt gleichzusetzen; er kommt so zu folgenden Schlußfolgerungen: „Der Bolschewismus ist in Westeuropa zu Hause, und zwar, seit die englisch-materialistische Weltanschauung der Kreise, in denen Voltaire und Rousseau als gelehrige Schüler verkehrten, im Jakobinismus des Kontinents einen wirklichen Ausdruck gefunden hatte. Die Demokratie des 19. Jahrhunderts ist bereits Bolschewismus; sie besaß nur noch nicht den Mut zu ihren letzten Folgerungen. Es ist nur ein Schritt vom

Bastillesturm und der die allgemeine Gleichheit befördernden Guillotine zu den Idealen und Straßenkämpfen von 1848, dem Jahr des kommunistischen Manifests, und ein zweiter von dort bis zum Sturz des westlich gestalteten Zarentums. Der Bolschewismus droht uns nicht, sondern er beherrscht uns. Seine Gleichheit ist die Gleichsetzung des Volkes mit dem Pöbel, seine Freiheit ist die Befreiung von der Kultur und ihrer Gesellschaft“ (S. 104—105).

*

Aus der Skizze der politisch-historischen Grundgedanken O. Spenglers, wie sie in der Schrift „Jahre der Entscheidung“ zum Ausdruck kommen, erhellt, daß wir es hier nicht mit einem harmlosen Mann zu tun haben. Um so beunruhigender ist es, daß in der Öffentlichkeit bisher so gut wie gar nicht protestiert worden ist gegen die Verbreitung von totalitärer Programmatik, finsterstem Antirationalismus sowie von aufgeladenen Vorurteilen gegenüber der Arbeiterschaft und den farbigen Nationen. Es scheint tatsächlich zu genügen, daß Spengler kein Antisemit war und daß er von den Nazis schikanellert wurde, um ihn für die politische Praxis der Gegenwart aufzuwerten.

DIE CHANCE WIDER EIN STEREOTYP

I.

Es ist eine bekannte sozialpsychologische Tatsache, daß der Antisemitismus dort am stärksten ist, wo die wenigsten Juden leben. Vielleicht trägt dieses Phänomen dazu bei, daß der in aller Welt latent spürbare Antisemitismus unausrottbar zu sein scheint. Er kommt nicht immer zum Ausbruch, er zeitigt oft keine direkten Folgen: Aber er ist bei vielen Menschen anzutreffen, vor allem bei denen, die kaum jemals einen Juden sprachen und die nichts von alledem wissen, was das Judentum ausmacht. Diesen Menschen pflanzt die instinktive Abwehr gegen Außengruppen ein Gefühl der Abneigung ein, aus der Vorurteile entstehen, die diese Abneigung wiederum motivieren sollen.

Es genügt nicht, wollte man den Antisemitismus mit der Nazi-Ideologie begründen. Es ist hinlänglich bekannt, daß der Antisemitismus fast so alt ist wie der Weg der Juden in die Diaspora, und daß er über die ganze Welt verbreitet auftritt, ohne daß gleichzeitig die Grundlagen nationalsozialistisch-faschistischen Gedankengutes ebenso verbreitet wären. Die Überzeugung, das auserwählte Volk zu sein, und die hartnäckige Pflege seiner eigenen alten Kultur haben den Juden in jedem Wirtsland zum Außenseiter und damit zum willkommenen Sündenbock für alle Mißstände und Schwierigkeiten gemacht. Auch das ist eine bekannte Tatsache.

Im Nach-Hitler-Deutschland sind zahlreiche Abhandlungen veröffentlicht worden, die sich unter dem unentrinnbaren Eindruck der Schrecken und des Grauens des SS-Terrors mit den Juden, mit dem Judentum und mit den deutsch-jüdischen Beziehungen befaßten. Wenige dieser Veröffentlichungen haben einen größeren Kreis als den der Politiker, Sozialwissenschaftler und freiberuflich Tätigen erreicht. Noch

immer wissen nur geringe Teile der Bevölkerung etwa Näheres über den Zionismus — um nur ein Beispiel zu nennen. Die furchtbaren Leiden, die den deutschen und vielen europäischen Juden während der Nazizeit widerfahren waren, sind als leere Statistiken am Ohr einer Bevölkerung, die selbst harte Kriegsfolgen verarbeiten mußte, vorübergegangen. „Das Tagebuch der Anne Frank“ ist eine der ganz wenigen Ausnahmen, die größere Verbreitung fanden und die auch verstanden und aufgenommen wurden.

II.

Man muß sich all dieser hinlänglich bekannten Tatsachen ganz klar sein, wenn man die These akzeptieren will, daß nichts mehr den latent vorhandenen Antisemitismus verringern und abbauen kann als das Bekanntmachen mit den Juden und ihren Problemen. Man bringt auch für Außenseiter Verständnis auf, wenn man nur um ihr Schicksal weiß; man wird auch Minderheiten gegenüber tolerant, wenn man sie kennt. Die Vorurteile schwinden, die die Abneigung unterschwellig motivieren sollten, wenn sie mit der Wirklichkeit und der Kenntnis von den Dingen konfrontiert werden. Die Begegnung der Menschen miteinander schafft neues Verhalten in der Gegenseitigkeit menschlicher Beziehungen.

Es sind jedoch nicht die sozialpsychologischen, die philosophischen oder die historischen Abhandlungen, die den Menschen Kenntnis vom Juden und seinem Schicksal geben. Nur wenige lesen wissenschaftliche Fachzeitschriften, nur wenige besuchen Volkshochschulkurse, nur wenige sind in Vortragsälen zu finden, in denen sich Referenten um das so notwendige „Bekanntmachen“ bemühen. Die Kommunikationsmedien, die einen unvergleichlich größeren Kreis erreichen, sind Hör-

und Fernsehspiel, Unterhaltungsroman und Film. Ein Illustriertenroman etwa, ein Bestseller, ein spannender Film sind ungemein stark an der Bildung von Stereotypen, von Meinungen und Vorstellungen beteiligt. Es gibt noch keine Unterlagen darüber, die exakt das Maß bestimmen, wie groß der Anteil dieser Medien am Entstehen von Vorstellungen halbrichtiger und falscher Art und damit an der Entwicklung von Vorurteilen ist. Aber es läßt sich am Konsumumfang dieser Kommunikationsmittel abschätzen, wobei schon eine grobe Schätzung den unverhältnismäßig hohen Einfluß auf die Gedankengänge und die Meinungsbildung überhaupt erkennen läßt. Hier werden oft ganz unbewußt Maßstäbe und Zusammenhänge, Ideen und Schemata übernommen, und zwar sowohl falsche als auch richtige, und da sie von sehr vielen übernommen werden, etablieren sich die Inhaltsteile als vorherrschende und schnell akzeptierte Maximen bei den meisten Bevölkerungsgruppen. Dem pädagogischen Gewicht von Roman und Film ist kaum eine Aufklärungskampagne gewachsen. Einmal verbreitet, bleibt die Vorstellung von einer Sache, mit der man sich früher nicht beschäftigt hatte, in dem Lichte, in dem sie zuerst gesehen wurde.

III.

Ein Jahrhundert alter Antisemitismus hat Vorstellungen verbreitet und befestigt, die im „Schmulchen Schievelbeiner“ Wilhelm Buschs verkörpert werden. Kein Ganghofer, kein Karl May kannte einen Juden als Helden, mit dem sich der Leser identifizieren mußte. Generation um Generation wurde mit dem Wort Jude sofort und bereits aus dem Unterbewußtsein eine mehr oder weniger unverholene Abneigung verbunden.

Es hat nicht viele gegeben, die in der langen Geschichte des Antisemitismus diesen Circulus vitiosus zu durchbrechen versucht haben. Meist entstammten sie dann jenen intellektuellen Kreisen, die kaum jemals den Weg zu anderen Bevölkerungsschichten gefunden haben. Der Status, der die eine Bevölkerungsgruppe von der anderen trennt und der die verschiedenen Rollenfrä-

ger an der Begegnung hindert, hat bis heute in einer Klassen- oder ständischen Ordnung, Berufs-, Einkommens- oder Bildungsschichtung die Aussprache zwischen diesen verschiedenen Schichten verhindert. Das ist ein Phänomen, über das schon viele soziologische Arbeiten geschrieben wurden. Es erklärt auch, warum trotz mancher Versuche einem latent vorhandenen, manchmal nur unterschwellig spürbaren Antisemitismus nicht wirksam begegnet werden konnte. Es bleibt dem Roman, dem Film vorbehalten, die vielen Bevölkerungsschichten anzusprechen, zu denen der Wissenschaftler nicht fand.

So müßte es also Romane, Filme geben, die das erregende und ungemein packende Schicksal des jüdischen Volkes so darstellten wie den „Kampf um Rom“, wie „Ben Hur“, wie „Vom Winde verweht“ oder etwa „Die drei Musketiere“. Die Geschichte der Judenprogrome in Rußland, die Erzählung der verzweifelten und selten gelungenen Flucht aus dem SS-Staat, die Suche eines geretteten jüdischen Kindes nach seinen Eltern, der abenteuerliche Seekrieg von Einwanderern gegen die britische Blockade vor Palästina, das Epos vom Urbarmachen eigenen Landes, die Erlebnisse im arabisch-israelischen Krieg: Das alles ist Stoff, so zündend, so romantisch, so realistisch, so mitreißend, so abenteuerlich wie Wildwest- und Seeräuberromane, wie historische Erzählungen und Reiseberichte.

Ein solcher Roman ist erschienen und wurde verfilmt: Leon Uris' „Exodus“¹⁾. Er soll hier nicht rezensiert werden, und es steht außer Zweifel, daß er kein literarisches Meisterwerk ist. Er befindet sich in der Reihe jener oben genannten Romane, die in irgendeinem Alter jeder einmal gelesen hat — und deren Inhalte und Vorstellungen damit zum verbreiteten und gespeicherten Allgemeingut geworden sind. Dieser Roman des Amerikaners Leon Uris spricht die Sprache des Illustriertenromans und ist dabei so anschaulich und spannungsreich geschrieben, daß er in kurzer Zeit zum Bestseller wurde. Kein Wunder also, daß sich der Hollywooder Produzent Otto Preminger des

¹⁾ Leon Uris: „Exodus“, Kieckar-Verlag, München 1961.

Stoffes annahm und einen dreistündigen, farbigen Breitwandfilm drehte, der in vielen Filmtheatern wochenlang lief.

IV.

Das Neue, Ungewöhnliche und völlig Stereotypen-Fremde eines Helden Ari ben Kanaan, der dem Old Shatterhand, dem Ben Hur oder d'Artagnon nicht nachsteht, wurde — wieder unbewußt — mit der notwendigen Heldenidentifikation des Lesers oder Kinobesuchers erreicht. Man kann es als einen ersten Versuch bezeichnen, das Stereotyp von Buschs Schmulchen Schielvelbeiner zu überlagern. Die Geschichte von zwei Brüdern, die sich in Rußland auf den Weg machen, um zu Fuß das Heilige Land zu erreichen, wurde von vielen Menschen ebenso zum ersten Male als ein neuer Eindruck aufgenommen wie die historischen Zusammenhänge um Theodor Herzl, dem Vater des Zionismus, und um die Balfour-Deklaration. Leon Uris hat vermocht, was kaum eine mit wissenschaftlicher Akribie oder mit historischer Präzision vorgetragene Abhandlung je erreicht hätte: Er hat zu einem großen Publikum in dessen bildreicher, oft tränennaher, gern kitschiger, brutal menschlicher Sprache gesprochen.

Abgesehen von den Vorwürfen, das Buch sei literarisch nicht wertvoll (was wahrscheinlich von Uris auch nicht angestrebt gewesen sein wird), sind Buch und Film der Unwahrheit, der Verzerrung, des Kitsches, der Peinlichkeit und der billigen Effekthascherei bezichtigt worden. Und diese Stimmen, die ihr Urteil von besonders wirklichkeitsfernen und „elfenbeinturmigen“ Maßstäben bestimmen ließen, erhoben sich nicht etwa aus dem Kreis der Literaturkritiker und internationalen Filmrezensenten, sondern eben gerade bei jener akademischen Jugend, von der man sich weltoffenen Blick und kritische Umsicht erhofft.

Unwahrheit ist Leon Uris nirgends vorzuwerfen. Er hat vereinfacht, er hat sich jene dichterischen Freiheiten erlaubt, ohne die kein Schriftsteller historische Begebenheiten in einen Roman fassen kann. Er hat sich an manchen Stellen jener gängigen Effekte bedient, die man als Kitsch bezeichnen

muß. Warum ist das billig oder peinlich? Über Wert und Unwert des Kitsches im Volksroman ist viel gestritten worden, und es gehören Engstirnigkeit und Snobismus dazu, den Kitsch summa summarum zu verdammen. Uris hat den einzig möglichen Weg beschritten, wenn er seinem Romanhelden Ari ben Kanaan den Einzug in das System stereotyper Vorstellungen und Bewertungsschemata bereiten wollte. Er hat sich jenes einzig möglichen Mittels bedient, das von einer ganz bestimmten Art Belletristik repräsentiert wird.

V.

Ist nach dieser Betrachtung dem Streit um den Wert eines solchen Romanes und seiner romantischen Verfilmung die Überlegung als Argument beigegeben, welche Aufgabe ein solches Epos bei der Verringerung des latent vorhandenen Antisemitismus übernehmen kann und welche Chance es im Kampf gegen ein verbreitetes Stereotyp besitzt, so ist doch nicht geklärt, welche Motive gerade junge Akademiker bestimmen, in ihren Studentenzeitungen und ihren Filmbewertungstabellen „Exodus“ zu beschimpfen, es „lohnte noch nicht einmal einen Verriß“. Man kann und darf den Studenten nicht vorwerfen, diese Kritik entspränge einer antijüdischen Strömung. Gerade aus den Universitäten, in denen noch vor hundert Jahren die Grundsteine des wissenschaftlichen Antisemitismus gelegt worden waren (einige der Korporationen dürfen noch heute als dessen Träger gelten), kamen nach dem II. Weltkrieg die Stimmen, die den Antisemitismus anprangerten. Studenten und Schüler waren und sind es, die jedes Jahr nach Israel fahren, um in den landwirtschaftlichen Siedlungen (Kibbuzim) mitzuarbeiten. In den kirchlichen, gewerkschaftlichen und nicht gebundenen Akademien wird über die Beseitigung des Antisemitismus diskutiert und um das Verständnis für Israel geworben.

Nicht der Antisemitismus brachte die Studenten zu ihrem Urteil über „Exodus“, sondern jenes literarische und filmische Experimentieren, das uns die gekünstelten, langatmigen, blutleeren und bedeutsam-symbolistischen Versuche wie „Letztes Jahr in Marienbad“

oder „Die Nacht“ besichert hat. Diese immer verunglückten filmischen Versuche und ihre literarischen Pendanten entsprechen offenbar der Geisteshaltung eines gewichtigen Teils der akademischen Jugend. Damit ist die Kluft zwischen einer kleinen Gruppe Intellektueller und dem übrigen Gruppengefüge der Bevölkerungsschichtungen fast unüberbrückbar geworden.

Die Diskussion um Ursachen, Wesen und Beseitigung des Antisemitismus, die die jungen Akademiker auf vielen

Tagungen führen, werden weiterhin nicht jene Medien der Kommunikation und damit der Beeinflussung beachten, deren sich Leon Uris bedient hat. Es würde zu weit führen, kultur- und wissenssoziologisch die hier aufgezeigten Phänomene weiter zu verfolgen. Es sollte jedoch nachdenklich stimmen, daß die Geschichte des jüdischen Volkes und dessen Kampf um Erez Israel bislang so wenig Niederschlag in der Massenbelletristik gefunden hat.

Hilfe für die Entwicklungsländer

ist eine Forderung unserer Zeit

Die Zeitschrift

THE NEW SOCIALIST

erscheint in englischer Sprache in Neu-Delhi und informiert hervorragend über Politik, Wirtschaft und Kultur in Asien und Afrika

Halbjahresabonnement 6,— DM

Zu beziehen durch das

AUSLANDSREFERAT DER SPD, BONN

Friedrich-Ebert-Allee 170

Ein Faß ohne Boden?

Noch vor vier Jahren bemühte sich die Opposition im Bundestag vergeblich, die Regierung dazu zu bewegen, einen nennenswerten Beitrag zur Entwicklungshilfe zu leisten. Damals wurden im Bundeshaushalt ganze 50 Millionen DM für diesen Zweck bereitgestellt. Im vergangenen und in diesem Jahr werden es 5 Milliarden DM sein. Damit ist allerdings für die Sache, um die es hier geht, noch nichts Entscheidendes gewonnen. Nach wie vor fehlt es innerhalb der Bundesregierung nicht nur an einer Koordination der Maßnahmen zur Entwicklungshilfe, sondern vor allem an einer Konzeption.

Was mit dem Geld für die Entwicklungsländer geschieht, bleibt allzu oft mehr als problematisch. Die Nachrichten häufen sich, wonach gesellschaftliche oder politische Führungsgruppen der jungen Staaten sich einen Lebensstil zulegen, der in krassem Gegensatz steht zur Not ihrer Mitbürger. Nicht nur einzelne der Repräsentanten dieser Völker finden an äußerem Pomp, an ordensübersäten Uniformen und an ausgedehnten Weltreisen mehr Gefallen, als es dem moralischen Pathos entsprechen kann, mit dem sie mit Vorliebe in Europa auftreten. Vielleicht hat Nehru durch seine militärische Intervention in Goa nicht nur einen falschen Mythos zerstört, sondern dazu beigetragen, daß die Probleme der Entwicklungshilfe in Zukunft zum Beispiel in der Bundesrepublik nüchterner erörtert werden als das bisher oft geschehen ist.

Wenn wir Entwicklungshilfe geben, dann wollen wir sicher sein, daß diese Entwicklungshilfe den hungernden Menschen in Afrika und Asien zugute kommt und daß sie zum Aufbau einer krisenfesten, am Gemeinwohl orientierten Industrie- und Agrarwirtschaft verwendet wird. Wo diese beiden Ziele nicht erreicht werden können, sollten wir keine Entwicklungshilfe geben. Sonst werden wir bald entdecken, daß es sich um ein Faß ohne Boden handelt. Es

kann und darf nicht um Geschenke gehen, sondern um eine Hilfe zur Selbsthilfe.

Zweitens werden wir offen aussprechen müssen, daß wir die Staaten in Afrika und Asien fördern werden, die bereit sind, die Lebensinteressen des deutschen Volkes in der internationalen Politik zu respektieren. Wir verlangen nicht, daß diese Länder sich gegen die Sowjetunion stellen oder etwa einem westlichen Militärbündnis beitreten. Aber wir haben klar zu machen, daß wir jede Unterstützung der sowjetischen Berlinpolitik durch afrikanische oder asiatische Staaten mit einem Entzug der Entwicklungshilfe beantworten werden. Die Entwicklungsländer erwarten von uns mit Recht, daß wir uns nicht in ihre Außenpolitik einmischen, daß wir ihre Neutralität im Konflikt zwischen Ost und West beachten. Was dem einen recht ist, das ist dem anderen billig. Wir sollten nicht zögern, hier den Begriff der politischen Bedingung dann einzuführen, wenn er angemessen ist. Schließlich hat uns nicht nur Nehru gezeigt, daß ihm das Hemd näher ist als der Rock.

Beziehen wir diese klaren Positionen nicht, dann werden die Milliardenbeträge, die für die nächsten Jahrzehnte allein für eine einigermaßen menschenwürdige Ernährung der afrikanischen und asiatischen Massen aufgebracht werden müssen, wirtschaftlich und politisch vergeblich bereitgestellt worden sein. Das zu hören, wird manchen Diplomaten der Entwicklungsländer nicht angenehm sein. Eine gute Politik gründet sich jedoch auf die Dauer immer auf gemeinsame Interessen und gemeinsame Ideen. Bei der ausgeprägten Selbstachtung, mit der die Repräsentanten Afrikas und Asiens die Bühne der Weltpolitik betreten haben, tut man ihnen gewiß nicht unrecht, wenn man es ablehnt, sie wie unmündige Kinder zu behandeln. Es kann nur eine offene und faire Partnerschaft auch zwischen Deutschland und den Entwicklungsländern geben.

—r.

Die EWG nach ihrer ersten Bewährungsprobe

Nach wochenlangem Tauziehen gelang es dem Ministerrat, sich auf die Grundzüge einer gemeinsamen Agrarpolitik zu einigen und so die Voraussetzungen für den Über-

gang von der ersten zur zweiten Etappe der Übergangszeit der EWG zu schaffen. Mit diesem Übergang ist nun aber nicht nur ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur

Verwirklichung der EWG zurückgelegt worden. Wesentlicher ist die Tatsache, daß jetzt für die restlichen Jahre bis zur vollen Verwirklichung der EWG laut Vertrag eine Automatik in Gang kommt, die den Gemeinsamen Markt spätestens in acht Jahren voll verwirklichen wird. Damit sind alle Unklarheiten über den Erfolg oder Mißerfolg der EWG ausgeräumt; fraglich bleibt lediglich noch der geographische Umfang des künftigen europäischen Wirtschaftsraumes.

Dieser Tatbestand läßt eine kritische Betrachtung des institutionellen Aufbaus der EWG notwendig erscheinen, vor allem im Hinblick darauf, wo denn eigentlich die letzte Entscheidungsgewalt über die künftige Gestaltung der EWG liegt. Schließlich stellt der EWG-Vertrag kaum mehr als eine Sammlung von Verfahrensregeln auf, vor allem regelt er die „Mindestmarschgeschwindigkeit“ der Integration, nach denen dann erst durch politische Beschlüsse eine Ausgestaltung und Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der EWG vorgenommen wird. Schon deswegen geht auch jegliche Kritik am EWG-Vertrag als „Werk der kontinentaleuropäischen Kapitalisten“ (wie einige Labourpolitiker des linken Flügels meinen) daneben, da der Vertrag selbst wertneutral ist und erst seine Ausgestaltung über die künftige politische Ausrichtung der EWG entscheidet.

Die gegebene Struktur des EWG-Vertrages sieht für das Zustandekommen von Entscheidungen in extenso folgende Prozedur vor. Die EWG-Kommission als Exekutive unterbreitet einen Vorschlag, den sie ihrem Fachbeirat, dem Wirtschafts- und Sozialausschuß (in ihm sitzen die Vertreter der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und Unabhängige) zur Begutachtung vorlegt. Wenn dessen Stellungnahme da ist, überreicht die EWG-Kommission ihren (gegebenenfalls geänderten) Vorschlag dem Ministerrat der EWG, der dann das Europäische Parlament konsultiert, d. h. um eine schriftliche Stellungnahme bittet. Wenn die Meinung des Parlaments vorliegt, entscheidet der Ministerrat endgültig, ohne dabei jedoch an die Stellungnahme des Parlaments gebunden zu sein. Damit wird deutlich, daß die Autoren des EWG-Vertrages dem Europäischen Parlament kaum mehr als die Rolle eines politisch-parlamentarischen Fachbeirats des Ministerrates zugeacht haben, und die Arbeit des Parlaments auch nur in diesem Rahmen für die Gestaltung der EWG wirksam wird.

Die Legislativmacht liegt also allein in den Händen des Ministerrates. Er entscheidet in den ersten zwei Etappen der Übergangszeit, also noch für wahrscheinlich weitere vier Jahre, bei allen wesentlichen Fragen einstimmig darüber, ob und wie europäische

Gesetze verabschiedet werden, die ihrerseits nach ihrer Annahme laut EWG-Vertrag direkt zu nationalem Recht werden und eine Mitarbeit der nationalen Parlamente an der Gestaltung Europas ausschließen. Mit zunehmender Verwirklichung der EWG wird dann das Prinzip der qualifizierten Mehrheiten im Ministerrat immer mehr Platz greifen und einzelnen Mitgliedstaaten auch gegen ihren Willen nationale Souveränitätsrechte entziehen können.

So gehen also in der EWG immer stärker parlamentarisch unkontrollierte Legislativrechte auf den Ministerrat, eine Versammlung von Vertretern nationaler Exekutiven, über. Das bedeutet aber nicht nur eine Gefahr für den Bestand unserer parlamentarischen Demokratie, der nur durch eine Übertragung von realen Befugnissen an das Europäische Parlament zu begegnen wäre. Das Tauziehen um die gemeinsame Agrarpolitik im Ministerrat hat auch deutlich gemacht, daß dieser nur schwer die ihm obliegende Aufgabe der Wahrung nationaler Interessen mit der Notwendigkeit europäischer Entscheidungen vereinigen kann.

So wurde die Debatte um die gemeinsame Agrarpolitik seit dem Frühjahr 1960 zwischen der EWG-Kommission, dem Europäischen Parlament und den Interessierten mit wachsender Intensität geführt. Die vertraglich geforderten Stellungnahmen lagen rechtzeitig vor, doch der Ministerrat begann erst zu Weihnachten 1961 ernsthaft zu begreifen, daß er nun wohl eine Entscheidung zu fällen habe. Dabei ließ er alle geleisteten Vorarbeiten weitgehend unbeachtet. Nimmt es da wunder, daß es vieler Wochen und des Einsatzes der nationalen und supranationalen Agrarbürokratien bedurfte, um endlich einen Kompromiß zu finden, der sich im übrigen in der täglichen Praxis erst noch zu bewähren haben wird?

Auf anderen Sektoren, auf denen europäische Entscheidungen ebenfalls immer dringlicher werden (man denke nur an eine gemeinsame Energie-, Konjunktur- und Handelspolitik der EWG), verfügen wir zudem nicht über die gleichen Voraussetzungen zum Erfolg wie bei der Agrarpolitik. Diese Sektoren der Wirtschaftspolitik sind nicht besonders im Vertrag genannt, nicht an Fristen gebunden und werden sicherlich nicht von einem Teil der Mitgliedstaaten zu einer „conditio sine qua non“ des weiteren Fortschritts in der EWG gemacht werden.

Eine gleichmäßige Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik der EWG wird deswegen nur möglich sein, wenn die Basis, auf der Entscheidungen in der EWG gefällt werden, verbreitert wird. Nur wenn das Europäische Parlament mit an der Verantwortung für Europa beteiligt wird, kann es durch seine Aktivität den Ministerrat zu Entscheidungen zwingen. Eine Übertragung

von Befugnissen an das Europäische Parlament stellt also nicht nur eine Rückkehr zum Parlamentarismus dar. Gleichzeitig kann nur so die gleichmäßige wirtschafts-

politische Ausgestaltung der EWG gesichert werden, die ihrerseits erst aus einem reinen „Zollverein“ ein integriertes Wirtschaftsgebiet schafft. F. C.

Öffnung nach links

Die Democrazia Cristiana Italiens hat auf ihrem VIII. Parteitag in Neapel nach offener Debatte über den künftigen Kurs der Politik entschieden. Damit hat sie ein Beispiel für innerparteiliche Demokratie gegeben, das sonst konservative Parteien selten liefern; Parteitage etwa der CDU sind auch im Urteil Wohlmeinender kaum mehr als Demonstrationen (ein Politiker der CDU, der am Parteitag in Italien als Gast teilgenommen hatte, faßte denn auch seinen Eindruck in dem Stoßseufzer zusammen: „Nie wieder Neapel!“).

Wichtiger noch als der Modus ist die Entscheidung von Neapel in der Sache. Man beschloß eine „Öffnung nach links“. Die Mehrzahl der italienischen Christlichen Demokraten meinte, durch die bisherigen Bindungen an die monarchistischen und neofaschistischen Rechtsgruppen bei den unausweichlich gewordenen Sozialreformen behindert zu werden. Allein bringt die Democrazia Cristiana dafür nicht die notwendige Stimmenzahl und vor allem nicht die Kraft auf, zumal ihr rechter Flügel Reformen jeder Art verabscheut. Deshalb wurden die Warnungen von Scelba und Andreotti, die von den Gefahren einer „Volksfront“ sprachen, in den Wind geschlagen. Man vertraute lieber auf die bekannte Neigung Nennis, eventuell ein sozial ausgerichtetes Koalitionskabinett aus Christlichen Demokraten, Sozialdemokraten und Republikanern zu unterstützen.

Pietro Nenni „Sozialistische Partei Italiens“ hat lange Zeit einen gefährlichen Drang zur Zusammenarbeit, ja zu einer Fusion mit den Kommunisten gezeigt. Deswegen sah sich im Januar 1947 Saragat, der ehemalige Präsident der „Konstituante“, zur Sezession gezwungen, er gründete die „Italienische Sozialistische Arbeiterpartei“. Nenni aber erkannte bald: „Ich habe geirrt... Ich dachte, daß es unmöglich sei, die Arbeiterklasse ohne Führung mit der kommunistischen Partei zu organisie-

ren.“ Schon seit 1955 erwog der von Stalin enttäuschte Nenni eine Art von italienischem Labourismus. Und im März 1961 schließlich wurde in der Partei Nenni nur noch darüber diskutiert, ob man von den Christlichen Demokraten eine „Öffnung nach links“ oder mehr, nämlich einen „Linksruck“, fordern solle. Daß jedenfalls mit den Massen des italienischen Volkes ohne doktrinäre Vorbehalte zusammengearbeitet werden müsse, war jetzt nahezu allen Sozialisten klar.

Was will nun Fanfani mit Unterstützung Nennis tun? Moro, der Parteisekretär der Democrazia Cristiana, gab in Neapel vorerst nur eine Skizze des Geplanten. Er versicherte, daß die Privatwirtschaft nicht durch eine totale Planwirtschaft ersetzt werden solle, sondern daß man private und staatliche Wirtschaft zu „koordinieren“ gedenke. Moro bekannte sich zur NATO, wenn auch mit dem Zusatz, daß Italien auf dem Recht bestehen wolle, „im Rahmen der Atlantischen Gemeinschaft für die Förderung des Friedens und der Entspannung zu wirken.“ Das genügte vielen auf dem Kontinent, das „gefährliche Experiment der DC“ zu tadeln. Aber es war eher ein notwendiges Wagnis.

Gewiß bleibt es eine Versuchung für die Sozialisten Nenni, durch regionale Bündnisse mit den Kommunisten — für die vor allem im industrialisierten Norditalien Möglichkeiten gegeben sind — ihre Macht auszuspielen. Aber Nenni wird wenig davon halten, nachdem er zur Kenntnis genommen hat, daß der Kommunismus heute kaum mehr sein kann als die „Reaktion von links“. Und wenn die Democrazia Cristiana die „rechte Reaktion“ in Schach hält, wird die Chance des Wagnisses von Neapel groß genug sein. Jetzt schon ist zu bemerken, daß man sich in Italien nicht mehr in erstarrten Fronten gegenübersteht, sondern wieder diskutiert.

1d

Pläne für Berlin

Als der amerikanische Justizminister Robert Kennedy kürzlich Berlin besuchte, da beeindruckte ihn nach seinen Aussagen zweierlei: der ungebrochene Lebenswille dieses Stadtvolkes inmitten einer feindseligen Umwelt, und die klaren Pläne, an denen Berlin sich seit der Errichtung der Mauer zu orientieren begonnen hat. Das erste Kompliment enthielt für die Berliner

nichts Neues — in diese oder jene Worte gefaßt, ist es ihnen nahezu von allen Besuchern gemacht worden. Das zweite ist wichtiger. Es beruht auf einem Tatbestand, der bisher in der Bundesrepublik viel weniger Aufmerksamkeit gefunden hat, als er verdient. Berlin hat seit Errichtung der Mauer seine bis dahin wichtigste Aufgabe verloren:

eine Brücke zum anderen Teil Deutschlands sein zu können.

So kam es zu dem Plan, den der Regierende Bürgermeister Brandt so umrissen hat:

1. Berlin muß als Industriezentrum noch stärker ausgebaut werden;
2. Berlin muß das Hochschul- und Kulturzentrum Mitteleuropas werden;
3. In Berlin müssen sich alle Fäden der pädagogischen und kulturellen Tätigkeit im Bereich der Entwicklungshilfe vereinigen.

Das sind Ansprüche, zu deren Realisierung es natürlich auch einer energischen Hilfe der Bundesregierung bedarf. Bisher besteht kein Grund zu befürchten, daß diese Hilfe verweigert wird. Bonn möchte der eigentlichen Hauptstadt, deren Bevölkerung infolge ihrer ungünstigen Altersstruktur eine kräftige Zufuhr jungen Blutes braucht, durch Steuervergünstigungen unter die Arme greifen; in Bonn besteht auch die Bereit-

schaft, in anderen Bereichen das Nötige zu tun.

Der Bundestag hat sich gerade im März in einer Debatte über eine Große Anfrage der SPD dafür eingesetzt, die Ausgestaltung der Stadt zu einem Zentrum der wissenschaftlichen Forschung zu fördern. Woran es — leider — immer noch mangelt, das ist das richtige Verständnis für die besondere Berliner Situation bei einem Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik. Eine Umfrage hat jetzt ergeben, daß eine nennenswerte Minderheit von 30 v. H. der Westdeutschen kein Verständnis für die Steuer- und Sozialversicherungsvergünstigungen in Westberlin erkennen ließ; nur 43 v. H. stimmten diesen Maßnahmen zu. Dies ist ein Hinweis darauf, daß unsere Mitbürger zwar im allgemeinen über die großen politischen Ereignisse um Berlin Bescheid wissen, keineswegs aber mit den Widrigkeiten vertraut sind, die mit dem Alltagsleben in Westberlin verbunden sind.

ky

Freiheit in München und Warschau

In München durfte ein Essay des polnischen Philosophen Kolakowski nicht verlesen werden; der Beitrag machte unter dem Titel „Katholizismus in einem kommunistischen Land“ darauf aufmerksam, daß der kämpferische Atheismus immer nur den „dumphen, fanatischen“ Katholizismus sehe, aber verkenne, daß es eine individuell erworbene, aufgeklärte und offene Katholizität gibt, der mit den Mitteln des 19. Jahrhunderts nicht beizukommen sei.

Die katholische Presse (mit Ausnahme der „Frankfurter Hefte“, der „Werkhefte“, des „Sonntag“ und der „Münchener Katholischen Kirchenzeitung“) stürzte sich auf den Fall Szczyzny, der die Sendung hatte bringen wollen und der Autor des Buches „Die Zukunft des Unglaubens“ ist, wurde als rabiaten Atheist hingestellt. Kolakowski sagte man nach, er habe sich „seine Stellung an der Universität Warschau mit Treuebekenntnissen zu den Unterdrückungsmaßnahmen der kommunistischen Machthaber erkaufte“.

Tatsächlich ist Szczyzny ein von Christen beider Konfessionen geschätzter Gesprächspartner, dessen „Ich kann nicht glauben“ wohlthuend ehrlich ist in einer Welt des Konventionschristentums. Und Kolakowski ist als ein Wortführer des polnischen „Oktober 1956“ bekannt und

geachtet, wenn auch nicht bei den Funktionären der polnischen Kommunisten. Er hält nämlich Polen und aller Welt immer wieder sein humanistisches Credo entgegen.

Kurz nachdem die Kolakowski-Sendung in München abgesetzt war, verbot der Erste Sekretär der polnischen KP ein Stück, das auf dem Warschauer Spielplan stand. Darin wurden inhumane Tendenzen im kommunistischen Machtbereich durch den Vergleich mit dem fanatisch-religiösen Dogmatismus angeprangert. Autor: Kolakowski.

In einer großen Kundgebung des Warschauer Debattierklubs „Schräger Kreis“ wandten sich Dichter, Wissenschaftler und Wirtschaftler gegen die Einengung der Meinungsfreiheit. Mit Jubel wurde die Mitteilung aufgenommen, daß der Verfasser des verbotenen Stücks den diesjährigen Literaturpreis erhalten habe.

Auch in der Bundesrepublik erhoben sich Stimmen von Gewicht wegen der abgesetzten Sendung in München. Die repräsentativ-katholische „Herder-Korrespondenz“ würdigte den in München abgesetzten Essay in ihrem Januarheft sehr ernsthaft und wünschte, daß Kolakowskis Thesen Eingang finden möchten in die Beratungen des kommenden Konzils.

Werden sich die Mächtigen hier wie dort an den Rat der Einsichtigen halten? id

Der „Fall Bucarius“

Die Illustrierte „Der Stern“ sollte boykottiert und ihr Verleger, der evangelische Bundestagsabgeordnete der CDU, Gerd Bucarius, aus der Partei ausgeschlossen werden. Das forderten katholische Verbände, Zeitungen und Studentengruppen.

Der „Stern“ hatte sich dadurch mißliebig gemacht, daß er von einem Streit zwischen Dominikanern und Jesuiten berichtete. Es ging dabei darum, ob den Gläubigen die Hölle in schreckhaften Gleichnissen dargestellt oder ob sie schlicht als „Abstand der Seele von Gott“ erklärt werden sollte.

Die Unterscheidungen der „Stern“-Reportage zwischen offenem und geschlossenem Katholizismus, zwischen Freiheits- und Gehorsamspredigt waren nicht zu bestreiten. Die Form des Berichts war allerdings zu beanstanden. Die Proteste jedoch machten keinen Unterschied zwischen Form und Sache. Und von den Protestanten in der CDU kam

niemand Bucarius zu Hilfe. Gerhard Schröder, der Leiter des Ev. Arbeitskreises in der Partei, sowieso nicht; Gerstenmeier war — wieder einmal — in Afrika. Und Osterloh, der sonst schon mal ein Wort wagt, ließ nichts verlauten.

Trotzdem war es überraschend, wie schnell die erbosten Katholiken ihr Ziel erreichten. Der Bundesvorstand der CDU machte sich zum Anwalt „verletzter religiöser Gefühle“ und legte Bucarius den Abschied nahe. Als Bucarius darauf entgegenete, daß der Schutz religiöser Gefühle nicht Parteisache sei, hatte er den Austritt aus der Fraktion und Partei bereits vollzogen.

Die Mahnung an die CDU, die vom „Sonntagsblatt“ kam, traf den Kern der Sache. Man könne nicht gut einen Bucarius verurteilen, schrieb das Blatt, wenn man einen Kapfinger ungeschoren lasse. id

Reform der CDU?

Die Christlichen Demokraten haben beschlossen, einen ihrer gewichtigsten Politiker zum geschäftsführenden Parteivorsitzenden zu wählen. Josef Hermann Dufhues, der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, gibt sein Ministeramt auf, um sich seinem neuen Parteilamt zu widmen. Der Vorgang ist in mancher Hinsicht bemerkenswert. Dufhues hat mit dem Verzicht auf das Amt des Innenministers in Nordrhein-Westfalen eine Entscheidung gefällt, die den landläufigen Erwartungen vom Verhalten eines Politikers nicht entspricht. Im allgemeinen hofften führende Politiker bisher, irgendwann einmal als Minister Einfluß auf die Exekutive des Staates zu gewinnen. Dufhues dagegen gibt sein Amt auf, um sich der Organisation und Führung der CDU zu widmen. Wir entnehmen daraus, daß ihm offenbar ebenso wie anderen Beobachtern des Machtgefüges in den modernen Demokratien klar geworden ist, wie wenig ein Minister, zumal in dem begrenzten Rahmen eines Bundeslandes und unter den besonderen verfassungspolitischen Aspekten des Grundgesetzes, noch das betreiben kann, was man im eigentlichen Sinn Politik nennen könnte. Die Kräfte unserer Landesminister werden weiterhin von Aufgaben der Verwaltung absorbiert, zur Gestaltung bleibt ihnen wenig Zeit und Spielraum.

Die CDU möchte mit der Stärkung und Straffung ihrer Organisation erreichen, daß sie, wie die SPD, eine Mitgliederpartei wird. Das wird man grundsätzlich im Interesse der Demokratie begrüßen müssen, denn eine Partei mit einer großen Zahl von

Mitgliedern hat es leichter, sich den Wünschen von Interessengruppen zu verschließen. Aber die Christlichen Demokraten werden sehr bald merken, daß sich diese Aufgabe mit der Berufung eines tatkräftigen Vorsitzenden allein nicht lösen läßt. Sie haben allzu lange den Typ des bloßen Wahlbürgers als Leitbild propagiert, der alle Jahre einmal an die Wahlurne geht und ansonsten die Politik den von ihm gewählten „Führern“ überläßt. Der Parteibürger dagegen ist im soziologischen Hinterland der CDU (mit Ausnahme der katholischen Laienorganisationen) eine Figur, die auf wenig Sympathien hoffen darf, insbesondere unter den evangelischen Wählern der CDU. Das Ergebnis eines Versuchs der CDU, mehr Mitglieder zu gewinnen, dürfte somit bei Lage der Dinge ein zunehmendes Übergewicht des katholischen Flügels sein. Man wird kaum annehmen können, daß diese Wirkung unbeabsichtigt hingenommen wird.

Schließlich verbindet die CDU mit ihrer Partaireform die Hoffnung, auf diese Weise an politischer Schlagkraft zu gewinnen und die absolute Mehrheit im Bund wieder zu erreichen. Merkwürdigerweise scheinen viele Publizisten und Politiker diese Erwartung für schlüssig zu halten. Der Glaube an die Schlagkraft von politischen Organisationen ist hierzulande noch weit verbreitet, aber er findet wenig Stützen in der Wirklichkeit. Die Allmacht einer politischen Organisation gibt es nur in totalitären Staaten, wo die Partei Mittelpunkt und Motor allen Geschehens ist. In der Demokratie dagegen hängt die Wirkungskraft

von politischen Organisationen weniger von der Zahl ihrer Mitglieder als von dem Grad der innerparteilichen Demokratie ab. Und da die CDU in weiten Teilen ihrer Führung einem autoritären Leitbild anhängt (keineswegs nur bedingt durch die Eigenwilligkeit Konrad Adenauers), wird sie erfahren müssen, daß eine größere Zahl von Mitläufern kein Mehr an politischer Schlagkraft bedeutet. Wenn die Christlichen

Demokraten dieses Ziel ernsthaft anstreben wollen, müssen sie ihren Mitgliedern eine wirkliche Mitverantwortung einräumen und ihnen eine Chance der politischen Mitgestaltung geben. Wir fürchten, daß die CDU sich dazu kaum wird entschließen können. Und so wird Josef Herrmann Dufhues ein hölzernes Eisen schmeden. Er wird dabei keine Funken schlagen können. —r.

„Schattenetat“

Schon in den ersten Monaten des parlamentarischen Alltags in Bonn ist es den Sozialdemokraten gelungen, mit Geschick den Alternativen Wirksamkeit zu verleihen, die sie in der Innenpolitik anzubieten haben. Die ersten sozialpolitischen Vorstöße der Opposition richteten in der Koalition mehr Verwirrung an, als man erwarten konnte. Und spätestens am 22. Februar, als Bundesarbeitsminister Blank die Große Anfrage der SPD unbeantwortet ließ und es zu dem ungewöhnlichen Schauspiel einer Debatte ohne Partner kam, wurde das eine deutlich: Das Regierungsprogramm der SPD, das Willy Brandt im April 1961 in der Bonner Beethovenhalle der Öffentlichkeit übergeben hatte, ist zwar nicht verbindliche Grundlage für die Richtlinien der Politik bis 1965 geworden, dafür hat es aber die Wirkung eines Zeitzünders. Es wird keineswegs in den Archiven verstauben. Auf Jahre hinaus dürfte dieses Programm bei den innenpolitischen Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle spielen.

Mit den sozialpolitischen Fragen sind die interessanten Probleme der Innenpolitik keineswegs erschöpft. In dem Teil des Regierungsprogramms der SPD, der sich mit den Gemeinschaftsaufgaben befaßt, sind noch viele andere Aufgaben genannt. Willy Brandt hat 1961 — während seiner Deutschlandreise — versucht, der Bevölkerung klarzumachen, daß es sich dabei nicht um ein „Jedermannsprogramm“ handele, sondern um das Ergebnis einer neuen Auffassung von den Notwendigkeiten der Politik; einer Auffassung, die im Gegensatz zu der allzu konservativen Perspektive der jetzigen Regierungsparteien steht. Gegenwärtig hat Brandt dabei auf den Amerikaner Galbraith und seine These von dem Widerspruch zwischen wachsendem privatem Wohlstand und — gemein-

sen an den Aufgaben — steigender „öffentlicher Armut“ als dem wirklichen Problem der hochentwickelten Industriestaaten hingewiesen. Gesundheitspolitik, Alterssicherung, Schutz der Menschen in unverschuldeten Notfällen, Kampf dem Chaos auf den Straßen, Förderung von Wissenschaft und Bildung, Ausgleich der Verzerrungen auf der Wohlstandsskala — das sind ein paar Richtpunkte dieses Programms. Es geht um die richtigen Prioritäten in der innenpolitischen Entwicklung.

Nun meinen wir, daß dieser Gegensatz zwischen der nach einem wohlgedachten Programm vorgehenden Opposition und dem Verhalten der Regierungskoalition, die wegen ihrer internen Meinungsverschiedenheiten noch lange Zeit (vielleicht volle vier Jahre) in diesen Fragen richtungslos zwischen mühselig herbeigeführten Kompromissen hin- und herpendeln wird, immer in so klassischer Weise zu Tage treten sollte wie anläßlich der letzten sozialpolitischen Anfragen der SPD. Eben deshalb sollte die Oppositionspartei noch ein weiteres tun: Sie sollte in jedem Jahr so etwas wie einen „Schattenhaushalt“ aufstellen, einen Haushalt in großen Zügen, wie sie ihn als Mehrheit nach den eigenen Vorstellungen von den Prioritäten gestalten würde, und in der Form möglichst konkret gefaßt — einschließlich der Deckungsvorschläge.

Mit diesem Schattenetat würde die Opposition zweierlei erreichen: Einmal könnte sie die Öffentlichkeit direkt auf ihre Alternativen in der Innenpolitik aufmerksam machen; zum anderen könnte sie den Vorwurf entkräften, sie treibe eine Politik, die sie nur als Opposition, nicht aber als Regierungsmehrheit verantworten könnte. Bei den Beratungen des Bundeshaushalts 1963 sollten die Sozialdemokraten das tun.

ky

Schlechte Akustik in Bonn

In Bonn soll wieder gebaut werden. Zwar hat das Bauen in den letzten Jahren niemals aufgehört, weil das Verteidigungsministerium als Nachzügler Räume brauchte, aber ein vom Bundestag am 3. Oktober 1956 beschlossener Baustopp dämmte seitdem die Bauwut der Ministerialbürokratie ein. Die Feststellung, daß aus ursprünglich veranschlagten 3,8 bis 1956 insgesamt 237 Millionen DM geworden waren, gab den Abgeordneten damals den Mut, ein „Halt“ zu setzen. Aber es kam noch ein zweiter Grund hinzu. Der Oktober 1956 war jener Monat, der in Polen den „Frühling“ brachte, in Ungarn die Revolution und in Rußland das Tauwetter. In Bonn schickte man den Bundesfinanzminister nach Pankow, um das dortige Klima zu prüfen, und der Bundestag proklamierte mit vielen schönen Worten Berlin zur deutschen Hauptstadt, was es zwar schon vorher gewesen war, aber nun auch mit dem Segen von Bonn sein sollte. Ein internationaler Wettbewerb „Regierungsviertel Berlin“ wurde ausgeschrieben, und man ging daran, aus der Reichstagsruine den Schutt wegzuräumen. Das ist jetzt alles schon Geschichte. Am Reichstag wird so zögernd gearbeitet, daß der Bundestagspräsident nicht so bald in die Verlegenheit kommt, entscheiden zu müssen, was er mit einem Parlamentsgebäude in Berlin anfangen soll. Was dagegen ein ordentliches Bautempo ist, hat im Herbst 1961 Ulbricht gezeigt, dessen Mauer unmittelbar die Ostseite des Reichstages berührt. Diese Mauer nun ist es, die in Bonn einigen Leuten das Startzeichen zum angültigen Ausbau des bisherigen „Provisoriums“, zur Errichtung „einer der schönsten Hauptstätte Europas“ gibt. Sprach der Bundestag 1956 das letzte Wort, so spricht diesmal sein Vorstand das erste. In einer Größenordnung von mindestens 10 Millionen DM will das Parlament einen neuen Plenarsaal bauen, dazu noch einige Büroflügel. Auf dieses Startzeichen wartet die Ministerialbürokratie, die mehrere Ministerien von Grund auf neu und ein Regierungsviertel zwischen Bonn und Godesberg errichten will, das zugleich mit einem neuen Bahnhof die Protokollbeamten von ihrem jahrelangen Alpdruck erlösen soll, wie das

Ehrenbataillon ordnungsgemäß für die um Entwicklungshilfe nachsuchenden Staatsoberhäupter aus den tropischen und subtropischen Zonen zu placieren ist.

Es hat keinen Sinn, über Einzelheiten zu streiten. Ein Arbeitszimmer für jeden Abgeordneten ist von der Sache her ebenso gerechtfertigt wie größere Aktenschränke für die Ministerialräte. Aber es gibt einen Punkt, da schlägt Quantität in Qualität um. Die Akustik im Bundestags-Plenarsaal mag in der Tat verbesserungsmöglich sein, wie der Abgeordnete R a s n e r dem Westdeutschen Rundfunk sagte. Auch der nordrhein-westfälische Landtag am Düsseldorfer Schwanenspiegel könnte einen besseren Plenarsaal gebrauchen, denn man baut 1962 eben technisch vollkommener als 1948 oder 1949. Das Geld ist da, warum also wird gezögert?

Käme einer unserer Landtage auf den Gedanken, seine Nachkriegskonstruktion gegen ein moderneres Modell einzutauschen, die Öffentlichkeit würde die Bauherrn steinigen. Und das mit Recht. Seine Behausung alle paar Jahre abzureißen und neu zu errichten, wie man seinen Anzug wechselt, ist das Gebaren des Mannes ohne Stil. Wie sieht das Ende aus, wenn sich Vance Packards These der „planmäßigen Obsoleszenz“, jenes forcierten Ersatzes von alt durch neu einiger technischer Mätzchen wegen, bei unseren Verwaltungsbauten durchsetzt? Wenn aber schon: Ob dann nicht Krankenhäuser und Schulen den Anfang machen sollten?

Aber das politische Argument müßte den Ausschlag geben. Noch einmal 100 Millionen Bonner Baukosten, wozu der Bundestagsneubau unweigerlich den Anstoß geben würde, wären ein Polilikum, an dem die Ernsthaftigkeit der Wiedervereinigungsreden gemessen werden würde. Neue Repräsentativbauten in Bonn würden den West-Berlinern zeigen, daß die Zukunft am Rhein liegt. Solange die Mauer die Hauptstadt des Landes zerreißt und täglich das Elend der Trennung erzeugt, werden in Bonn auch die Abgeordneten im zwölf Jahre alten Plenarsaal ausharren und die Ministerialräte in ehemaligen Kasernen verwalten können.

U. D.

Heinrich und Thomas Mann

Von Prof. Alfred Kantorowicz, München

I.

Wenn von den persönlichen, literarischen und weltanschaulichen Beziehungen der Brüder Heinrich und Thomas Mann die Rede ist, so wird man in Deutschland vielfach geneigt sein, an ihre Verschiedenartigkeit und ihre Gegensätze zu denken.

Es gab vor und während des ersten Weltkrieges die breite Gemeinde, die den noch jugendlichen Dichter der „Buddenbrooks“, des „Tonio Kröger“, des „Tod in Venedig“ und des Essays „Friedrich und die große Koalition“ weit über seinen weniger bekannten Bruder stellte, dessen gesellschaftskritische Romane in seinen eigenen Worten nur unter der leisen Zustimmung und der lauten Ablehnung von etwa 2000 Menschen gelesen wurden, ein Geschick, das mit einem mächtigen Bogen über ein halbes Jahrhundert hinweg in diesem Teil Deutschlands bis in unsere Zeit hinein reflektiert.

Nach dem ersten Weltkrieg, vielmehr schon vor seinem Ende, wurde jedoch Heinrich Mann zum Idol für Massen deutscher Leser. Ursprünglich im Jahre 1917 wurden von den sechs Romanen seiner Frühzeit dreiviertel Millionen Exemplare verkauft, und als der bei Ausbruch des ersten Weltkrieges beendete und verständlicherweise von der Kriegszensur unterdrückte Roman „Der Untertan“ 1919 erschien, gab es für die literarisch und politisch neu empfängliche Jugend nur noch Heinrich Mann, während sein Bruder für einige Jahre und sehr zu Unrecht, wie wir glauben, als quasi biedermeierischer unmoderner Erzähler und geistig womöglich gar als Reaktionär abgetan werden sollte. Auch heute noch will das Feldgeschrei: hie gut Thomas allewegel und hie Heinrich Mann! bei denen, die von Wert und Bedeutung der Brüder Kenntnis nehmen, nicht verstummen. Seltsam genug: denn Übereinstimmungen in Lebensgefühl und geistiger Haltung der Brüder sind dauerhafter als ihr zeitweiliger Konflikt im ersten Weltkrieg, der zum Ausgangspunkt des Widerstreites der öffentlichen Meinung in ihrer Wertsetzung wurde. Man hat seither zu meist die Unterschiede zwischen ihnen bemerken wollen. Gegen dieses Vorurteil, oder sollte man nicht eher sagen: diese

Legendenbildung, hat Thomas Mann selber sich ein Jahr vor seinem Tode in einem Brief an mich mit zornigem Spott gewendet. Die Deutschen, schrieb er, „müssen uns immer gegeneinander ausspielen und streiten, wer der ‚Eigentliche‘ sei. Der ‚Eigentliche‘ wäre wohl der Mann gewesen, den die Natur aus uns beiden hätte formen sollen“.

Heinrich Mann und Thomas Mann. Wir legen den Akzent auf das „und“. Gewiß, wie tief und über alle Wechselfälle hinweg dauerhaft die persönliche und geistige Bindung der Brüder zueinander war, hat man zu ihren Lebzeiten nur aus privaten Äußerungen im engsten Familien- oder Freundeskreis erfahren können. Erst durch die vor einigen Jahren aus dem Nachlaß Heinrich Manns von mir veröffentlichten Jugendbriefe Thomas Manns an seinen Bruder wissen wir einiges mehr über ihre gemeinsamen Jugenderlebnisse vor dem ersten Weltkrieg, über die persönliche Schmerzlichkeit des weltanschaulichen Konfliktes im ersten Weltkrieg und über die bald danach erneuerte, bis zum Ende des Lebens während enge Beziehung.

II.

Diese Jugendbriefe sind beweiskräftig nicht allein für die persönliche Verbundenheit der beiden großen Schriftsteller, sondern auch für die Gleichstimmigkeit ihres Lebensgefühls. Das schmerzliche Bekenntnis des bedrängenden Zwiespalts zwischen Kunst und Leben, das der 25jährige Thomas Mann dem Bruder im Brief vom 13. Februar 1901 macht, ist das Grundmotiv nicht nur seiner eigenen frühen Erzählungen, „Tristan“ und „Tonio Kröger“, sondern auch der Novellen Heinrich Manns: „Pippo Spano“ und „Die Branzilla“. Die ergreifende Klage des Briefes: „Ach, die Literatur ist der Tod!... Mir graut vor dem Tage, und er ist ja nicht fern, wo ich wieder allein mit ihr eingeschlossen sein werde, und ich fürchte, daß die egoistische Verdübelung und Verkünstelung dann rasche Fortschritte machen wird...“, entspricht der Selbstqual, die Heinrich Mann dem Helden seiner Novelle „Pippo Spano“, Mario Malvolto, in den Mund legt: „Ich muß an

meiner Seele sparen, damit andere sich mit ihr berauschen können. Je mehr ich Leben austelle, desto ärmer muß mein eigenes werden"; und Tonio Krögers „verstohlene und zehrende Sehnsucht... nach den Wonnen der Gewöhnlichkeit!..." hat ihre Entsprechung im Aufschrei der Branzilla, die über ihrer Kunst das Leben verloren hat: „Ich sehne mich aus meiner Heiligkeit nach deinem gemeinen Wandel, nach deiner Gutherzigkeit und Niedrigkeit, nach deinem Schmutz, nach deinem gewöhnlichen Schmutz. Ich liebe dich! Immer liebte ich dich aus Sehnsucht nach Erniedrigung, guter, warmer Erniedrigung!“

Wie in jeder echten geistigen und menschlichen Beziehung war der Briefwechsel der Brüder Geben und Nehmen. Sie teilten sich einander mit, bekannten ihre schöpferischen Probleme, ihre Nöte, besprachen ihre Arbeitspläne, suchten wechselseitig Rat, erbaten Kritik, ermutigten einer den anderen, regten einander an. Ein köstliches Beispiel für sogar unmittelbare literarische Ergebnisse ihrer Mittellungen sind die Briefe, in denen Thomas Mann von der tragikomischen Episode seiner Entlassung aus dem Militärdienst berichtet und somit — was bislang vermutlich unbekannt geblieben ist — einen Beitrag zum „Untertan“ geleistet hat.

III.

Die von mir herausgegebenen Briefe und Postkarten beginnen mit dieser unter dem Datum vom 25. November 1900 an den in Italien weilenden Bruder gerichteten Schilderung der Schrecknisse des Rekruten Thomas Mann. Man kann sich wohl vorstellen, wie gerade er mit seiner nervlich und körperlich empfindsamen Beschaffenheit unter dem Kasernenhofdrill gelitten haben muß, und lese aus den ironischen Wendungen nicht nur die groteske Komik des Vorganges der Dienstbefreiung heraus. Wie tief beängstigend ihm die bloße Möglichkeit einer abermaligen Einziehung erschien, geht aus dem späteren Brief vom 7. März 1901 hervor, in dem es heißt: „... ob ich zum Beispiel... Die Wiederholung des Militärdienstes aushalten werde, ist eine Frage, die mich selbst unruhigt.“ Auch die Briefe vom 17. Dezember 1900 und vom 29. Dezember 1900 sind noch unter dem Alpdruck des „fürchterlichen Handels mit Dr. von Staat“ geschrieben. Hernach ist für viele Jahre von der Episode in den Briefen nicht mehr die Rede, bis im Jahre 1912 auf eine Anfrage des Bruders hin, der damals am „Untertan“ arbeitete, noch einmal, aus sicherer Entfernung, mit ironischem Akzent Bericht davon gegeben wird, wie die Entlassung des in jedem Betracht für den kaiserlichen Kommiß „untauglichen“ Rekruten Thomas Mann sich seinerzeit vollzogen hat.

Aber diesen Bericht kennen wir ja aus dem „Untertan“. Da findet er sich nämlich teilweise wortwörtlich wieder. In der Tat hatte sich Heinrich Mann wesentlicher Partien des Briefes für die Schilderung des technischen Vorganges der Militärdienstentlassung seines Diederich Heßling bedient. Durch die Anwendung der gesellschaftlichen Hilfsmittel, die dem wahrhaftig für den Kommiß untauglichen Thomas Mann die Freilassung rechtens erleichterten, auf den ganz entgegengesetzten Fall des strammen und forschen, durchaus diensttauglichen Untertanen wird die Komik des Vorganges um so drastischer. Auch die Episode mit dem überscharfen Hauptmann, von der Thomas Manns Brief berichtet, findet sich im „Untertan“ wieder; Thomas Mann selber hatte ja den Bruder mit den Worten „Auch etwas für Dich“ darauf hingewiesen.

IV.

Doch Rankenwerk beiseite: Bemerkenswert sind in den frühen Briefen Thomas Manns an den Bruder die überstrengen Maßstäbe, die er an sein Werk legte. Das Äußerste, was ihm sein Selbstbewußtsein in der Bewertung des noch nicht vom Verlag angenommenen Manuskriptes der „Buddenbrooks“ gestattet, ist der Satz: „Ich weiß so sicher, daß Kapitel darin sind, wie sie heute nicht jeder schreiben kann.“ Dennoch zweifelt er, daß sein (seit einem halben Jahrhundert als eines der Meisterwerke der Weltliteratur erkanntes) Erstlingswerk überhaupt erscheinen werde. „Würde ich nur, was mit den ‚Buddenbrooks‘ werden wird!“ klagt er in Unruhe. Noch schwieg der Verleger S. Fischer, und der jugendliche Autor wagte nicht zu mahnen aus Furcht, den „Wechselbalg“ sofort wieder ins Haus zu bekommen. „... Wenn nun niemand das Buch haben will? Ich glaube, ich würde Bankbeamter. Ich habe manchmal solche Anwendungen.“

Auch nach der Annahme des Manuskriptes durch einen der führenden deutschen Verlage bleibt er skeptisch in Hinsicht auf den zu erwartenden Erfolg des Romans. Die Genugtuung, die er verständlicherweise nach Fischers Mitteilung empfand, daß die „Buddenbrooks“ unverkürzt, „wahrscheinlich in drei Bänden“ erscheinen werden, küferte er in einem Brief vom 13. Februar 1901 mit einer ihm bezeichnenden Selbstironie: „Ich werde mich fotografieren lassen, die Rechte in der Frackweste und die Linke auf die drei Bände gestützt; dann kann ich eigentlich getrost in die Grube fahren.“ Aber ein wenig später, im Brief vom 1. April 1901, zweifelt er, ob, ein Jahr nach dem Erscheinen, wenn es zur ersten Abrechnung

kommt, „auch nur 100 Exemplare verkauft sein werden?“

Das Ansehen, das er mit den „Buddenbrooks“ und seinen frühen Novellen — „Tristan“ und „Tonio Kröger“ darunter — bei der „werten Kollegenschaft“ gewann, hat seine selbstkritische Wachsamkeit nicht eingeschláfert; im Gegenteil: geschärft. Ihn plagen Zweifel ob des künstlerischen Gelingens seines Schauspiels „Florenza“, von dem unter der Bezeichnung „Der König von Florenz“ oder auch „Savonarola-Drama“ mehrfach die Rede ist. „Ich hätte so manches in dem Stücke auszudrücken, aber ich beherrsche das Außerliche der Sache noch lange nicht genug“, schreibt er im Brief vom 29. Dezember 1900. Und als nach jahrelangen Mühen das Schauspiel endlich beendet und dem Verleger übersandt worden ist, da bekennt er dem Bruder im Brief vom 18. Februar 1905, der mit der Schilderung der Heirat und der Hochzeitsreise so vergnüglich beginnt, die innere Unsicherheit, mit der er dieses unter Schmerzen geborene Werk in die Welt entläßt: „Es war wieder eine ganz unerhörte Qual damit und trotz aller Präzedenzfälle war ich diesmal zum Sterben von der Berechtigung der Verzweiflung überzeugt, mit der ich das dicke (viel zu dicke) Manuskript nach Berlin absandte. Dann, der täglichen Plage ledig, resignierte ich auch. Es war eine schwere Niederlage, aber sie sollte mir lehrreich sein. Schon seit dem „Tonio Kröger“ waren mir die Begriffe „Geist“ und „Kunst“ zu sehr ineinandergelaufen. Ich hatte sie verwechselt und sie, in diesem Stück, doch feindlich gegeneinander gestellt. Das hatte zu diesem Solneß-Absturz geführt, diesem Flasko in dem Bemühen, eine geistige Konstruktion mit Leben zu erfüllen. Umkehr! Zurück zur Buddenbrook-Nalvität!“

Mehr noch: auch ein möglicher Erfolg soll seine selbstkritischen Zweifel nicht erschüttern, und sogar gegen freundliche öffentliche Zustimmung will er seine inneren Bedenken verteidigen. „Nun scheint“, so heißt es in diesem Brief weiter, „sich auch hier wieder, soweit das möglich ist, ein äußerer Erfolg entwickeln zu wollen. Fischer schrieb mir, daß Sie ihm das Stück als ‚etwas ganz Erlesenes‘ bezeichnet habe. Das hat mich kindisch froh gemacht, aber gleichviel, ich will mich diesmal tapfer gegen die öffentliche Meinung stemmen und nicht aufhören, die Arbeit als künstlerisch durchaus verfehlt zu betrachten. Psychologisch wird wohl ein paarmal an Außerstes gerührt, und als Stilist glaube ich damit zu bestehen. Aber es bleibt ein Zwitter.“ Kann man es sich als Schriftsteller schwerer machen? Kann man strenger gegen sich selber sein?

V.

Die Kritiker des Schauspiels machten es sich leichter. Einer ist der vergleichsweise dürftige Richard von Sch a u k a l, der den Brüdern seine hurtig produzierten zahlreichen Erstlinge zugesandt hatte und besonders um die Freundschaft und das Verständnis des fast gleichaltrigen Thomas Mann warb, nur um den weit bedeutenderen und viel ernster zur Meisterschaft strebenden und langsamer schreibenden Kollegen bei erster günstig erscheinender Gelegenheit vor der Öffentlichkeit verächtlich zu machen. Diese Gelegenheit glaubte er in den von Thomas Mann selber viel tiefer erkannten Schwächen des Schauspiels „Florenza“ erspäht zu haben. In einer von „Zeitgeist“ (der Beilage des Berliner Tageblattes) am 5. März 1906 unter dem Titel „Thomas Mann und die Renaissance“ veröffentlichten Kritik erklärte er das Schauspiel für Mache. Durch eine in unseren Zusammenhängen besonders interessante heftige Polemik Heinrich Manns gegen diesen Überfall, die von der Zeitschrift „Die Zukunft“ am 31. März 1906 veröffentlicht wurde, und einen darauf folgenden ebenfalls von der „Zukunft“ veröffentlichten Briefwechsel sind wir über die Hintergründe unterrichtet worden. Die ausführliche Zuschrift Heinrich Manns ist wertvoll nicht nur als Beitrag zur Erkenntnis für die innige geistige Verbundenheit der Brüder, sondern auch als eine schöne und wichtige Deutung des umstrittenen Schauspiels, auf die hier jedenfalls anmerkend hingewiesen sein soll.

VI.

Weniger qualvolle, jedoch bemerklich selbstkritische Zweifel über den Roman „Königliche Hoheit“ finden sich in den Briefen angedeutet, wenngleich Thomas Mann die Arbeit nach außen hin gegen Mißverständnisse von verschiedenen Seiten entschlossen in Schutz genommen hat. Im Brief vom 26. Januar 1910 schreibt er dem Bruder: „Über ‚K. H.‘ habe ich seit Bahr nicht viel Ermutigendes zu sehen bekommen. Das Buch wird von der Kritik entschieden nicht recht für voll, nicht recht ernst genommen, und ich habe den Eindruck, daß der Erfolg des Daimen — im höheren Sinne — viel größer ist.“ Heinrich Mann hat aus seiner Bewunderung für fast gleichzeitig erschienen, und Thomas Mann hat aus einer Bewunderung für dieses Meisterwerk, das in der Tat der Höhepunkt der ersten Schaffensperiode des Bruders ist, nie ein Mahl gemacht. Im Brief vom 17. Februar 1910 sagt er ausdrücklich: „Ich höre über ‚Die kleine Stadt‘ nur begeisterte Ausßerungen. Jeder erklärt es für Dein bestes Buch...“ Er hat es nicht nur

in seinen Briefen und im Kreise von Vertrauten gerühmt als „Heinrich Bestes“, sondern es auch öffentlich zum Vorteil mit „Königliche Hoheit“ in Vergleich gesetzt. In dem 1910 veröffentlichten Artikel über „Königliche Hoheit“, der mit törichtesten Mißdeutungen besonders von monarchistischer Seite abrechnet, erklärt Thomas Mann: „In dem Schicksal meiner drei fürstlichen Geschwister, Albrechts, Klaus Heinrichs und Ditlinds, malt sich symbolisch die Krise des Individualismus, in der wir stehen, jene geistige Wendung zum Demokratischen, zur Gemeinsamkeit, zum Anschluß, zur Liebe, die stürmischer und vorbehaltloser in Heinrich Manns fast gleichzeitig erschienener Romandichtung „Die kleine Stadt“ zum Ausdruck gelangt.“ Zugestanden wird in diesem Brief an den Bruder jedoch, daß er an die glückliche Lösung des Romanendes selber nicht mehr ganz glaubt. „Der Schluß ist wohl ein bißchen populär verlogen — wie zuletzt auch der Schluß von „Zwischen den Rasen.“

VII.

Die frühen Hinweise auf die erst fast ein halbes Jahrhundert später abgeschlossenen „Bekanntnisse des Hochstaplars Felix Krull“ sind für die Leser Thomas Manns ganz allgemein, für die Literaturwissenschaft besonders von Interesse. Die erste ausführliche Bemerkung, wie sehr er im Ernst bei der Arbeit an diesem Stoffe ist, dem er hernach über Jahrzehnte treu blieb, findet sich in dem Brief vom 10. Januar 1910: „Ich sammle, notiere, und studiere für die Bekanntnisse des Hochstaplars, die wohl mein Sonderbarstes werden. Ich bin manchmal überrascht, was ich dabei aus mir heraushole.“

Über die zum klassischen Bestand der deutschen Gegenwartsliteratur zu zählende Novelle „Der Tod in Venedig“ äußert er sich im Brief vom 2. April 1912: „Es ist zumindest etwas sehr Sonderbares, und wenn Du es im Gansen nicht wirst billigen können, so wirst Du einzelne Schönheiten nicht leugnen können.“

Einige mehr private Mitteilungen folgen. Die Übersendung des Vorabdrucks von „Tod in Venedig“ wird angekündigt, Grüße von Maximilian Harden ausgerichtet, von der Berliner Premiere des Schauspiels „Florenza“ wird Bericht gegeben und einiges Belläufige und Familiäre in der Korrespondenz erwähnt, bis dann der Brief vom 7. August 1914 folgt, der von der tiefen Erschütterung durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges Kunde gibt. „Ich bin noch immer wie im Traum“, heißt es da; „und doch muß man sich jetzt wohl schämen, es nicht für möglich gehalten und nicht gesehen zu haben, daß die Kata-

strophe kommen mußte. Welche Heim-suchung! Wie wird Europa aussehen, innerlich und äußerlich, wenn sie vorüber ist? Ich persönlich habe mich auf eine vollständige Veränderung der materiellen Grundlagen meines Lebens vorzubereiten. Ich werde, wenn der Krieg lange dauert, mit ziemlicher Bestimmtheit das sein, was man ‚ruiniert‘ nennt. In Gottes Namen! Was will das besagen gegen die Umwälzungen, namentlich die seelischen, die solche Ereignisse im Großen zur Folge haben müssen!“

In diesem Brief finden sich angedeutete Vorklänge ephemerer weltanschaulicher Meinungsverschiedenheiten zwischen den Brüdern in ihrer Stellung zum Weltkrieg, die zur Antithese: Zola-Essay — „Betrachtungen eines Unpolitischen“ führten. „Muß man nicht dankbar sein“, schreibt Thomas Mann, „für das vollkommen Unerwartete, so große Dinge erleben zu dürfen? Mein Hauptgefühl ist eine ungeheure Neugier — und, ich gestehe es, die tiefste Sympathie für dieses verhaßte, schicksals- und rätselvolle Deutschland, das, wenn es ‚Zivilisation‘ bisher nicht unbedingt für das höchste Gut hielt, sich jedenfalls anschießt, den verworfensten Polizeistaat der Welt (das zaristische Rußland — A. K.) zu zerschlagen. — Unterdessen versuche ich zu arbeiten. Du kannst von Glück sagen, daß Du eben fertig bist. (Gemeint ist die Vollendung des „Untertan“ — A. K.) Ich muß zufrieden sein, daß auch meine Aufgabe den Geschhnissen wenigstens nicht ganz fremd ist.“ Der letzte Satz des Briefes: „Ich muß zufrieden sein, daß auch meine Aufgabe den Geschhnissen nicht ganz fremd ist“, weist auf den Friedrich-Essay hin, den Thomas Mann, wie schon aus seinem Brief vom 26. Januar 1910 hervorgeht, seit längerer Zeit konzipiert halte und in den ersten Monaten des Krieges beendete.

In einem weiteren Brief vom 18. September 1914, der noch in brüderlich herzlichem Tone geschrieben wurde, zeichnet sich der Konfliktstoff schon deutlich ab in den Worten: „Kannst Du wirklich glauben, daß durch diesen großen, grundanständigen, ja feierlichen Volkskrieg Deutschland in seiner Kultur oder Gesittung so sollte zurückgeworfen werden, daß es Deine Gaben dauernd abweisen könnte?“

Im gleichen Monat veröffentlichte die „Neue Rundschau“ Thomas Manns „Gedanken im Kriege“, die das Thema vom „feierlichen Volkskrieg“ ausführen. Der Aufsatz war schon im September, wenige Wochen nach Kriegsbeginn, geschrieben worden, und man merkt ihm den verhängnisvollen Rauschzustand „jener nie zu vergessenden Augusttage“ wohl an: „Wie die Herzen der

Dichter sogleich in Flammen standen, als jetzt Krieg wurde!"

Die nur mit Widerstreben zitierte Metapher kennzeichnet die fast allgemeine Kriegspsychose, von der auch bedeutende Dichter ergriffen waren: der fünfzigjährige Kriegsfreiwillige Richard Dehmel, "der sogar die deutschen Pferde besang", der welt-scheue, empfindsame Rainer Maria Rilke, der in „Fünf Gesängen“ dem „Kriegsgott“ huldigte: „Heil mir, daß ich Ergriffene sehe...“ Hermann Stehr, der „des Friedens bettelhaftes Bühn“ verachtete und den „heiligen Kampf“ grüßte, der uns zu „Europas Meister“ machen sollte; der Psalmodist Ernst Lissauer, der sich mit seinem „Haßgesang gegen England“ im verwerflichen Sinn populär machte — zu schweigen von den unzähligen kleinen Kläffern, die wie immer und überall, wenn mit Hetze Geld zu verdienen ist, die Stunde für gekommen hielten, ihr „Talent“ ins rechte Licht zu rücken. Auch Gerhart Hauptmann hatte ja in glücklicherweise verschollenen Knüttelversen den „Heldentod“ gepriesen und in seinem polemischen Briefwechsel mit Romain Rolland den Überfall auf Belgien und die Zerstörung der Stadt Löwen (Louvain) zu rechtfertigen versucht: „Krieg ist Krieg. Sie mögen sich über den Krieg beklagen, aber nicht über Dinge wundern, die von diesem Elementarereignis unzertrennlich sind.“

VIII.

Die Antwort Heinrich Manns auf alle solche teils unbedachten, teils vorbedachten Kundgebungen deutscher Intellektueller findet sich in seinem Zola-Essay, auf den wir hier zu sprechen kommen müssen, weil er in einigen Partien an die Adresse des Bruders gerichtet ist und überreizte Entgegnungen Thomas Manns in seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“ auslöste.

Der Zola-Essay wurde einige Monate nach Ausbruch des ersten Weltkrieges begonnen, im Sommer 1915 vollendet und im November 1915 von der Zeitschrift „Die weißen Blätter“ zuerst veröffentlicht. Er ist später in die von Heinrich Mann selber besorgte Auswahl seiner Essaybände „Macht und Mensch“ (1919) und — bei Weglassung einiger als persönliche Angriffe zu deutende Absätze — in „Geist und Tat“ (1931) übernommen worden.

Mit gutem Grund wird dieser Essay aus der Reihe der Arbeiten Heinrich Manns über französische Meister des Wortes von Choderlos de Laclos bis Anatole France herausgehoben. Er besteht für sich; als politische Kampfschrift im Gewande eines begeisterten Porträts des großen französischen Gesellschaftskritikers und Vorkämpfers für die Menschenrechte.

Ein Schlüssel-Essay, unschwer aufzuschleifen für nachdenkliche Leser des wilhelminischen Kaiserreiches im ersten Weltkrieg. „Niemand im Grunde glaubt an das Kaiserreich, für das man doch siegen soll. Man glaubt zuerst noch an seine Macht, man hält es für fast unüberwindlich. Aber was ist Macht, wenn sie nicht Recht ist, das tiefste Recht, wurzelnd in dem Bewußtsein erfüllter Pflicht, erkämpfter Ideale, erhöhten Menschentums?“

Das war unmißverständlich, auch wenn der Autor, umstellt von Zensurbehörden und Paragraphen vorgab, vom Kaiserreich des Louis Bonaparte zu sprechen. „Einer, der äußerlich nichts vor Augen hatte, als was alle vor Augen hatten, Macht, Glanz und Erfolg, hatte diesem Reich und dieser Zeit dennoch stärker und tiefer in die Augen gesehen als alle. Die Geschichte vollzog sich im Sinne eines noch ungeschriebenen Buches. Die Katastrophe trat ein, als sei sie eine ästhetische Notwendigkeit — als wäre er selbst, der sie vorherbestimmt hatte, der Richter, und sein Werk das Ziel des Geschehens gewesen.“

Der Zola-Essay, geschrieben 1914/15, zu einer Zeit, da die kaiserlichen Armeen noch von Sieg zu Sieg eilten, war eine kühne Absage an den Anspruch der militärischen Macht, auch politisch bestimmend zu sein und somit zugleich eine prophetische Proklamation der Demokratie. Er bekundete inmitten des Hurratriotismus die klare Voraussicht der kommenden Niederlage. „Ein Reich“, sagt der Essay, „das einzig auf Gewalt bestanden hat und nicht auf Freiheit, Gerechtigkeit und Wahrheit, ein Reich, in dem nur befohlen und gehorcht, verdient und ausgebeutet, des Menschen aber nie geachtet ward, kann nicht siegen, und zöge es aus mit übermenschlicher Macht.“ Man sieht, wie die Zeichen einander gleichen: wie anwendbar dieser aus tiefem moralischem Wissen geformte Urteilsspruch geblieben ist — man beziehe ihn auf jeden Zwangsstaat, in dem des Menschen nicht geachtet wird.

Die autobiographische Qualität der essayistischen Mitteilung tritt im Zola-Essay besonders hervor. Auf beinahe jeder Seite finden sich die Bekenntnisse des Dichters Heinrich Mann, Aufschlüsse über seine Hoffnungen und Befürchtungen, seine Entwicklung, sein Weltbild, Sinn und Motiv seiner Arbeit. „In seinen Anfängen hatte er das politische Handwerk verachtet, wie nur je ein Literat. Jetzt sah er wohl, was die Politik in Wirklichkeit war: das leidenschaftlich bewegte Feld, auf dem das Leben der Völker ringt und wo Geschichte gesät wird für künftige Ernten von Wahrheit und Gerechtigkeit.“ — „Der Roman soll nicht nur schildern, er soll bessern.“ —

„Da das Werk Sendung und Pflicht war, war es Kampf.“ — „Er erkennt Vergeistigung nur an, wo Versittlichung erreicht ward. Er wäre nicht der, der er ist, wenn er Geist sagte, ohne Kampf für ihn zu meinen.“ — „Er ist gewillt, Vernunft und Menschlichkeit auf den Thron der Welt zu setzen und ist so beschaffen, daß sie ihm schon jetzt als die wahren Mächte erscheinen, als jene, die, Zwischenfällen zum Trotz, zuletzt doch jedesmal allein aufrecht bleiben.“ — „Sprang er in die Politik ein, dann mußte schwerer Sinn und Ideenkampf werden, was zu lange nur das Getriebe der Mittelmäßigkeiten gewesen war.“ — „Er weiß, sein Werk wird menschlicher dadurch, daß es auch politisch wird. Literatur und Politik, die beide zum Gegenstand den Menschen haben, sind nicht zu trennen.“ — „Literatur und Politik hatten denselben Gegenstand, dasselbe Ziel und mußten einander durchdringen, um nicht beide zu entarten. Geist ist Tat, die für den Menschen geschieht — und so sei der Politiker Geist, und der Geistige handle!“ — Das alles darf von Zolas Werk und Kampf gesagt werden, gewiß. Im Zola-Essay steht es als Selbstbekenntnis Heinrich Manns. Er wußte, man würde ihm „Verrat“ nachschreiben wie jedem, der sich treu zu bleiben versucht. Er nahm das Unausbleibliche vorweg. „Sehe ich aus wie ein Verkäufer, Lügner oder Verräter?“ fragt sein Zola die lärmenden Widersacher. „Sie wollten ihn ausschließen! Die Unglücklichen, sie vermaßen sich, ihn zu einem Abtrünnigen zu stempeln.“ Er selber war es ja, der sich mit tieferer Einsicht ausschloß vom Getriebe der Mitläufer: „Ich, ein Abtrünniger? Ob ich das Vaterland liebe oder nicht; ich bin es selbst. Daß ich mich jetzt ausschließe, verbannt bin und schweige, ist ein großes Zeichen, und mein Land selbst richtet es sich auf. Nicht ohne den Widerstand seiner besten Kräfte überläßt es sich diesem verwickelten Rückfall in untermenschliche Zustände, der ihm heute bereitet wird.“

IX.

Die es anging, Freunde wie Gegner, standen die alarmierenden Aufrufe des Zola-Essay nur zu gut. Thomas Mann besonders fühlte sich durch einige Sätze, die er auf sich bezogen glaubte, bitter gekränkt. Der weltanschauliche Konflikt der Brüder ist für die Erkenntnis der geistigen Lage im Bürgertum während des ersten Weltkrieges ganz allgemein und für die Biographie der beiden weltbedeutenden deutschen Schriftsteller im besonderen zu aufschlußreich, um ihn mit taktvollem Schweigen zu übergangen. Der Zola-Essay und die Antwort, die Thomas Mann darauf mit seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“ gab, sind literaturgeschichtliche Dokumente

von exemplarischer Zeugnis kraft für die geistige Auseinandersetzung im deutschen Bürgertum — jenseits aller belläufigen Mißverständnisse und Zwistigkeiten scheinbar persönlicher Art. „Dies Buch“, schreibt Thomas Mann im Vorwort der „Betrachtungen“, „ist Selbsterklärung und Selbstaufklärung — keine Polemik; obgleich die Erklärung meinerseits notwendig zuweilen polemische Formen annimmt.“

In der Tat, es gibt wenige gleich ergreifende Zeugnisse der „Gedankenqual“ und Gewissensprüfung wie die „Betrachtungen“. In dem Aufsatz „Kultur und Sozialismus“, den Thomas Mann in den späten zwanziger Jahren schrieb und den er in seinen Essayband „Die Forderung des Tages“ aufgenommen hat, findet sich zum anderen Male die Erklärung des Grundmotivs seiner selbstquälerischen Bemühung: Selbsterkenntnis! — alles andere also als Mitläufererei. Er schreibt: „War das Buch des Unpolitischen kein Kunstwerk, so war es doch das Werk eines Künstlers, und zwar eines, dem es um Erkenntnis und um nichts anderes zu tun war. Erkenntnis aber ist für einen Künstler auf keine andere Weise zu gewinnen als durch Hingabe, durch erlebende Leidenschaft, durch das liebende Aufgehen in seinem Gegenstand, und so hat die passionierte Kritik des Deutschtums, die des Buches Inhalt ausmacht, jenen bejahenden kriegerisch-apologetischen Sinn gewonnen, der damals ‚dem Geiste‘ so anstößig war und der ihn ein Werk des Verrates und gemelner Mitläuferel darin erblicken ließ. Ach, gerade das war es nicht, das Riesenrezept der Schmerzen! Es lief nicht mit, es wollte noch nicht mit dem Neuen laufen. Es blickte zurück, es verteidigte eine große geistige Vergangenheit.“

Gewiß nicht als unverbindliche Redensart hat er dem Bande das Motto vorangestellt: „Vergleiche dich! Erkenne, was du bist.“ In „Kultur und Sozialismus“ erläuterte er: „Man unterschätzt“, habe ich einmal geschrieben, „die Selbsterkenntnis, indem man sie für müßig, für quietistisch hält“. Niemand bleibt ganz, der er ist, indem er sich „erkennt“. Das haben die „Betrachtungen“ gelehrt . . .

Er hatte ja in den „Betrachtungen“ selber darauf hingewiesen, daß er „kein Doktrinär“ sei. „Ich fröne nicht dem schändlichen Irrwahn des Rechthabens, und nie werde ich mich mit einer Wahrheit, die ich für die Wahrheit erachte, zur Ruhe setzen, um für den Rest meines Lebens davon zu zehren.“ Fast dreißig Jahre später hat Heinrich Mann in der schönen Huldigung, die zuerst zum 70. Geburtstag des Bruders veröffentlicht wurde, wie belläufig bemerkt: „Biner erzieht schreibend sich selbst, umfaßt vom Leben mehr mit jedem Buch, gelangt über das von Mal zu Mal erweiterte

Wissen zu der Weisheit, die das Ziel ist.“ Dies sei vorweggenommen, um deutlich zu machen, auf welcher geistigen und sittlichen Höhe sich die bittere Auseinandersetzung vollzog.

X.

Einbezogen in diesen weltanschaulichen Streit war auch die im Dezember 1914 und 1915 veröffentlichte gewichtigere Schrift Thomas Manns „Friedrich und die große Koalition — ein Abriss für den Tag und die Stunde“. Wir dürfen auf diese Arbeit unbefangener hinweisen als auf „Gedanken im Kriege“ oder auf den Brief an die Redaktion des „Svenska Dagbladet“, weil Thomas Mann sie in seinem Sammelband „Altes und Neues“ wieder aufgenommen hat — mit folgender einschränkender Begründung: „Die Demokratie hat dem Faschismus, bis er sie endlich zum Kriege zwang, so viel Konnivenz erwiesen, und sie gewährt ihm auch jetzt, voller Reue über ihren Sieg, so viel Förderung überall in der Welt, daß ihre Sünden die Scham etwas dämpfen, mit der ich eigener politischer Torheit, des polemischen Unverständnisses gedenke, das ich ihr in einer gewissen Periode meines Lebens, zur Zeit des ersten Weltkrieges, entgegenbrachte. So kommt es, daß ich mich, nach längerem Zögern, entschloß, ein Dokument dieser konservativ-nationalistischen und ‚militaristischen‘ Stimmungsperiode in den vorliegenden Band aufzunehmen, den Aufsatz ‚Friedrich und die große Koalition‘. Ehrlich gestanden: ich habe auch heute noch etwas übrig für dies kleine historisierende Machwerk in seiner sonderbaren Mischung aus kritischer Besonnenheit und hitzig patriotischer Allusion. Zeit und Geschichte sind mit verdienter Geringschätzung darüber hinweggegangen — nicht ebenso die literarische Ästhetik.“

Zu Tag und Stunde seines Erscheinens mußte der Friedrich-Essay in der Tat als ideologische Rechtfertigung des Einmarsches der kaiserlichen Armeen in das neutrale Belgien unter Bruch des Völkerrechts aufgefaßt werden. Die unzweideutigen Absätze sagen:

„Da gab Friedrich Befehl, die sächsische Grenze zu überschreiten. Die sächsische Grenze? Aber Sachsen war ja neutral! Sachsen spielte ja gar nicht mit! — Das war ganz einerlei — Friedrich fiel am 29. August mit sechzigtausend Schmurrbärten in Sachsen ein.

Von dem Lärm, der sich über diesen unerhörten Friedens- und Völkerrechtsbruch in Europa erhob, macht man sich keine Vorstellung. Oder doch, es ist wahr, ja neuerdings macht man sich wieder eine Vorstellung davon. Wollen wir aber Friedrich hören, bevor wir Europa hören, so war, seinen Außerun-

gen zufolge, dieser Rechtsbruch das Ergebnis etwa folgender Berechnungen und Erwägungen: Unbedingt mußte er sich Sachsens versichern, damit es sich nicht, wenn ihm der Augenblick gekommen schien, auf die feindliche Seite schlage.“

Mehr noch: der Überfall wurde ideologisch verbrämt in Sätzen wie: „Er war nicht im Recht, sofern Recht eine Konvention, das Urteil der Majorität, die Stimme der Menschheit ist. Sein Recht war das Recht der aufsteigenden Macht.“ Die bereits zuvor zitierte Antwort im Zola-Essay lautet: „Was ist Macht, wenn sie nicht Recht ist...“

Es ist nicht zu bestreiten, das die Anklagen des Zola-Essays gegen „die Wortführer und Anwälte des Überfalles, seine Logiker, Propagandisten, Drauf- und Durchgänger“ auch auf Thomas Mann, wenn nicht als Person, so doch als Verteidiger des flagranten Rechtsbruchs und Sachwalter des wilhelminischen Weltherrschaftsanspruches, zielen.

Heinrich Mann hat in der späteren, von ihm redigierten Ausgabe des Zola-Essays (1931) diese Stellen ausgelassen (auch einige andere von weniger eindeutiger Bezüglichkeit, wie zum Beispiel: „Durch Streberlei Nationaldichter werden für ein halbes Menschenalter, wenn der Atem so lange anhält, unbedingt aber mitrennen, immer anfeuernd, vor Hochgefühl von Sinnen, verantwortungslos für die heranwachsende Katastrophe, und übrigens unwissend über sie wie der Letzte!“).

Hingegen hat er auch in der redigierten Ausgabe, jene „ins Weite gerichteten“, allgemein-bezüglichen, zornigen Abrechnungen mit den gesinnungslosen, jedweder Macht und ihrem Mißbrauch dienstbaren Literaten bestehen lassen. „Ihre Gestattung verlangt nicht, daß sie Verbannung und Schweigen ertragen. Im Gegenteil ziehen sie Nutzen daraus, daß wir anderen schweigen und verbannt sind; man hört nur sie, es ist ihr günstiger Augenblick. Man müßte sie sich ansehen, ob es nicht auch sonst schon die waren, die das Profitieren verstanden... Wir waren zu duldzaam. Im äußersten Fall, nein, dies glaubten wir nicht, daß sie im äußersten Fall Verräter werden könnten am Geist, am Menschen. Jetzt sind sie es. Lieber als umzukehren und, es zurückbannend, hinzutreten vor ihr Volk, laufen sie neben ihm her und machen ihm Mut zu dem Unrecht, das es tut. Sie, die geistigen Mitläufer, sind schuldiger als selbst die Macht-haber, die fälschen und das Recht brechen.“

Heinrich Mann nahm damals „mit Zorn und mit Schmerz“ die Trennung von denen

hin, die er „trotz allem für seinesgleichen“ gehalten hatte. „Dulden und Hinfristen war nicht länger erlaubt, die äußersten Prüfungen waren angebrochen und verpflichteten die Geister, streng und endgültig gesondert hinzutreten, die einen zu den Siegern des Tages, die andern zu den Kämpfern für die ewigen Dinge.“

Thomas Mann hat sich durch alle diese Äußerungen mit Ausschließlichkeit betroffen gefühlt. In den „Betrachtungen eines Unpolitischen“ hat er geantwortet: „Mit Schmerz und Zorn“, sagte er, „hat er sich von mir abgewandt, wobei sein Schmerz seinen Zorn nicht hinderte, mir doppel-sinnig-halböffentlich Dinge zu sagen, die in politischem Betrachte vorzüglich sein mögen, menschlich genommen aber einfach tüchtige Gemeinheiten sind...“

Am heftigsten erbittert hat Thomas Mann der zweite Satz des Zola-Essays, er nennt ihn in seinem Brief vom 3. Januar 1918 einen „unmenschlichen Erzeß“. Auch dieser zweite Satz ist in der späteren, von Heinrich Mann überarbeiteten Ausgabe des Zola-Essays nicht mehr enthalten. Er lautete: „Sache derer, die früh vertrocknen sollen, ist es, schon zu Anfang ihrer zwanziger Jahre bewußt und weitgerecht hinzutreten.“ Heinrich Mann hat in dem Konzept eines Briefes vom Januar 1918 versichert: „Der zweite Satz des ‚Zola‘ hat nicht mit Dir zu tun.“ Sachlich konnte er rechtens den Dichter Thomas Mann nicht bezelchnen.

Doch macht dies die wahrhaftig hektische Reaktion Thomas Manns begrifflich (seine „Reizbarkeit, Dünnhäutigkeit und Wahrnehmungsnervosität“, aus der er als Künstler Nutzen gezogen hat, in Rechnung gestellt). Die polemischen Abschnitte des Zola-Essays, die er auf sich bezogen glaubte, sind als ein auslösendes Element zu werten — wenn anders, wäre unverständlich, daß Thomas Mann sich zu einer „Galeeren-Fron“ von zwei Jahren entschlossen haben sollte, nur um eine überreizte Antwort an den Bruder zu formulieren. Die „Betrachtungen“ waren vielmehr Selbstverständigung und als solche von ungemainer, in vielen Partien geistig-dokumentarischer Zeugnis kraft.

„Was ist denn dieses lange Selbstgespräch und Schreibwerk anderes als ein Rückblick auf das, was ich war, was ich eine Weile nicht länger werde sein können. Nein, unwissend wie der Letzte über die Bedeutung der Stunde bin ich wohl kaum, da ich sogar weiß, daß alt und für immer von gestern sein wird, wem es nicht gelingt, mit der neuen Zeit zu einem leidlichen Frieden zu kommen...“

Er selber bezeichnet als den Ursprung der Betrachtungen: Gewissenhaftigkeit — „eine Eigenschaft, die einen so wesentlichen Bestandteil meines Künstlertums ausmacht, daß man kurz sagen könnte, es besteht daraus.“ Der feuilletonisierende Ton der „Betrachtungen“ soll niemanden darüber täuschen, „daß es die schwersten Jahre meines Lebens waren...“

Die „Betrachtungen“ sind abschiednehmender Rückblick auf eine (dichterisch verkündete) Vergangenheit, die vor der Wirklichkeit nicht standhalten konnte. Die Selbstbekenntnisse Thomas Manns machen das ganz deutlich: „Aber aus welchen Träumen redest du! ... Hast du geschlafen? Hast du die Entwicklung, nein, die unvermittelte und wie durch den Stab der Circe bewirkte Verwandlung des deutschen Bürgers, seine Entmenschlichung und Entseelung, seine Verhärtung zum kapitalistisch-imperialistischen Bourgeois verschlafen? Der harte Bürger: das ist der Bourgeois. Es gibt den geistigen Bürger nicht mehr. Du sprichst von Zeiten, die vergangen sind, von 1850 allenfalls, aber nicht von 1900. Dazwischen war Bismarck, dazwischen war der Triumph der ‚Realpolitik‘ die Härtung und Verhärtung Deutschlands zum ‚Reich‘; die Verwissenschaftlichung der Industrie und die Industrialisierung der Wissenschaft; die Regelung, Erkältung, Verfeindseligung des unmöglich gewordenen patriarchalisch-menschlichen Verhältnisses von Brotherr und Arbeitnehmer durch das soziale Gesetz, Emanzipation und Ausbeutung: Macht, Macht, Macht! Was ist heute Wissenschaft? Enges und hartes Spezialistentum zum Zwecke des Nutzens, der Ausbeutung und Herrschaft. Was ist Bildung? Vielleicht Menschentum? Weite und Güte? Nein, nichts als ein Mittel zum Verdienen und zur Herrschaft. Was Philosophie? Vielleicht noch immer kein Mittel, zu verdienen, aber hart beschränktes Spezialistentum ebenfalls, im Stil und Geiste der Zeit. Sieh ihn dir an, deinen deutschen Bürger von heute, diesen imperialistischen Grubenbesitzer, der nicht zögern würde, fünfhunderttausend Menschen und das Doppelte zu opfern, um Brley zu annektieren und Herr der Welt zu sein! Nochmals, du hast geschlafen, du schläfst noch immer, du redest im Traum.“

XI.

Es ist in der Tat ein „Rückzugegefecht“. Thomas Mann fühlt sehr wohl, daß er sich auf verlorenem Posten befindet; er hat es mit der ihm eigenen gewissenhaft-selbstkritischen Überprüfung seines Werkes wiederholt selber bestätigt. In dem Vortrag „Meine Zeit“, den er im Mai 1950 beim Anlaß seines bevorstehenden 75. Geburtstages hielt, gedachte er mit bewun-

derungswürdiger Freimütigkeit der „donquijotesken und weitläufigen, als Arbeit Jahre verschlingenden Verteidigung romantischer Bürgerlichkeit, des Nationalismus, des deutschen Krieges... die unter dem Namen ‚Betrachtungen eines Unpolitischen‘ unliebsam bekannt geworden ist.“ — „Die ‚rückwärtigen Bindungen‘, von denen ich sprach, und die mir zum Werke notwendig gewesen waren, machten sich nun mit negativem Effekte geltend: sie machten mich zum Reaktionsär oder ließen mich doch einen Augenblick so erscheinen. Denn das Buch war im Innersten weit mehr Experimental- und Bildungsroman als politisches Manifest, es war, psychologisch genommen, eine lange Erkundung der konservativ-nationalen Sphäre in polemischer Form, ohne den Gedanken an endgültige Festlegung. Kaum war es fertig, 1918, so löste ich mich von ihm...“

Man verspürt diese mit noch unterdrücktem Bewußtsein schon als unhaltbar erkannte Verteidigungsstellung auch aus schmerzlichen Fragestellungen der „Betrachtungen“: „Diese Zeitwende wäre ‚meine Stunde‘? Sie ist es nur insofern, als ihr Donner unverhältnismäßig-überwältigend die Wende meines persönlichen Lebens betont — das Ende meiner ‚Stunde‘ bezeichnet sie, wenn mich nicht alles täuscht, und nicht ihren Anfang.“ Die superlativische Formulierung „unverhältnismäßig-überwältigend“ zeigt an, daß der Ausbruch von 1914 ihn zunächst in seiner ur-eigenen geistigen Sphäre überwältigte; die Auseinandersetzung ist in solchem Verstand ein Rückschwung ins geistige Gleichgewicht.

„Mein günstigster Augenblick! Tor, siehst du denn nicht, daß es dein günstigster Augenblick ist, der deine vielmehr? Die Politisierung, Demokratisierung Deutschlands, die das Werk dieses von dir humanitär verneinten Krieges ist, schafft sie nicht die Atmosphäre, in der dein Werk und Wille, deine politische Moralität und politische ‚Menschlichkeit‘ endlich ruhmreich gedeihen können? Büßt denn dein Werk nicht auf? Sammelt sich nicht die Deinen und verkündigen deinen Namen, der ihnen ein Symbol der neuen Wahrheit und Ehre ist?“

Der Mann, der oben einmal direkt angesprochen wird und der „unter dem Namen des Zivilisationsliteraten durch die Seiten dieses Buches spukt“, wird nicht genannt. Aber es konnte für die Leser des Zola-Essays niemals zweifelhaft sein, wer gemeint war — selbst wenn man nicht bei der Lektüre der alles in allem 650 Seiten langen „Betrachtungen“ immer wieder auf wörtliche Zitate aus Heinrich Manns „J'accuse“ gestoßen wäre. Er wird mit vielen zornigen, ironischen, herabsetzenden

Umschreibungen bedacht, dieser „Zivilisationsliterat“, der „Rhetor-Bourgeois“, „politischer Neu-Pathetiker“, „Boulevard-Moralist“, „Bummel-Psychologe“, „Politikus“, „Voluntarist“, „Ententefreund“, der „deutsche Westler“, „citoyen virtuueux“, der „deutsche belles-lettres-Aktivist“, der den „Jargon einer französischen Partei“ spricht, der Mann des „Fortschritts und der sittlichen Geborgenheit“. — „Vor dem Kriege nämlich waren wir Brüder, o mein Gott! Wo wir es aber etwa nicht waren, da waren die Kampfmittel ‚geistig‘ — ich muß sehr bitten. Und die Inhumanität der Kampfmittel ist es, was der Zivilisationsliterat verabscheut. Die Inhumanität beginnt ihm dort, wo Blut fließt: das kann er nicht sehen. Seelenmord scheint ihm fortschrittgemäßer als Bajonett- oder Handgranatenkampf — und da hat er recht!“

Man sieht, wie tief Thomas Mann sich verletzt fühlt, wie verzweifelt er um sich schlug auf seinem Rückzuge, den man — worauf Georg Lukács in seiner Studie „Auf der Suche nach dem Bürger“ zuerst aufmerksam gemacht hat — zugleich als einen „Vormarsch zur Demokratie“ erkennen muß.

XII.

Daher konnte das gegenseitige Abschiednehmen der Brüder nicht von Dauer sein. Auf der vorletzten Seite der „Betrachtungen“ zwar wird noch einmal beziehungsweise ausgerufen: „Und eh nicht“, so heißt es in dem Gedicht vom Bruderzwist in Habsburg,

„Und eh nicht, die nun Männer, faßt das Grab,

Und, die nun Kinder, Männer sind geworden,

Legt sich die Gärung nicht, die jetzt im Blut.“

„Der Krieg geht weiter, und auch dies Buch, darin er sich im Kleinen abbildete, im Persönlichen wiederholte, könnte weitergehen mit ihm — und wahr‘ er dreißig Jahr.“

Der „Bruderzwist“ war eine Episode, die nicht einmal sieben Jahre währte. Heinrich Mann hatte schon im Zola vorausgesagt: „Die unfehlbare Prüfung kommt, und sieh, die Geister erkennen einander, die reinen Geister, die immer noch lieber in keiner guten Zukunft je wirken wollen als in einer schlechten Gegenwart; die Geister der Wahrheit; die menschlichen Geister.“

Es war nun einmal so, daß Heinrich Mann in diesem geistigen Streit die damals von der geschichtlichen Entwicklung bestätigte Position innehatte. Das war offenkundig am Ende des Jahres 1917, des Jahres, in dem die Bilanz nur von wenigen tausend Kennern bewunderten Romane und Erzählungen seiner ersten Schaffenszeit in Mas-

senaufgaben erschienen und die junge Generation ihn als ihren berufenen geistigen Führer und Wegweiser zur Demokratie und Humanität grüßte. Schon darum durfte er verständlich, entgegenkommend sein. Er tat den ersten Schritt.

Wenn ich hier nun einige beziehungsvolle Stellen aus dem Briefwechsel der Brüder Heinrich und Thomas Mann preisgebe, so darf ich mich gerade wegen des heute erneut krisenhaft zugespitzten weltanschaulichen Widerstreits mit besonderem Recht auf die Erklärung Thomas Manns in seiner Einführung zu den „Betrachtungen“ berufen, wo er von dem „intimen Konflikt“ spricht, „dem eine Reihe von Seiten besonders gewidmet sind und der auch sonst vieler Orten mein Denken färbt und bestimmt“, und von dem gilt, daß seine Freigabe „geistig berechtigt ist und darum der Anstößigkeit entbehrt. Denn dieser intime Konflikt spielt im Geistigen, und er besitzt ohne allen Zweifel genug symbolische Würde, um ein Recht auf Öffentlichkeit zu haben und folglich, dargestellt, nicht schimpflich zu wirken.“

Im übrigen kann ich mich zu meiner Entlastung auf ein Schreiben Thomas Manns vom 1. Juli 1954 beziehen, worin er die Veröffentlichung dieser Abschnitte aus den Briefen und Briefentwürfen guthieß mit den Worten: „Bewegtes Herzens habe ich Ihre Studie gelesen. Ich kann nicht ausführlich darüber sein, denn ich bin gehetzt, überschüttet, überfordert und muß mich beschränken. Aber sagen will ich Ihnen, daß man nicht würdiger, zarter, gerechter, anständiger — in des Wortes vollster Bedeutung — über einen geläuteten Zwiß sprechen kann, der schon dadurch, möchte ich sagen, eine gewisse Heiligung erfährt, daß die beiden, die ihn austrugen, tief unter ihm gelitten haben.“

Am 30. Dezember 1917 hatte Heinrich Mann, wie aus einem mit diesem Datum versehenen Entwurf ersichtlich ist, einen Brief an seinen Bruder Thomas geschrieben. Die Notizen tragen die Unterschrift: „Versuch einer Versöhnung“, und es heißt darin: „Lieber Tomy, Dein Artikel im B. T. (Berliner Tageblatt — A. K.) wurde in meiner Gegenwart verlesen. Ich weiß nicht, ob es den anderen Hörern auffiel, mir selbst schien es, als sei er in einzelnen Abschnitten an mich gerichtet, fast wie ein Brief.“

XIII.

Eine stichwortartige Erinnerung an diese heute völlig vergessenen, dennoch denkwürdigen, nicht nur zeitgeschichtlich, sondern (in diesem Fall auch besonders) literaturgeschichtlich interessanten Meinungsäußerungen der Brüder ist geboten. Das „Berliner Tageblatt“ hatte zu Weihnachten

1917 eine Umfrage an eine Anzahl hervorragender deutscher Schriftsteller und Wissenschaftler gerichtet, ihre Meinung zu den „Möglichkeiten eines künftigen Weltfriedens“ mitzutellen. Heinrich und Thomas Mann waren unter denen, die ihre Überzeugungen zum Ausdruck brachten. Der Artikel von Heinrich Mann war unter der Überschrift „Leben — nicht Zerstörung“ am 25. Dezember 1917 erschienen. Es heißt darin: „Wir sollen wissen und uns bewußt bleiben, daß die Absichten und Urteile, die uns den Krieg als erträgliches Auskunfts-mittel oder gar als befreiendes Erlebnis zeigten, falsch waren und niemals richtig werden können. Die große Zeit soll künftig der Friede sein: das Leben, nicht seine Zerstörung. Der Friede soll erhöht und bereichert werden durch wahrhaftes Erleben.“

Wir Deutschen haben, nun wir zur Demokratie heranwachsen, vor uns das allergrößte Erleben. Ein Volk verlangt nicht die Selbstherrschaft, ohne über den Menschen viel zu lernen und mit reiferen Organen das Leben zu handhaben. Das Spiel der gesellschaftlichen Kräfte liegt in Völkern, die sich selbst regieren, allen Augen offen, und auch die einzelnen dort erziehen einander, öffentlich handeind, zur Erkenntnis von ihresgleichen...

Güte und die Annahme einer menschlichen Gleichheit, jene schöne Vorliebe des gereiften achtzehnten Jahrhunderts, warum sollten sie nicht wiederkehren — und auf festerem Erdboden vielleicht, seitdem er so viel Blut getrunken hat? Demokratie, Erkenntnis, Friede sind Wege.“

Am 27. Dezember 1917 veröffentlichte die große liberale Zeitung (nach einer abgrenzenden Vorbemerkung) Thomas Manns Artikel, der schon durch das Fragezeichen in seiner Überschrift: „Weltfrieden?“, die noch bestehende Skepsis zur Möglichkeit echter, dem Volkswillen folgender demokratischer Entwicklung kenntlich macht. Er kann den Glauben an „die Rousseau-Lehre vom ‚guten Volk‘“, den „revolutionären Optimismus überhaupt“ nicht teilen.

Die Abschnitte, die Heinrich Mann fast wie einen an ihn gerichteten Brief empfand und die in dem Briefwechsel von Bedeutung sind, lauten:

„... In Richard Dehmels neuem merkwürdigen, dreistrophigen Drama (Die Menschenfreunde — A. K.) sagt jemand, der sich auf Gewissensangelegenheiten versteht: ‚Selbst das größte Gefühl wird klein, wenn es sich aufputzt mit großen Begriffen; ein bißchen Güte von Mensch zu Mensch ist besser als alle Liebe zur Menschheit.‘ So ist es, glaube das nur! Die rhetorisch-politische Menschheitsliebe ist eine recht periphere Art der Liebe und pflegt am schmelzendsten verlaubar zu werden, wo es im Zentrum hapert. Werde besser du selbst, weniger

hart, weniger rechthaberisch, dünkelfhaft, weniger angreiferisch-selbstgerecht, bevor du den Philantropen spielst. Es mag einer großen Sulzeß haben, der sehr schön zu sagen versteht: 'Ich liebe Gott!' Wenn er aber unterdessen 'seinen Bruder hasset', dann ist, nach dem Johannes-Evangelium, seine Gottesliebe nichts als schöne Literatur und ein Opferrauch, welcher nicht steigt..."

In seinem „Versuch einer Versöhnung“ vom Ende Dezember 1917 bezieht sich Heinrich Mann auf diesen Artikel. Er schrieb: „Daher glaube ich Dir antworten zu müssen, wenn auch ohne den Umweg über die Presse und nur zu dem einen Zweck, um Dir zu sagen, wie unberechtigt der Vorwurf des Bruderhasses ist. — In meinen öffentlichen Kundgebungen kommt kein 'Ich' vor und daher auch kein Bruder. Sie sind in das Weiße gerichtet, sehen ab — wenigstens will ich es so — von mir, meinem Brüderlichen, meinem Vorteil oder Nachteil und gelten allein einer Idee. Liebe zur Menschlichkeit (politisch gesprochen europäische Demokratie) ist allerdings die Liebe einer Idee... „Güte von Mensch zu Mensch“ verlangt das Stück, für das ich dem Verfasser Dehmel sogleich nach dem Anhören der Generalprobe meine wärmste Sympathie dargeboten habe...“

Dein ganzes Werk ist von mir begleitet worden mit dem besten Willen, es zu verstehen und mitzufühlen. Die Gegnerschaft Deines Geistes kannte ich von jeher, und wenn Deine extreme Stellungnahme im Krieg Dich selbst verwundert hat, für mich war sie vorauszusehen. Dieses Wissen hat mich nicht gehindert, Dein Werk oftmals zu lieben, noch... es öffentlich zu decken oder zu verteidigen, und Dich, wenn Du an Dir zweifeltest, zu trösten wie einen jüngeren Bruder. Bekam ich von dem allen nichts zurück, ich habe es mich nicht verdrüßen lassen...“

In solchen Sätzen schwingt die Überreiztheit des bitteren Streitles noch nach — bis zur Ungerechtigkeit. Es darf nicht wundernehmen, daß der in Verteidigung stehende Thomas Mann auf diesen, von ungerechtem Vorwurf nicht ganz freien „Versuch einer Versöhnung“ mit noch größerer Geiztheit antwortete. Sein Brief vom 3. Januar 1918 macht seine tiefe Selbstqual spürbar.

Es heißt darin:

„Ich habe aber nicht zwei Jahre lang gelitten und gerungen, meine liebsten Pläne vernachlässigt, mich zum künstlerischen Verstummen verurteilt, mich erforscht, mich verglichen und behauptet, um auf einen Brief hin, der — begreiflicherweise — Triumph atmet, mich, nach letzten Argumenten suchend, an der Spitze „einger Ver-

zweifelter“ sieht und schließlich findet, ich brauchte Deiner nicht als eines Feindes zu gedenken — um Dir auf diesen in keiner Zeile von etwas anderem als sittlicher Geborgenheit und Selbstgerechtigkeit diktierten Brief hin schluchzend an die Brust zu sinken. Was hinter mir liegt, war eine Galeerenarbeit...“

Du kannst das Recht und das Ethos meines Lebens nicht sehnen, denn Du bist mein Bruder. Warum brauchte niemand, weder Hauptmann noch Dehmel, der sogar die deutschen Pferde besang, noch der präventivkriegerische Harden (dem Du jetzt Huldigungsvisiten machst) die Innektionen des Zola-Artikels auf sich zu beziehen? Warum war er in seiner ganzen reißenden Polemik auf mich eingestellt? Das brüderliche Welterlebnis zwang Dich dazu. Demselben Dehmel, der mir für meine ersten Kriegsartikel in der „Neuen Rundschau“ aus dem Schützengraben Dank und Glückwunsch sandte, kannst Du als Generalproben-Intimer wärmste Sympathie darbieten, und er kann sie annehmen; denn ihr seid zwar sehr verschiedene Geister, aber ihr seid nicht brüderliche Geister, und darum könnt ihr beide leben.“

Der Brief endet mit dem für den Schriftsteller Thomas Mann ganz ungewöhnlichen pathetischen Ausruf: „Laß die Tragödie unserer Brüderlichkeit sich vollenden.“

Die Antwort Heinrich Manns oder richtiger: die nicht vollständig ausgeführten Entwürfe einer Antwort tragen den Vermerk: „nicht abgeschickt“. Die uns vorliegenden Notizen sind teilweise unleserlich und teilweise unzusammenhängend; am Ende werden nur stichwortartige Hinweise auf noch auszuarbeitende Entgegnungen gegeben. Doch zeigen die zusammenhängenden leserlichen Abschnitte im allgemeinen nachdenkliche Versöhnlichkeit.

„Lieber Tom, vor solcher Verbitterung müßte ich verstummen und die Trennung für alle Zeitlichkeit hinnehmen, wie sie geboten wird. Aber ich will nichts versäumen. Ich will nach Kräften helfen, die Dinge später, wenn alles vorbei ist, gerechter zu sehen...“

Besteh nicht länger mein Leben, Handeln auf Dich, es gilt nicht Dir und wäre ohne dem wirklich wörtlich dasselbe. Der zweite Satz des „Zola“ hat nichts mit Dir zu tun, und die wenigen Seiten weiterhin, die auch Dich angehen, ständen so oder so ähnlich noch da, wenn es nur die anderen gäbe. Von diesen anderen haben manche seither sich eines besseren besonnen, und ich bin wieder ihr Freund. Ich trenne mich niemals vorsätzlich und für immer.

Selbstgerechtigkeit? o nein — sondern weit eher das Gemeinschaftsgefühl mit denen, die auch, gleich mir, es wissen,

wieviel sie alle, die Kunst und Geistesart unserer Generation, verschuldet haben, daß die Katastrophe kommen konnte. Selbstprüfung, wenn schon bescheidener, Kampf erleben noch einige neben Dir, aber dann auch Reue und neue Tatkraft."

Nur an einer Stelle der Entwürfe bricht Empörung durch: „Die Unfähigkeit, ein fremdes Leben ernst zu nehmen, bringt schließlich Ungeheuerlichkeiten hervor — er — so findest Du, mein Brief, der eine Gebärde der einfachen Freundlichkeit war, atme Triumph! Triumph worüber? Daß alles gut für mich ‚steht und liegt‘, nämlich die Welt... und 10 Millionen... (unleserlich; vermutlich: Tote unter — A. K.) der Erda. Das ist doch mal eine Rechtfertigung! Das verspricht doch Genugtuung dem Ideologen! Aber ich bin nicht der Mann, Elend und Tod der Völker auf die Liebhabereien meines Geistes zuzuschneiden, ich nicht. Ich glaube nicht, daß der Sieg irgendeiner Sache noch der Rede wert ist, wo die Menschen untergehen. Alles, was nach dem letzten Furchtbarsten, das noch bevorsteht, an besserer Menschlichkeit kann errungen werden, wird bitter und traurig... Ich weiß nicht, ob irgend jemand seinen Mitmenschen dann ‚leben helfen‘ kann; nur möge unsere Literatur ihnen dann nie zum Sterben verhelfen."

Der Schluß der zusammenhängenden Stellen der Entwürfe ist mit Bleistift auf die Rückseite des Briefes Thomas Manns vom 3. Januar 1918 notiert und läßt die Zuversicht auf die unausbleibliche Versöhnung zweier noch in der Entzweiung verbundener Geister erkennen: „Jetzt sterben sie weiter — Du aber, der den Krieg gebilligt hat, ihn noch immer billigt und meine Haltung — ich ließ ein Stück auf-führen, das kein ohnmächtiger Reim auf die schlechte Gegenwart ward, und schenkte, als erster von allen, den Gequälten das Vertrauen in eine bessere Zukunft — Du aber, der dafür meine Haltung der vollständigen Abscheulichkeit zeihst, wirst, will Gott es, noch einmal 40 Jahre Zeit haben, Dich zu prüfen, wann nicht zu ‚behaupten‘. Die Stunde kommt, ich will es hoffen, in der Du Menschen erblickst, nicht Schatten, und dann auch mich. H."

XIV.

Das Ende des Krieges überholte den Streit. Die Nachkriegsentwicklung demontierte Heinrich Manns hochgespannte Hoffnungen auf die Weitsicht der französischen Demokratie, und Thomas Mann erkannte bald, daß die deutsche Kultur nicht bedroht war von Überfremdung durch die lateinische Zivilisation, sondern von den Vorzeichen der Unterwelt. Die Antinomien waren gegenstandslos geworden. Beide,

Thomas wie Heinrich Mann, suchten unabhängig voneinander der von Beginn an bedrohten deutschen Demokratie geistige Hilfestellung zu geben. Daher war auch ihre persönliche Wiederannäherung zwangsläufig.

Viktor Mann, der jüngste Bruder, hat in seinem Erinnerungsbuch „Wir waren fünf — Bildnis der Familie Mann" (das wir nur nach Überprüfung dieser Angabe als Quelle heranziehen) erzählt, daß „schlecht Beratene, die sich durch skeptische Bemerkungen über den vermeintlichen Gegner angenehm machen wollten", Abfahren erlebten: „Einer sprach mit lächelnder Abfälligkeit über ein Drama von Heinrich: ‚Oh, Sie müssen sich eben an anderes halten‘, war die ernste Antwort, ‚lesen Sie den Zola-Essay meines Bruders!'" — „Auch Heinrich", schreibt Viktor Mann, „verhielt sich gegen unfriedliche Anzuspinnungen genau so ablehnend wie Thomas, und ich fühlte, daß es nur eines unvermittelten Anlasses bedürfte, um auch die persönliche Distanz aufzuheben."

Dieser äußere Anlaß war eine schwere Erkrankung Heinrich Manns im Jahre 1922 (nicht wie Viktor Mann irrtümlich schreibt im Jahre 1919), „eine Operation wurde von einer Stunde zur anderen notwendig", berichtet Viktor Mann, „und als sie vorüber war, da stand Thomas am Lager des Bruders. Alles war gut... Es war ja überhaupt keine Versöhnung von zweien, die sich beleidigt hatten, sondern ein Wiederfinden nach weit voneinander getrennten Wegen durch schmerzvolles Dunkel."

Diese Darstellung wird bestätigt durch einen im Nachlaß Heinrich Manns von mir aufgefundenen Brief Thomas Manns vom 31. Januar 1922, der dem Bruder Grüße und Wünsche ans Krankenlager sendet und mit den Worten endet: „Es waren schwere Tage, die hinter uns liegen, aber nun sind wir über den Berg und werden besser gehen — zusammen, wenn Dir's ums Herz ist wie mir."

Diese Gemeinschaft beider im geistigen und persönlichen Begriff brüderlich verbundenen Humanisten hat bis zum Tode Heinrich Manns, am 12. März 1950, gewährt. Der spätere Briefwechsel der Brüder bezeugt es. Auch an öffentlichen Kundgebungen der Verbundenheit hat es nicht gefehlt. Den wechselseitigen Geburtstagswünschen folgte, schon im Exil, Heinrich Manns „Begrüßung des Ausgebürgerten": „Seien wir bescheiden. Thomas Mann, seit Neuestem kein ‚Deutscher‘ mehr, hat mit Goethe wenigstens, allerwenigstens gemein, daß er sich müht und trägt die auferlegte Last."

Als Gegengruß lasen wir in der „Neuen Weltbühne" vom 26. März 1936 die „Offent-

liche liebevolle Huldigung" Thomas Manns zu des Bruders 65. Geburtstag: „Der Fünfundsechzigjährige ist wahrhaft zu beglückwünschen. In diesem doch schon späten Jahr seines Lebens hat er außer einer Menge kleinerer Beiträge zum Ideenkampf der Zeit, deren jeden wir mit einer ob seiner moralischen Klarheit und Gewißheit fast heiteren Ergriffenheit lasen, den großen Roman von der Jugend des Königs Henri siegreich vollendet: ein Werk erster Ordnung, in dem Güte und Kühnheit sich auf eine Weise mischen, die, aus dem Intellektuellen ins Wirkliche übertragen, einen Erdteil erretten könnte: ein Geschichts- und Menschheitsgedicht, dessen trauernde Ironie und grimmige Kenntnis des Höllisch-Bösen seinem Glauben an die Vernunft und das Gute keinen Abbruch tut; eine Synthese aller Gaben dieses großen Künstlers, worin sich der schon politisch gespannte Aesthetizismus seiner Jugend mit der durchaus eigenartigen kämpferischen Milde seines Alters bewundernswert zusammenschließt. Dies Leben ist eine klare Einheit; da es außerdem großes Format hat, so gewährt es den immer noch unvergleichlichen Genuß des Anblicks einer Persönlichkeit.“

Zum 70. Geburtstag Thomas Manns aber, im Juni 1945, schrieb Heinrich Mann den später auch in das „Zeitalter“ übernommenen Aufsatz „Mein Bruder“, der mit dem berühmten gewordenen Satz beginnt: „Als mein Bruder nach den Vereinigten Staaten übersiedelt war, erklärte er schlicht und redt: ‚Wo ich bin, ist die deutsche Kultur.‘“

Wurde der einstigen trotz allem fruchtbaren und förderlichen Auseinandersetzung gedacht, so waren es Worte der Erkenntlichkeit. In einem Aufsatz Thomas Manns aus dem Jahre 1943, der René Schickles Wirken als Schriftsteller und Herausgeber der „Weißen Blätter“ würdigt, findet sich der beziehungsweise Hinweis:

„Die Zeitschrift bedeutete die Mobilisierung des Geistes für die Politik, und zwar für eine antimilitaristische und pazifistische. Eine ihrer kennzeichnendsten Kundgebungen war ein Beitrag meines Bruders Heinrich — jenes unter dem Schein eines enthusiastischen Zola-Porträts geschleuderte j'accuse gegen den imperialistischen Krieg.“

Als Heinrich Mann 75 Jahre alt wurde, veröffentlichte die Monatszeitschrift „Freies Deutschland“ in Mexiko Thomas Manns „Bericht über meinen Bruder“, in dem noch einmal die Erinnerung an die drei Jahrzehnte zurückliegende Antithese: „Zola“ — „Betrachtungen eines Unpolitischen“ besprochen wurde mit dem wahrhaft bewegenden selbstkritischen Eingeständnis: „Wer war der gesellschaftskritische Seher und Bildner? Wer hat den ‚Untertan‘ ge-

schrieben und wer in Deutschland die Demokratie verkündet, zu einer Zeit als andere sich in der melancholischen Verteidigung protestantisch-romantisch-antipolitischer deutscher Geistesbürgerlichkeit gefielen?“ Diese Erinnerung war nicht so weit hergeholt, wie es den Anschein haben mochte. Die Erfahrungen und Erkenntnisse jener Jahre des ersten Weltkrieges gewannen neue Gültigkeit im Blutransch des zweiten. Heinrich Mann hat uns in dem erwähnten, 1945 zum 70. Geburtstag des Bruders zuerst veröffentlichten und in den Rückschau mit Vorschau vereinigenden Band „Ein Zeitalter wird besichtigt“ aufgenommenen Aufsatz „Mein Bruder“ darüber verständigt.

„Ich hatte mein zeitgenössisches Deutschland früh angezweifelt, zum berechtigten Unwillen meines Bruders... Er hat Deutschland, wie es war, vormalig gehalten gegen die Wut der Welt und gegen eigene Bedenken. Sein Gewissen hatte einen schweren Weg, bis es gegen sein Land entschied... Ihn mußte, mehr als die meisten, sein Deutschland enttäuschen. Was es seither aus sich gemacht hat — oder wie es erlaubt hat, daß man es zeige — Feind der Vernunft, des Gedankens, des Menschen: Ein Anathem, das traf ihn persönlich, je später es ihn traf. Er fühlte sich verraten...“

Ein Überraschter in seinem Zorn muß wohl achtgeben, damit er nicht mit wenigen Bösewichtern, oder mit einem gerade lebenden Geschlecht von Boshaften, die Nation verwirft. Wann wir nunmehr besprechen, was dieses Zeitalter tut, seine ganze schöne Bescherung — wir reden selten und knapp: aber eher bin ich es, der in dem unglücklichen Land unseres Ursprunges keinen monströsen Einzelfall erblickt.“

Gewissermaßen ergänzend erzählt Thomas Mann in dem „Bericht über meinen Bruder“ die folgende aufschlußreiche Anekdote: Nach der Rückkehr von einem der regelmäßigen Besuche Heinrich Manns im Haus Thomas' — die Brüder wohnten beide in Los Angeles, nicht allzu weit voneinander entfernt und sahen sich häufig — sagte Heinrich Mann zu Thomas Manns Tochter Erika, die ihn heimfuhr:

„Mit Deinem Vater verstehe ich mich politisch jetzt wirklich recht gut. Etwas radikaler ist er als ich.“ — Thomas Mann kommentiert: „Das klang unendlich komisch, aber was er meinte, war unser Verhältnis zu Deutschland, dem teuern, auf das er weniger zornig ist als ich, aus dem einfachen Grunde, weil er früher Bescheid wußte und keinen Enttäuschungen ausgesetzt war. Heute lehnt er es ab, in der deutschen Aufführung einen ganz und gar monströsen Einzelfall, eine ‚unbedingte und zusammenhanglose Verschuldung‘ zu sehen — ich brauche seine Worte. Es ist

alles bedingt und erklärlich, wenn nicht verzehlich, und die Deutschen sind auch nur Menschen: ich glaube, die Behauptung, sie seien so ganz ausnehmend schlecht, würde ihm als eine Form des Nationalismus erscheinen."

In der Tat: er hatte rechtzeitig Bescheid gewußt, und er war in seiner Altersweisheit gefeit gegen Einseitigkeit und Ungerechtigkeit. Im Zola-Essay hat er die bitterste Kritik an seinem Volk geübt — weil er sein Volk liebte. Da steht es ja, schwarz auf weiß:

„Oh! Sein Volk verachtet niemand, es ist ewig, es hat Zeiten gehabt, für die wir ihm danken, und wird groß sein, wenn das kleine Geschlecht, dem wir durch Zufall beiwohnen, lange vorbei ist. Aber dieses kleine Geschlecht unserer zufälligen Zeitgenossen stellt uns nun einmal die nächsten, erkennbarsten Vertreter des menschlichen Geschlechtes. An seine Geistesform sind wir hundertfach gebunden. Seine Geistesform zu entwickeln und zu erhöhen, sind wir hundertfach gebunden.“

XV.

Ein Jahr nach dem Tode seines Bruders sandte Thomas Mann unter dem Datum des 16. März 1951 eine Botschaft an mich, die unsere Aufgabe, das Lebenswerk Heinrich Manns bekannt zu machen, ermutigt:

„Sie können dazu beitragen, im deutschen Volk — und zwar im ganzen deutschen Volk — die Erkenntnis zu verbreiten, welchen Schatz es an dem kühnen Lebenswerk dieses vornehm-einsamen und dabei der Demokratie leidenschaftlich ergebenen Geistes besitzt, eines Geistes voll stolzen Schönheitsdranges und gesellschaftlicher Vision, der in allem Glanz seines Künstlertums nichts wollte als dienen, bessern, helfen, den Weg des Guten weisen. Spät wird ihm Dank dafür, denn die Verbindung des Dichters mit dem politischen Moralisten war den Deutschen zu fremd, als daß sein kritisches Genie über das Schicksal etwas vermocht hätte, und noch heute, fürchte ich, wissen wenige von ihnen, daß dieser Tote einer ihrer größten Schriftsteller war.“ Und bei seinem letzten Aufenthalt in Weimar, zur Schillerfeier 1955, wenige Wochen nur vor seinem Tode, rief Thomas Mann beim Anblick der nebeneinander aufgereihten Ausgaben seiner und seines Bruders Heinrich Werke bewegt aus: „Das ist schön, das ist richtig. Endlich erkennt man: wir gehören zusammen!“

Ja, die beiden bedeutendsten deutschen Epiker unseres Jahrhunderts gehören zusammen: in aller Unterschiedlichkeit dennoch im wesentlichen, in geistiger, künstlerischer und moralischer Bemühung verbunden. So sei unser Versuch ein bescheidener Beitrag zur Bewußtmachung ihrer Zusammengehörigkeit.

ro ro ro

Romane 1,90

Marie Luise Kaschnitz,
Das Haus der Kindheit

Richard Gordon,
Dr. Gordon wird Vater

Victoria Lincoln,
Eine unmögliche Familie

Johannes Mario Simmel, Mich
wundert, daß ich so fröhlich bin

Jean Duché,
Mit Lust und Liebe

Kriminalromane 1,90

P. Boileau-Th. Narcejac,
Mord bei 45 Touren

Klassiker 1,90

Paul Valéry, Gedichte
[Französisch und Deutsch] Prosa

Wissenschaft 2,20

Marianne Langewiesche,
Venedig / Geschichte und Kunst
Eine Bildungsreise [Doppelband]

Monographien 2,50

JEAN GIRAUDOUX

In jeder Buchhandlung

Neu im März

In Raum und Zeit

Ulrich Noack: „Geist und Raum in der Geschichte“, Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1961, 252 S., 26,80 DM.

Der Titel des Buches kennzeichnet die beiden Wissenschaften, die der Würzburger Gelehrte stets in besonderem Maße in seine Forschungen einbezog: Philosophie und Geographie. Manche Diskussion wird bei den Historikern die neue Zeiteinteilung auslösen, mit der Noack die Geschichte gliedert. Er stellt dar, daß Anfang und Ende geschichtlicher Prozesse sich in relativ gleichbleibenden Zeitabschnitten vollziehen. Die kleinste Zeiteinheit setzt er bei 35 Jahren an, die größte bei 1470 Jahren, die er in 7×210 Jahre untergliedert. Diese 210 Jahre spielen als der Zeitraum, der eine geschichtliche Epoche umschließt, eine besonders wichtige Rolle. Das Ende der abendländischen Geschichte, deren Beginn er in das Jahr 468 legt, setzt Noack auf das Jahr 1836.

Allerdings sieht Noack diese Zeiteinheit, deren Schlüsselmaß die 70 Jahre eines Menschenalters sind, nicht zyklisch angeordnet, wie es den kulturpessimistischen, fatalistischen Betrachtungsweisen vornehmlich der letzten Jahrzehnte entsprach. Noack lehnt diesen fatalistischen Glauben an die Wiederholbarkeit der Geschichte ab; er spricht an einer Stelle von der Zwangsvorstellung, die diesem Glauben zugrunde liege. Seine Zeiteinheiten sind Abschnitte in einem progressiven Verlauf der Geschichte. In einem programmatischen Vorwort weist er nach, daß alle Konstruktionen, die auf Vergleichen zwischen verschiedenen Kulturepochen aufbauen, eine methodisch unzulässige Vereinfachung vornehmen, indem sie außer acht lassen, daß jedes historische Ereignis bestimmt ist durch den Raum, in dem es geschieht, und durch die Zeit, in der es abläuft.

Aber auch die Zwangsläufigkeit überhaupt eines geschichtlichen Ablaufs, von der die Auffassungen in der Richtung Spenglers ja nur Spielarten sind, verneint Noack. Er grenzt sich damit gegen den historischen Determinismus in seiner naiv-zukunftsgläubigen Form ab, wie wir ihn von Marx etwa und vor allem Hegel kennen. Das Schicksalsmotiv, wie es uns beispielsweise im vorzeitigen Tod eines begabten Herrschers entgegentritt, überhaupt der historische Zufall im Sinne eines tragischen Unfalls während eines geschicht-

lichen Prozesses, spielt in seinen Darlegungen eine große Rolle.

Um so überraschender ist es, daß er auf eine finale Betrachtung der Geschichte größten Wert legt. Der Widerspruch, den manche darin sehen mögen, existiert für ihn gar nicht, weil er von vornherein einräumt, daß die Geschichte auch sinnlos verlaufen kann. Die finale Betrachtung ist für ihn deshalb, wie er es einmal nennt, die „Denkaufgabe“, herauszufinden, wo neben den vielen sinnlosen Möglichkeiten die sinnvolle steht.

Natürlich bedeutet das im Sinne Max Webers, daß am Anfang der Betrachtung die Werte gesetzt werden müssen, die man als sinnvoll postuliert. Noack ist hier unmißverständlich: Er ist Christ; die „Rettung der individuellen Persönlichkeit“ — so im Vorwort — und die Erringung des Weltfriedens sind seine praktischen Ziele.

Das könnte unangenehm utopisch wirken, wenn Noack nicht eine Fülle praktischer Anregungen bieten würde. In ihrer Ableitung ist er der gewissenhafte, auf Objektivität bedachte Wissenschaftler. Die Chance für den Weltfrieden sieht Noack darin, daß sich die Geschichte in unserem Zeitalter schon nahe an ein „territoriales Definitum“ hin entwickelt hat. Dieses Definitum ist nach Noack dort gegeben, wo Kultur Grenzen und politische Grenzen übereinstimmen. Die Völker innerhalb solcher Grenzen seien nach innen befriedet und müßten nach außen keinerlei Anreiz zu Eroberungen verspüren. Diese Räume stellten deshalb Friedenskreise dar, die auf die Weltpolitik stabilisierend wirken müßten.

Stabilisierte Räume wären in Asien beispielsweise China und Indien seit langem, in neuer und neuester Zeit seien auch Japan und Indonesien dazu geworden. Weitere Kulturkreise seien die arabische Welt und das schwarze Afrika. Der russisch-ostslawische Erdteil bilde eine weitere Einheit.

Ein Sonderfall sei Europa, geschichtlich bestimmt durch die Entstehung vieler kleiner Nationalstaaten, geopolitisch ausgezeichnet dadurch, daß es seine räumliche Tiefe, sein Hinterland durch das Weltmeer bekomme. Dies ist die Voraussetzung dafür, daß Noack von der „circumplanetaren Ringstellung“ der westlich-atlantischen

Völker spricht. Diese Ringstellung leitet Noack aus der großen geschichtlichen Leistung Europas ab, der Kulturübertragung in die außereuropäisch-englischsprachigen Ländern und auf die iberamerikanische Halbinsel. Aus dieser Zusammengehörigkeit der atlantischen Welt folgert Noack, daß unsere besondere Aufgabe — Entwicklungshilfe — auf dem lateinamerikanischen Kontinent liege. Vom Erfolg einer dorthin gewandten Hilfe hänge es ab, ob die atlantische Welt trotz ihrer von der Bevölkerung her zahlenmäßigen Unterlegenheit sich gegen den afro-asiatischen Block behaupten könne.

Dr. Walter Deinzer, München

Eine Tradition fortgeführt

Archiv für Sozialgeschichte. Jahrbuch der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. I, 1961. Redaktion: Georg Eckart. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen GmbH, Hannover 1961, 205 S., 16 DM.

Im Vorwort weist Gerhard Weißer, der Vorsitzende des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung, darauf hin, daß sozialgeschichtliche Themen als Verbindung historischer und soziologischer Arbeitsmethode bislang vernachlässigt worden seien. Mit besonderem Nachdruck will sich das „Archiv für Sozialgeschichte“ in Anlehnung an das frühere Grünberg'sche Archiv der Geschichte der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung im weitesten Sinne widmen, sich aber auch mit den sozialen Bewegungen und Theorien Amerikas, der Sowjetunion und wichtiger Entwicklungsländer beschäftigen.

Der I. Band behandelt in vier Beiträgen geschichtliche Teilfragen der Demokratie und Arbeiterbewegung im Deutschland des 19. Jahrhunderts. Helmuth Hirsch gibt einen lebendigen Eindruck von der muffigen Atmosphäre und den biedermeierlichen politischen Verhältnissen des Vormärz an Hand der „Berliner Welcker-Kundgebung“ als Beitrag zur Frühgeschichte der Volksdemonstrationen. Kurt Koszyk zeigt den Kampf eines mutigen Kölner sozialen radikalen Demokraten von 1846 bis 1849: „Carl d'Estor als Gemeinderat und Parlamentarier.“ Besonders eindrucksvoll ist dessen Stellungnahme zur Todesstrafe in der Preussischen Nationalversammlung 1848, in der bereits die sozialen Umwelteinflüsse als entscheidender Faktor der Kriminalität herausgestellt werden. Karl-Alexander Hellfaiert steuert den Beitrag „Die sozialdemokratische Bewegung in Halle a. d. Saale (1865—1890)“ bei, der sich durch seine historische Akribie auszeichnet. (Um kommunistischen Legendenbildungen und Verleumdungen gerade für den hoffentlich doch noch einmal stattfindenden Tag der

Wiedervereinigung zu begegnen und um den Westdeutschen die Bedeutung der Sozialdemokratie als gesamtdeutsche demokratische Bewegung nahe zu bringen, sei hier angeregt, daß die Erinnerungen der aus der SBZ geflüchteten Sozialdemokraten aus der Weimarer Republik, der NS-Zeit, vor allem aber der Okkupationszeit nach 1945 festgehalten, gesammelt und veröffentlicht werden.) Rudolf Rothe, der Archivar beim Vorstand der SPD, vermittelt „Zum Streit um die Dampfersubventionen“ 1885 Resolutionen und Proteste von Parteimitgliedern zur Erhellung der politischen Vorstellungen der Sozialdemokraten jener Jahre. — Kurt Müller widmet sich in einer instruktiven, mit umfangreichen statistischen Angaben aus sowjetischen Quellen belegten Analyse dem Siebenjahresplan des XXI. Parteitagess der KPdSU vom Jan./Febr. 1959: „Die wirtschaftspolitischen Ziele der Sowjetunion.“ Hervorzuheben sind die möglichen Planungsstörungen durch die Umstellung auf die Automation mit der Folge einer Verkürzung der Arbeitszeit, die nur bedingt eine evtl. Arbeitslosigkeit verhindern und zu einer Erhöhung der Leistungsnormen führen kann. Die Analyse zeigt die beunruhigende Totalität der Integration der Wirtschaft der SBZ in den Ostblock und die gezielte Schwerpunktstrategie der Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer. Jedenfalls besteht angesichts der Tatsache, daß 1960 soviel Ingenieure sowjetische Hochschulen wie im Jahre 1958 in den USA die Schulen verließen und daß trotz sinkenden Wachstumstempes das totalitäre System auf das wirtschaftliche Wachstum konzentriert wird, kein Anlaß zur Überheblichkeit im Westen.

Mit gesellschaftswissenschaftlicher Grundlagenforschung unter verschiedenen Aspekten beschäftigen sich folgende Beiträge: J. P. Mayer schreibt über „Alexis de Tocqueville: Nach hundert Jahren“. Die Weitsicht dieses Denkers, der als Soziologe Karl Marx und Max Weber an die Seite gestellt werden kann, ist wirklich erstaunlich. Seine Fragestellung, die realistischer als viele Marx'sche Prognosen ist, bleibt: Wie ist das neue massendemokratische, administrative und zentralistische Staats- und Gesellschaftssystem mit den Werten der Individualität abzustimmen? — Otto Ernst Schüddekopf vermittelt in seiner Studie „Bürgerliche Geschichtsschreibung und materialistische Geschichtsauffassung um 1850. Ein Beitrag zur Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialgeschichtsschreibung in Preußen“, die überraschenden Einsichten des preussischen Juristen und Historikers Georg Wilhelm von Raumer in die sozial-ökonomische Bedingtheit politischer Umwälzungen und der „Sitten, Lebens- und Anschauungsweise“. — Johannes Klein unternimmt eine „ästhetische

und soziologische Literaturbetrachtung". Es mag an dem geringen Umfang der Studie liegen, daß eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Theorien und Arbeitsergebnissen soziologischer Literaturbetrachtung fehlt. Richtig ist die Forderung nach einer besonderen Behutsamkeit der soziologischen Deutung, aber sehr zweifelhaft ist doch, ob die Entscheidung für bestimmte ästhetische Formen und die Wahl sogenannter zeitungebundener oder metaphysischer Themen von vornherein eher zu einer ästhetischen statt zu einer soziologischen Betrachtungsweise zwingt. Der Band schließt mit einem angesichts des Themas gewagten Versuch von Imanuel Geiß „Zur Struktur der industriellen Revolution.“ Die Schwierigkeit beginnt bereits mit dem Ordnungsschema und den, wie der Verfasser meint, objektiven Kategorien. Kann man denn von drei Stufen der proletarischen Revolution, der sozialdemokratischen, kommunistischen und national-sozialen der Entwicklungsländer sprechen? Kalbitzer hat bereits („Entwicklungsländer und Weltmächte“, S. 121 ff.) darauf hingewiesen, daß eine Übertragung marxistischer Terminologie über die Rolle des Proletariats etwa auf die afrikanische Gesellschaft wirklichkeitsfremd ist. Die Problematik des Ordnungsschemas zeigt sich auch darin, daß eine gewisse Gemeinsamkeit zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus auf Grund der — gehemmten, unterdrückten oder durchgeführten — proletarischen Aktion konstruiert wird. Was heißt heute „Durchbruch einer sozialistischen Ordnung“? Warum haben sich etwa trotz Weltwirtschaftskrise in den USA niemals revolutionäre Parteien mit einer erheblichen Anhängerschaft im „Proletariat“ konstituiert? Zutreffend hat der Autor im übrigen die Tendenzen und den objektiven Zwang zu einem höheren Grad von Planung und die tendenzielle Verdrängung des herrschaftlichen durch das genossenschaftliche Prinzip in einer Entwicklung herausgestellt, die sich noch am besten mit technisch-industrieller Revolution charakterisieren läßt.

Claus Inselmann, Hamburg

Information über Afrika

Franz Ansprenger: „Politik im Schwarzen Afrika — Politische Bewegungen im Afrika französischer Prägung“, Westdeutscher Verlag Köln und Opladen 1961, 516 S., 1 Karte, 16 Tabellen, 39 DM.

Jene besondere Art wissenschaftlicher Literatur, deren Zweck in der dokumentarischen Zusammenfassung und dem Ordnen von Fakten der Gegenwartsgeschichte besteht und die in England und den Vereinigten Staaten große Bibliotheken füllt, ist in Deutschland noch ohne Tradition. Der West-

deutsche Verlag, dem wir schon die so wesentliche Reihe „Die Wissenschaft von der Politik“ verdanken, die von den Ordinarien des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin herausgegeben wird, hat immer wieder junge wissenschaftliche Kräfte aufgespürt, die den Stil politologischer Veröffentlichungen in Deutschland zu prägen begannen.

Das Resultat ist diesmal eine Publikation über das politische Leben in einigen Ländern Afrikas — eben denen französischer Prägung —, die jenen Stil der modernen Wissenschaft von der Politik in die deutsche Afrikaliteratur einführt. Gerade zur rechten Zeit, möchte man sagen, wenn man daran denkt, wie viele Politiker, Wirtschaftler, Techniker und Journalisten sich mit den sozialen und politischen Gegebenheiten gerade der Länder des ehemals französisch beherrschten Afrikas vertraut machen müssen. Auf diesen Zweck hat Franz Ansprenger seine Arbeit bewußt abgestellt, ohne übrigens in das lehrhafte Systematisieren eines Handbuchs zu verfallen. Die besonders engen Beziehungen dieser afrikanischen Staaten zu Europa — auf Grund ihrer Assoziation mit der EWG — rechtfertigen sachlich die Beschränkung auf die ehemals französischen Gebiete, obwohl im deutschen Sprachgebrauch der Begriff des „Schwarzen Afrikas“ über die geographische Begrenzung, die sich das Buch setzt, hinausgeht.

Es ist dem Verfasser, der die bezeichneten Länder besuchte und eine große Anzahl der führenden politischen Persönlichkeiten interviewte, nicht nur gelungen, erhebliches Material zusammenzutragen, das in vielen apokryphen Schriftchen, Pamphleten und Flugblättern verborgen ist, für das Werden der politischen Gruppierungen in diesen Ländern jedoch erhebliche Bedeutung hat. Ansprenger versteht es auch, dieses Material richtig einzuordnen, weil er ein ausgezeichnete Kenner der politischen Verhältnisse Frankreichs ist, ohne die die politischen Bewegungen im Schwarzen Afrika nicht erklärt werden können.

Der Verfasser argumentiert gelegentlich so stark aus der Kenntnis eben dieser Verhältnisse der französischen Innenpolitik heraus — Volksfront von 1936, Vichy-Politik, Gewerkschaftsbewegung, unmittelbare Nachkriegsperiode in Frankreich —, daß dem deutschen Leser das Verständnis erschwert würde, wenn Ansprenger nicht auch diese innerfranzösischen Ereignisse erläuterte. Hilfreich sind in dieser Hinsicht die Dokumente des fast siebzig Seiten umfassenden Anhangs und die 16 Tabellen über die politische Geographie dieser Gebiete; aufschlußreich auch die Zusammenstellung von Projekten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den ehemals französischen Ländern. Das ebenfalls un-

fangreiche Personenverzeichnis afrikanischer Politiker ist gewissenhaft zusammengestellt und kann dem Auswärtigen Amt und den zahlreichen parlamentarischen Besuchsankeln zu eingehendem Studium empfohlen werden. Selbstverständlich verarbeitet Ansprenger auch Sekundärliteratur, wengleich er erklären muß, sie sei „bereits zu umfangreich, als daß ich sie vollständig hätte bewältigen können“.

Der große Vorzug des Buches ist die Tatsache, daß es den afrikanischen Problemen nicht von einer außenpolitischen Fragestellung her zu Leibe rückt, sondern das Entstehen und die Peripetien der politischen Bewegungen innerhalb der afrikanischen Länder selbst mit der notwendigen Sorgfalt behandelt. So nehmen die Untersuchungen über die Parteilinien- und Gewerkschaftsentwicklung einen breiten Raum ein. Auch den im Fluß befindlichen territorialen Neugruppierungen ist ein wesentliches Kapitel gewidmet.

Willi Kreiterling, Düsseldorf

Freies Deutschland

Bodo Scheurig: „Freies Deutschland“, Nymphenburger Verlagshandlung, München, 1960, 272 S., 17,80 DM.

Die Geschichte des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ und des „Bundes der Offiziere“ ist durch Legenden verdäckt. Während die Kommunisten in der Zone die Arbeit dieser Organisationen als ihre Tat und ihre Idee glorifizieren („Sie kämpften für Deutschland“, Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, Berlin [Ost], 1959), gibt es in vielen Kreisen der Bundesrepublik vielfach die ähnliche These, die sich dann noch mit dem Zusatz verbindet, bei den Angehörigen dieser Organisationen habe es sich durchweg um Verräter gehandelt, denen man kein Widerstandsrecht einräumen könne, wie etwa den Männern des 20. Juli. Die Einschätzung dieser Bewegung ist in Ost und West weitgehend ideologisiert.

Der Autor, ein junger Historiker aus der Schule von Prof. Herzfeld, hat nun das wenig populäre, aber verdienstvolle Unterfangen gewagt, mit der Sonde des Historikers in diese Materie einzudringen. Auf Grund umfangreicher Quellenstudien aller im Westen vorhandenen Originalmaterialien (die Sowjets hatten ihm ihre Archive versperrt), unter Einbeziehung einer kritischen Befragung von beteiligten Offizieren und Soldaten, schließlich durch eine genaue Analyse des parallel verlaufenden Krieges und der Politik der Anti-Hitler-Koalition zeichnet er die Geschichte einer Bewegung nach, die für sich in Anspruch nahm, das freie Deutschland zu vertreten, zu einer Zeit, als im Lande selbst noch die Diktatur herrschte.

Ausgangspunkt ist die Stalingrader Schlacht. Die Verheerung der 6. Armee durch Hitlers unsinnige und dilettantische Kriegsführung öffnete vielen Offizieren und Soldaten endgültig die Augen über ein System, das mit zynischer Menschenverachtung das Reich in eine Entwicklung gestürzt hatte, die zur Katastrophe treiben mußte. Nach dieser Demaskierung stand für viele die Frage, ob man diese Entwicklung tatenlos abrollen lassen solle, oder aber ob man sie durch die Rebellion gegen das verbrecherische Regime aufhalten könne, um zu retten, was zu retten war. Der Untergang der Stalingrad-Armee hat den Sehenden diesen Gewissenskonflikt so unausweichlich gestellt, wie hinterher kaum mehr ein anderes Ereignis, will man von der Invasion absehen, die für die Westfront das gleiche Debakel war, wie Stalingrad es für den Ostfeldzug brachte.

Diese Ausgangsposition mit ihrem Gewissenskonflikt zeigt bereits, daß viele der Männer, die sich nach Stalingrad dem Nationalkomitee und dem Offiziersbund angeschlossen, subjektiv durchaus ähnliche oder gleiche Motive hatten wie die Männer des 20. Juli. Allerdings sind die objektiven Faktoren wesentlich anders. Es stellt sich zunächst die Frage, ob die Organisierung des Widerstandes aus dem „Feindlager“ heraus nicht andere Maßstäbe erzwingt, als man sie auf den allgemein bejahten Widerstand gegen das Unrechtssystem aus dem eigenen Lager heraus anzuwenden pflegt. Der Verfasser neigt — bei Würdigung der Gewissenslage und des Charakters des 2. Weltkrieges — mehr zur prinzipiellen Billigung dieses Schrittes, was zutreffend ist. Aber es kommt ein weiterer objektiver Faktor hinzu, der die Maßstäbe verschiebt: es ist dies der Fragenkomplex, der mit dem Kommunismus zusammenhängt, der von vornherein darauf aus war, diese Bewegung in seinem Sinne zu manipulieren und zu mißbrauchen, wobei den Kommunisten natürlich nicht ein freies Deutschland und der Sturz der Hitler-Diktatur primäre Anliegen waren, sondern die Ausdehnung ihrer Diktatur über das ganze spätere Nachkriegsdeutschland.

Ob dies für die Männer des Nationalkomitees und des Offiziersbundes erkennbar war, ob sie sich aus den einmal entstandenen Verstrickungen lösen konnten oder aber sich zu manipulierten Objekten der neuen Diktatur machen ließen, das sind Fragen, denen der Autor nachspürt und auf die er nur individuelle Antworten für jeden einzelnen geben kann. Denn — und auch dies geht aus seiner Analyse hervor — Nationalkomitee und Offiziersbund entstanden in einer Ausnahmesituation, die eben dadurch geschaffen wurde, daß zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus ein Kampf auf Leben und Tod ausge-

tragen wurde, bei dem — was Menschenverachtung, Negieren des Rechtes und totalitaristisch-imperialistische Grundstruktur anbetrifft — kaum Unterschiede festzustellen waren.

Eben durch diese Konstellation wurden Probleme gestellt, mit denen der einzelne nicht fertig werden konnte und vielfach in aussichtslose, tragische Situationen gebracht wurde. Das Nationalkomitee und die damit verbundene Bewegung waren Ausnahmen und werden sich nicht wiederholen, folgert Scheurig. Er schließt mit dem Postulat: „Das Ergebnis darf immer nur ein sittlicher Staat sein, in dem nicht zuletzt ein ethisch gesichertes Soldatentum aufgehoben ist. Er bleibt im Lichte unseres Gegenstandes das dringendste Gebot!“

Stephan G. Thomas, Bonn

Zur Eigentumsbildung

„Jahrbuch des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der westfälischen Wilhelms-Universität Münster“, herausgegeben von Joseph Höffner, 2. Band, Verlag Regensburg, Münster 1961, 234 S., 18,— DM.

Während der erste Band des Höffnerschen Jahrbuchs sich mit Einzelfragen der katholischen Sozialwissenschaften beschäftigte, ist der vorliegende zweite Band dem schwereren Problem der Vermögensbildung und der Eigentumsverteilung gewidmet. Friedrich Kronenberg untersucht in seinem Beitrag „Die Beeinflussung der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland durch finanzpolitische Maßnahmen, insbesondere durch Subventionen zur Vermögensbildung“, während Hildegard Wiegmann die „Pläne, Möglichkeiten und Grenzen einer breiteren Vermögensstreuung“ behandelt. — Eine kritische Durchsicht dieser beiden Untersuchungen macht deutlich, daß — wie auch Oberhauser in seinem Nachwort ausführt — „die Politik, die eine breitere Streuung des volkswirtschaftlichen Vermögenszuwachses zum Ziel hat, der Hilfe der Wirtschaftswissenschaft bedarf“. Die Vermögensverteilung ist, will man sie so gerecht wie möglich gestalten, nach Auffassung der Autoren des Jahrbuchs „keine Frage, die sich von selbst löst“. Höffner weist deshalb auch in seinem Vorwort auf die vielfältigen Reformvorschläge katholischer Praktiker und Wissenschaftler hin, die die Vermögensverteilung in der Vergangenheit grundlegend ändern wollten.

In seiner Untersuchung des Umfangs der seit 1950 in der Bundesrepublik auf die Arbeitnehmer entfallende Vermögensbildung kommt Kronenberg zu einem negativen Urteil: Von dem Nettovermö-

genszuwachs der deutschen Wirtschaft in Höhe von 238,6 Md. DM in der Zeit von 1950 bis 1958 entfallen danach höchstens 12 v. H. auf das Sparen der Arbeitnehmer. Nahezu die Hälfte hingegen entfällt auf die gewerbliche Wirtschaft, rund ein Viertel auf die öffentliche Hand. Als Ursachen nennt Kronenberg ungleiche Startchancen — d. h. zu niedrige Einkommen der Arbeitnehmer —, die durch Monopolisierung und Marktlage gegebenen Möglichkeiten der Selbstfinanzierung, die hohen Wachstumsraten nach 1950, die zu geringe Sparquote der Unselbständigen sowie insbesondere die dieser einseitigen Vermögenskonzentration günstige Steuerpolitik. Insbesondere am Beispiel Wohnungsbau versucht Kronenberg nachzuweisen, daß staatliche Subventionen vornehmlich der Eigentumsbildung der Arbeitnehmer zukommen können, wenn sie gezielt vorgenommen werden. Mit Recht weist Kronenberg auf die relativ engen Grenzen der Sparförderungs politik durch Subventionen hin sowie auf die u. U. entstehenden konjunkturpolitischen Spannungen.

Hildegard Wiegmann erörtert in ihrem Beitrag die bisher bekannten Pläne zur gerechteren Verteilung des volkswirtschaftlichen Vermögenszuwachses. Sie bedient sich bei der kritischen Überprüfung dieser Pläne des Keyneschen theoretischen Instrumentariums. Wer die bisherigen Arbeiten, vor allem Oberhausers, kennt, ist nicht weiter erstaunt, daß im Mittelpunkt der Modelluntersuchung die Betrachtung des Investivlohnes steht. Vergleicht man Sozialkapitalfonds und Investivlohn miteinander, so zeigt sich allerdings, daß sie — je nach der Technik, die man im einzelnen wählen würde — das Unternehmen in der gleichen Weise betreffen. Auch gesamtwirtschaftlich sind die Auswirkungen, etwa auf die Investitionsneigung, die Preisentwicklung, das Sparen usw., grundsätzlich nicht unterschiedlich. Nicht zu überzeugen vermag die These, daß die investive Gewinnbeteiligung für die Eigentumsstreuung eine ergiebige Quelle darstellen könne als der Investivlohn. Ebenso wie man hohe Differenzialgewinne einzelner Unternehmungen für die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer nutzbar machen kann, lassen sich diese Gewinne von vornherein durch eine entsprechende Investivlohnpolitik vermeiden. Gerade in Großunternehmungen entstehen — berücksichtigt man ihre langfristige Investitions-, Finanz- und Absatzplanung — heute kaum noch Zufallsgewinne. In der Regel lassen sich die zu erwartenden Gewinne vorab relativ exakt bestimmen. Dann aber kann man eine Vermögensbildung der Arbeitnehmer auch über die Kosten betreiben.

Die Untersuchung des Höffnerschen Instituts füllt eine Lücke in der Eigentumsdiskussion. Sie ist in ihrer Analyse und in den Wegen, die sie aufzeigt, klarer als manche Veröffentlichung der Gewerkschaften selbst.
Karl-Heinz S o h n , Düsseldorf

Einseitig

„Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung“, Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Band I, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1960. 240 S., 11,60 DM.

Nicht weniger als elf Professoren und Klaus von Bismarck hat die Walter-Raymond-Stiftung, eine Einrichtung der Arbeitgeberverbände, aufgebeten, um das Thema „Eigentum und Eigentümer“ abhandeln zu lassen. (G. Gundlach: „Das Privateigentum und seine soziale Pflichtigkeit“; Joseph Höffner: „Eigentumsstreuung als Ziel der Sozialpolitik“; O. v. Nell-Breuning: „Der Lohn als Erwerbsmittel und als Eigentumsquelle“; H. J. Wallraff: „Unternehmenseigentum und katholische Sozialethik“; K. v. Bismarck: „Das Eigentum hat sozialen Charakter“; W. Kühneth: „Rechte und Pflichten des Kapitaleigentümers nach der evangelischen Sozialethik“; E. Steinbach: „Verlangt die evangelische Soziallehre eine Politik der breiten Eigentumsstreuung?“; H. D. Wendland: „Eigentum und Gesellschaftsordnung im Lichte der evangelischen Soziallehre“; A. Gehlen: „Soziologische Aspekte des Eigentumsproblems in der Industriegesellschaft“; Willi Geiger: „Die Eigentumsgarantie des Artikels 14 (Grundgesetz) und ihre Bedeutung für den sozialen Rechtsstaat“; Günter Schmölders: „Eigentum und Eigentums politik“; Clemens August Andreae: „Anmerkungen zum Thema Eigentum und Eigentums politik“).

Obwohl die Thematik sehr weit gespannt ist, treten in den meisten Beiträgen die Fragen der Sozialisierung und Mitbestimmung hinter der Aufgabe der „breiten Streuung des Eigentums“ zurück. Dennoch bietet die Schrift dem Leser ein kaum übersehbares Bild, wobei vor allem die Verschiedenheiten der einzelnen Beiträge im Thema, in der Ideologischen Herkunft, im Grad der Bejahung einer aktiven Eigentums politik und nicht zuletzt im Niveau eine Rolle spielen.

Unter den Vertretern der katholischen Soziallehre zeichnet sich der Beitrag von O. v. Nell-Breuning durch besondere Klarheit und gedankliche Sauberkeit aus. Der Autor bezeichnet den Investivlohn als einzig gangbaren Weg, wenn man revolutionäre Eingriffe ausschließt.

Interessant ist, daß G. Gundlach Sympathie für im großen Rahmen der Volkswirtschaft gebildete Fonds zeigt, wodurch

man auch die Nicht-Betriebstätigen berücksichtigen könne (S. 31).

Unter den Beiträgen von evangelischer Seite ist der von Walther Kühneth sprachlich wie sachlich besonders unklar. Als Beispiel sei nur genannt, daß der Autor von Materialisierungstendenz spricht, wenn er die Tendenz zum Materialismus meint. Im ganzen vermögen die Beiträge von katholischer wie evangelischer Seite der bisherigen Diskussion wenig neue Gesichtspunkte hinzuzufügen. Einige neue Aspekte bringen die Aufsätze von Gehlen und Schmölders, wobei Gehlen eine Reihe der gängigen Argumente zur Begründung der Eigentums politik in Frage stellt, während Schmölders besonders auf die Bedeutung der ökonomischen Verhaltensforschung hinweist. Andererseits enthalten die beiden Aufsätze aber auch manche recht problematischen Passagen.

Als ein außerordentlich interessantes Dokument über die gesellschafts- und sozialpolitische Einstellung der deutschen Arbeitgeber muß schließlich das von Dr. V a u b e l gezeichnete Vorwort zum Thema „aus der Sicht der Walter-Raymond-Stiftung“ angesehen werden. Es ist hier nicht möglich, dazu im einzelnen Stellung zu nehmen. Beinahe jeder Satz fordert zur logischen und ideologischen Kritik heraus. In der Sache werden die breiten Bevölkerungskreise auf das Sparen hingewiesen, wird für alles Eigentum der prinzipiell gleiche Schutz gefordert, eine Begrenzung der „kollektiven Versorgung“ durch die Sozialversicherung vorgeschlagen, die Selbstfinanzierung bejaht, werden aus dem Eigentum uneingeschränkte Dispositionsrechte abgeleitet (gegen Wirtschaftsdemokratie), und schließlich wird die staatliche Schlichtung gefordert, da der Währungsverfall das Eigentum bedrohe.

Wer nach der Lektüre von Vorwort und weiteren zwölf Beiträgen nach größerer Klarheit in dieser zweifellos komplizierten Frage verlangt, dem sei die Lektüre der Beiträge von Weisser und Thiemeyer in der kleinen Schrift „Eigentum in der industrialisierten Gesellschaft“ (Göttingen, 1958) empfohlen.

Dr. Horst Heidermann, Bonn

The Glory of Parliament

Harry Boardman: „The Glory of Parliament“, herausgegeben von Francis Boyd. George Allen & Unwin Ltd., London 1960, 208 S., 21 s.

Aus bitterer Erfahrung wissen wir in Deutschland, daß ein gutes Parlament noch keinen guten demokratischen Staat garantiert, wenn es von seinen Wählern durch einen Graben mangelnden Interesses, unzureichender Information und fehlenden Verständnisses getrennt ist, wenn der Ab-

geordnete nicht gewiß sein kann, daß seine Arbeit draußen im Lande beachtet und verstanden wird.

Die Pflege der Verbindung zwischen dem Parlament und den Wählern gehört zu den grundlegenden Aufgaben der Presse in der Demokratie, die ihr weder durch Direktübertragungen von Debatten in Rundfunk oder Fernsehen noch durch Wahlversammlungen oder Sprechstunden der Abgeordneten abgenommen werden kann.

Harry Boardman hat das Amt des Parlamentsberichterstatters für den „Manchester Guardian“ 29 Jahre lang versehen, von 1929 bis zu seinem Tode 1958. Einige seiner Berichte und Kritiken sind in diesem Buch zusammengestellt; sie lassen erkennen, warum Herbert Morrison mit Recht von den außerordentlichen Verdiensten Boardmans um die parlamentarische Institution in Großbritannien sprach. Ein Parlament ist so bedeutend wie seine Mitglieder; an bedeutenden Fragen und entsprechend dramatischen Redeschlachten hat es aber noch nie gefehlt, ebenso nicht an gelegentlichen Momenten nationaler Größe und nationalen Versagens. Auch die Sensationen dieser wenigen Tage muß die Parlamentsberichterstattung für ein dauerndes Interesse des Lesers an der parlamentarischen Arbeit nutzbar machen. Boardman hat diese Aufgabe gelöst. Keine Fernsehübertragung hätte den Lesern des „Manchester Guardian“ besser die Leidenschaftlichkeit der Norwegendebatte vom 7. und 8. Mai 1940 übermitteln können, nach deren Ende Neville Chamberlain als Premier zurücktrat und Churchill das Koalitionskabinett bildete. Die turbulenten Tage der Suezdebatte am 31. 10. und in den ersten Novembertagen 1956: Boardmans Berichte lassen dem Leser keinen Ausweg: Er weiß, was die Abgeordneten wissen und muß sich entscheiden, so wie jeder Abgeordnete seines Parlaments sich entscheiden muß.

Solche dramatischen Höhepunkte — bei uns könnte man an die Atombewaffnungsdebatte oder an die Debatte über den Deutschlandplan der SPD denken — sind in allen Parlamenten selten. Der Dienst am Parlament wird bei kleineren Anlässen geleistet.

Am 1. April 1958 nahm Mark Bonham Carter, einer der besten Köpfe der kleinen Fraktion der Liberalen, seinen Sitz im Unterhaus ein, den er in einer Nachwahl in Torrington gewonnen hatte. Er ist ein Enkel des Premiers Herbert Henry Asquith, der noch unter Gladstone Innenminister gewesen war und das Koalitionskabinett bis zum Dezember 1916 geführt hatte. Lady Violet Bonham Car-

ter, die als junges Mädchen ihrem Vater Asquith im Wahlkampf geholfen hatte, sah den Einzug ihres Sohnes ins Unterhaus. Ein großer Augenblick britischer Parlamentstradition. Boardman münzt ihn für die Institution aus, durch die so viele bedeutende Talente ihre Kräfte in den Dienst ihres Landes stellen.

Ein anderes Beispiel, aus dem Kriege: Am 17. 12. 1942 beantwortete Anthony Eden als Außenminister die Anfrage des Abgeordneten Sidney Silverman (Labour) über die Judenverfolgungen in Deutschland. Die danach folgende Rede hielt der Abgeordnete James de Rothschild vor einem totenstillen Hause. Als er beendet hatte, schwiegen die Abgeordneten, erhoben sich dann und sangen die Nationalhymne. Das war seit 1914 nicht mehr vorgekommen. Es geht menschlich zu in diesem Hause, das auch ohne Regie einen Sinn hat für das der Situation Angemessene.

Der „Manchester Guardian“ ist ein liberales Blatt und würdigt daher gern Persönlichkeiten wie Lloyd George, Viscount Samuel und Sir John Simon. Das hindert Boardman aber nicht an dem Ausdruck seiner langsam herangewachsenen Verehrung für Sir Winston Churchill, dem er bei seinem Rücktritt als Premier am 6. 4. 1955 ein Denkmal setzt als dem menschlichsten aller Premierminister.

Boardman stand zu Gebote, was ein Parlamentsberichterstatter braucht: Beobachtungsgabe, Erfahrung und Urteil. Seine Beobachtungen tragen ihm das Lob eines so erfahrenen Parlamentariers wie Lord Attlee ein, der mehr als 30 Jahre lang im Unterhaus gesessen hat. Sein Urteil ermöglicht es ihm, in den wenigen Sätzen eines Berichts oder einer Buchkritik die geistige Persönlichkeit von Männern wie Asquith, Baldwin und Lloyd George, Bavan, Attlee und Gaitskell deutlich zu machen.

Wir haben keine Veranlassung, beim Lesen solcher Berichterstattung über die unerreichte demokratische Tradition in Großbritannien zu seufzen und vielleicht noch eine Bemerkung über die angehlich verheerende Wirkung von BILD in der Bundesrepublik hinzuzufügen. Die Rezepte der Massenpresse kommen bekanntlich aus London und werden dort noch immer mit einem Erfolg angewendet, bei dem Axel Springer vor Neid erblassen muß: „Daily Express“ und „Daily Mirror“ erzielten 1960 Tagesauflagen von 4,1 und 4,5 Millionen Stück durchschnittlich; die Auflage der Sonntagsblätter „Sunday Pictorial“ und „People“ lag über 5 Millionen, die der „News of the World“ sogar über 6 Millionen. Demokratische Tradition bedarf der Entwicklung und Pflege, die gerade Blät-

ter wie der „Guardian“ leisten, der mit einer Durchschnittsauflage von 200 000 täglich erheblich unter der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ liegt. Parlamentarische Tradition kann immer beginnen, und sie beginnt dann, wenn der Wähler weiß, daß es sein Schicksal ist, das dort durch seinen gewählten Vertreter mitentschieden wird.

Martin Bloch, Hamburg

Chronik der Versäumnisse

Hellmut Becker: „Quantität und Qualität. Grundfragen der Bildungspolitik.“ Verlag Rombach, Freiburg i. Br. 1961, 416 S., 35 DM.

Prominente Politiker, Wissenschaftler oder Wirtschaftler, denen es an Zeit mangelt, stellen ihre Vorträge und Aufsätze gern von Zeit zu Zeit zusammen und geben ihnen so das bedeutsame Aussehen eines Buches. Hellmut Becker, der Präsident des Deutschen Volkshochschulverbandes, hat das auch getan und legt uns eine Sammlung seiner publizistischen Äußerungen aus den letzten fünfzehn Jahren vor. Vielleicht hätte dabei auf die Aufnahme von Dokumentationen und Darlegungen zur Frage des Widerstandes im Dritten Reich ohne Schaden verzichtet werden können, denn die Spannweite der kulturpolitischen Gedanken von Hellmut Becker ist ohnehin beachtlich. Er ist kein Bildungsapostel, er spielt nicht nur mit Leitbildern, um sie dann in schöner Harmonie zusammenzufügen. Becker interessiert sich z. B. für so handfeste Probleme wie die Finanzierung und Organisation innerhalb der Kultur- und Bildungspolitik, und er weiß dazu auch den Praktikern der Politik manchen sachverständigen Rat zu geben. Becker hält wenig von den mehr ideologischen Ressentiments, die man hierzulande gegenüber jeder Planung im Bildungswesen spüren kann. Er sagt: „Erst wenn die feststellbaren Voraussetzungen des Bildungswesens wissenschaftlich geprüft sind, ist das Maß an Überschaubarkeit der bildungspolitischen Probleme erreicht, das die politischen Entscheidungen durch die staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte möglich macht. Aus diesem Grunde bedürfen wir einer umfassenden Bildungsforschung, nicht als Ersatz für Bildungspolitik, sondern als ihre Voraussetzung.“

Wer möchte ihm in dieser Forderung nicht zustimmen? Und wer empfindet nicht mit

Becker das Bedrückende der kulturpolitischen Situation in der Bundesrepublik: „Das eigentümlich provinzielle Klima, das die kulturelle Situation der Bundesrepublik heute bestimmt, hat seine Ursache weniger in der Absperrung Deutschlands während der Jahre des Nationalsozialismus von der Umwelt als in der mangelnden Neigung der kleinen Kulturverwaltungen zu umfassenderen Gesichtspunkten. So blieb die deutsche Schule bisher der Ausdruck der geistigen und gesellschaftlichen Lage am Beginn des 19. Jahrhunderts. Auch das ist nicht eine notwendige Folge der Kulturhoheit der Länder, sondern nur das derzeitige praktische Ergebnis.“

Einige der Gedanken, die Becker in seinem Buch äußert, seien hier ihrer grundlegenden Bedeutung wegen zitiert: „Da die Qualität einzelner zum traditionellen Erfolg unseres Bildungswesens gehört und die Bildung aller vielen unmöglich erscheint, wandelt sich in der bildungspolitischen Auseinandersetzung die Frage Quantität und Qualität oft zur falschen Alternative von Utopia und Tradition. In Wahrheit heißt abendländische Bildung heute Bildung der im Abendland wohnenden Massen.“ Becker fährt fort: „Qualität ist nicht beliebig quantifizierbar. Qualität auf eine Masse bezogen muß ihrem Wesen nach anders aussehen als die Qualität einer kleinen Schicht. Die Angst vor dem Qualitätsverlust durch Massenbildung ist berechtigt, wenn man versucht, eine bestimmte, überkommene Form von Qualität zu quantifizieren. Die Angst bestätigt sich nicht, wenn man zur Entwicklung von Qualität die Chance der großen Zahl nutzt... Es kommt darauf an, die Grundaufgabe moderner Bildungspolitik zu lösen: die Verbindung des Gedankens der Gleichheit aller mit der Entfaltung der persönlichen Qualität des einzelnen.“

Diese Sätze bezeichnen sozusagen den roten Faden, der in den Aufsätzen und Vorträgen Beckers immer sichtbar bleibt — „rot“ hier nicht im Sinne einer heute abgegriffenen politischen Farbenskala gemeint. Wer in diesem Jahr 1962 nachliest, was ein so umsichtiger, informierter und engagierter Mann wie Becker vor zwölf, zehn, acht oder vier Jahren gefordert hat und damit vergleicht, was davon Wirklichkeit wurde, der wird das Buch eine Chronik der Versäumnisse nennen müssen. Becker berichtet davon, daß die Uhren in Bonn nachgehen, ohne es zu sagen.

Ulrich Lohmar, Bielefeld

Für das nächste Heft dieser Zeitschrift
sind folgende Beiträge vorgesehen

Erich Ollenhauer:

Zum Parteitag der SPD

Dr. Brigitte Granzow:

Wissenschaftliche Experten in der Demokratie

Prof. Dr. Hans Paul Bahrdt:

Die Entpolitisierung des wissenschaftlichen Denkens

Prof. Dr. Gerd Burkhardt:

Zusammenarbeit von Wissenschaftlern auf internationaler Ebene

Dieter Bielenstein:

Wissenschaft und Politik in der Bundesrepublik

Günther Barisch:

Von Trotzki zu Djilas

M. M. Novakowitsch:

Der Mensch und seine Ethik

Min.-Dir. Dr. Friedrich Schneider:

Die Arbeit des Wissenschaftsrates

DIE AUTOREN DIESES HEFTES

Heinz Kühn ist Journalist und war jahrelang stellvertretender Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung“. Er gehört seit 1953 dem Deutschen Bundestag an und ist Vorsitzender des Unterausschusses für „Deutsche Institute und Schulen im Ausland“ sowie Mitglied des Ausschusses für Kulturpolitik im Europarat. Er unternahm ausgedehnte Reisen durch Asien, Afrika und Südamerika.

Dr. Heinz Pächter ist Korrespondent der „Deutschen Zeitung“ bei den Vereinten Nationen in New York und lehrt diplomatische Geschichte an der New School for Social Research in New York.

Prof. Dr. Richard Löwenihal studierte Soziologie und Nationalökonomie in Berlin und Heidelberg. Er emigrierte nach 1933 nach England, arbeitete dort als Journalist und war von 1948—1954 dann Korrespondent des „Observer“ in Deutschland. Jetzt ist er Inhaber des Lehrstuhls für Außenpolitik an der Freien Universität Berlin.

Dr. J. J. Voogd studierte Ökonomie in Amsterdam. Früher Hauptvorstandsmitglied der holländischen Jungernorganisation; Vorsitzender der Stadtratsfraktion der Partij van de Arbeid in Haarlem; Direktor im wissenschaftlichen Büro der Partij van de Arbeid.

Michael Mauke studierte an der Freien Universität Berlin Soziologie, osteuropäische Geschichte und Publizistik. Gegenwärtig arbeitet er an seiner Dissertation.

Reinmar Cunis absolvierte nach dem Abitur eine Lehre bei der Deutschen Bank AG und war anschließend als Angestellter in der Effektenabteilung tätig. Von 1956 bis 1961 Studium der Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Psychologie an der Freien Universität Berlin. Zur Zeit arbeitet er an einer Dissertation über ein soziologisches Thema bei Prof. René König, Köln.

Prof. Alfred Kantorowicz studierte Literatur, Geschichte und Rechtswissenschaften in Berlin, Freiburg, München und Erlangen. In den zwanziger Jahren war er als Literaturkritiker an mehreren angesehenen Zeitungen tätig. Er emigrierte 1933 nach Frankreich, später nach den USA. Dort war er Direktor der Auslandsnachrichtenabteilung bei CBS. Seit 1949 Professor für neue deutsche Literaturgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin. 1957 Flucht in die Bundesrepublik. Gegenwärtig freier Schriftsteller in München.

Unsere Jugend ist einer der stärksten Pfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Zukunft. Wenn wir sie im Sinne dieser Überzeugung gewinnen wollen, brauchen wir, die ältere Generation, ihr Vertrauen; ein Vertrauen, das durch die schicksalhafte Epoche von 1933-1945 und ihre immer wieder zu spürbaren Folgen erschüttert ist. Wir sehen uns immer wieder dem Unbegriffen dieser Jugend gegenüber, die in dem Finger, der auf die Schuldigen weist, keine Antwort sieht, sondern wissen will, warum sie schuldig werden konnten. Das ist ein erschütterndes Zeichen in einer Zeit, in der jenseits der Zonengrenze die drohenden Parallelen der Unmenschlichkeit mehr und mehr die Züge nazistischer Willkürakte tragen.

Geben auch Sie Ihren heranreifenden Kindern, Ihren jugendlichen Freunden und Bekannten das zeitgeschichtliche Rüstzeug, auf daß sich eine ähnliche Entwicklung niemals wiederhole. Beziehen Sie die in Ihrer Art bisher einmalige Lose-Blatt-Sammlung

AUSGEWÄHLTE DOKUMENTE ZUR GESCHICHTE DES NATIONALSOZIALISMUS 1933-1945

Von

Dr. Hans A. Jacobsen

und

Dr. Werner Jochmann

U. a. sind bisher folgende vorher noch nicht veröffentlichte Dokumente erschienen:

- Denkschrift Hitlers: Der völkische Gedanke und die Partei
- Rede Hitlers vor dem NSD-Studentenbund am 26. 1. 1936 in München
- Rede Hitlers vor dem Offiziersjahrgang 1938 am 25. 1. 1939 in der Reichskanzlei
- Vortragsnotiz des General-Obersten Blaskowitz beim O.b.d.H. am 15. 2. 1940 in Spala
- Die territoriale Kolonialforderung an Frankreich im Rahmen der Gesamtforderung
- Geheimakten des SD über die Judenausrottungen in Polen und Rußland
- Niederschrift Bormanns über Gedanken Hitlers, die „Zukunft des deutschen Volkes“ durch die legitime Ehe des Mannes mit zwei Frauen zu sichern
- Dokumente zu den Vorgängen des 20. Juli 1944
- Parteitag der NSDAP in Nürnberg. Sondertagung Gewerkschaftsfragen
- SA-Befehl über die Errichtung eines Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS
- Brief Konstantin Hierls an Hitler vom 24. 3. 1932
- Zusammengefaßter Lagenbericht vom 11. 3. 1938 vor dem Einmarsch in Oesterreich
- Stuckart-Denkschrift über die deutsche Ostgrenze vom 11. 9. 1941

Der Preis der Sammlung im Format Din A4 beträgt

für die 1. Lieferung 3,50 DM pro Stück

für jedes Blatt der folgenden Lieferungen 0,12 DM

Die Sammlung wird im Jahre 1963 mit einem Umfang von etwa 350 Blatt abgeschlossen sein. Sie setzt sich aus 10 Lieferungen, die im Abstand von 2-3 Monaten folgen, zusammen. Alle Bestellungen gelten als Abonnement auf die gesamte Sammlung. Das Sammelwerk ist über jede Buchhandlung zu beziehen. Bitte fordern Sie Prospekte an von

VERLAG NEUE GESELLSCHAFT GMBH — BIELEFELD